

OTTO RÜHLE ALS POLITISCHER THEORETIKER*

Von Friedrich Georg Herrmann

VORBEMERKUNG

Die Absicht, eine Arbeit über den Revolutionär Otto Rühle zu schreiben, rührt nicht von daher, die Biographien bedeutender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung um eine längst überfällige zu bereichern. Dies allein schon deshalb nicht, weil Rühle keineswegs das war, "was man unter einem erfolgreichen 'Berufsrevolutionär' versteht".¹ Vielmehr ist mit dieser Arbeit intendiert, in einer Zeit, in der "jedes Programm und jede Bezeichnung ihren Sinn verloren" hat, in der "Sozialisten . . . in der kapitalistischen, Kapitalisten in der sozialistischen Terminologie" sprechen,² am Beispiel des politischen Theoretikers Otto Rühle den Inhalt des Begriffs der proletarischen Revolution gegenüber seinen schlechten legitimationsideologischen Interpretationen zu rekonstruieren.

Die Theorie und die politische Praxis Otto Rühles scheinen uns für dieses Unterfangen deshalb geeignet, weil sie sich an der – durch die Entwicklung der Kommunistischen Internationale verschütteten – Tradition einer revolutionären Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern orientieren und weil Rühles – von seinen Gegnern und Freunden bescheinigte – Kompromißlosigkeit wie auch sein anerkannter Nichtdogmatismus³ die Substanz seiner politischen Theorie klar erkennbar machen und diese nicht erst aus einem Wust taktischer und fraktionspolitischer Formulierungen herausgefiltert werden muß.

Indem er sich nie völlig mit derjenigen Organisation identifizieren konnte, der er jeweils als Agitator und Theoretiker diente, unterlag er auch nicht der für die Arbeiterbewegung verhängnisvollen Verwechslung von Klasseninteresse und Organisationsinteresse: "Er verlor niemals das Hauptinteresse der Arbeiterklasse aus den Augen, egal, welche politische Strategie er gerade verteidigte."⁴ Seine mangelnde Identifikation mit der jeweiligen Organisation und die Schärfe seiner Kritik an dieser, sobald sie in seinen Augen nicht mehr den Erfordernissen der revolutionären Bewegung entsprach, machten ihn zeitlebens zum Gegenstand der Kritik und der Diffamierung.

Da in der bürgerlichen wie auch der parteikommunistischen Geschichtsschreibung nur das zählt, was Erfolg im Sinne der herrschenden Ideologie vorzuweisen hat, bleibt der in dieses Schema nicht einzuordnende Rühle in den meisten Darstellungen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik unberücksichtigt. Wird er dennoch erwähnt, so meist mit den Attributen Parteifeind und wirklichkeitsfremder Utopist versehen.⁵ Diese Tatsache macht die Quellenlage sehr schwierig. Ein großer

* Dieser Aufsatz ist als Diplomarbeit im Sommer-Semester 1972 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität (Lehrstuhl Professor Kotowski) entstanden. Aus Platzgründen kann im vorliegenden Heft nur der erste Teil abgedruckt werden. Der zweite Teil, der sich mit der theoretischen Konzeption Rühles systematisch auseinandersetzt, wird im nächsten Heft der IWK veröffentlicht werden.

- 1 Gottfried Mergner (Hrsg.), *Otto Rühle: Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern*, Reinbek b. Hamburg 1971, Nachwort S. 206.
- 2 Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung (1945)*, in: *Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution*, Neuausgabe Berlin 1970. Der Aufsatz von Mattick hat keine Seitenzählung. Um der besseren Orientierung willen führen wir die Numerierung der Arbeit von Rühle fort. Zitat auf S. 78.
- 3 Frits Kool (Hrsg.), *Die Linke gegen die Parteiherrschaft* (= Dokumente der Weltrevolution, Bd. 3), Olten 1970, S. 309, schreibt: "Geistig bleibt Rühle, der wohl der am wenigsten dogmatische von allen Rätekommunisten war, für neue Gedanken aufgeschlossen". Bei Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit. Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus. Eine Gedenkschrift*, Ulm 1951, S. 3, heißt es, daß Rühle "nur immer einen Vorwurf zu hören bekam, daß er zu keinem Kompromiß bereit sei".
- 4 Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung . . .*, S. 78.
- 5 Eine Ausnahme bildet die kurze Episode der Opposition gegen die Politik der SPD während des Ersten Weltkrieges. Nach Hermann Weber, *Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht*, Hannover 1961, scheint sich in der DDR-Geschichtsschreibung in den letzten Jahren eine Wandlung vollzogen zu haben. Demnach werden in neueren Darstellungen auch die Namen von Rühle und anderen, in der Zeit des Stalinismus totgeschwiegenen Genossen wieder genannt, "ohne gleich als Agenten beschimpft zu werden"; S. 106.

Teil der Schriften Rühles ist heute noch nicht wieder veröffentlicht,⁶ eine geschlossene Darstellung seines Lebens und seiner Theorie liegt bislang nicht vor.⁷ Lediglich seine pädagogischen und individualpsychologischen Schriften erlangten im Zusammenhang mit den Emanzipationsdiskussionen in der antiautoritären Bewegung eine Neuauflage.⁸

Weshalb dieser im traditionellen Erfolgsdenken unbedeutende Revolutionär Rühle dennoch heute Aktualisierung verdient, muß aus dem politischen Zusammenhang, in dem sich der Verfasser be- greift, begründet werden. Seit dem Scheitern der deutschen Revolution und der Etablierung der russischen Revolution als der Diktatur einer bürokratisch strukturierten Führungsgruppe über das Proletariat ist die radikale Kritik der bisherigen Praxis und Theoriebildung der traditionellen Arbeiterbewegung zur unumgänglichen Voraussetzung jeder revolutionstheoretischen und -praktischen Arbeit geworden. Diese Notwendigkeit der Kritik, durch den Faschismus und die Resignation der Arbeiter über erlittene Niederlagen lange Zeit in Vergessenheit geraten, wurde durch die oppositionellen Bewegungen in den Ostblockstaaten und die von ihnen initiierten und getragenen Revolten gegen die im Namen des Sozialismus ausgeübte Repression wieder aktualisiert. Wenngleich die Arbeiten von Djilas⁹ und Kuroń/Modzelewski,¹⁰ um zwei Beispiele zu nennen, nicht das Maß an Schärfe und Radikalität der Kritik auszeichnet, wie dies beim Werk Rühles der Fall ist, so weisen ihre Schriften und noch mehr die sie begründenden Protestaktionen und Forderungen der Arbeiter in diesen Ländern auf eine deutliche Parallelität der Problemstellung hin.¹¹

Ein anderes geschichtliches Ereignis, das uns näher liegt, muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Die antiautoritäre Bewegung, die sich in der BRD und Westberlin Mitte der sechziger Jahre entwickelt hatte, orientierte sich in ihren Anfängen an Erwartungen und Vorstellungen, die aus der offiziellen parteikommunistischen Theorie längst eliminiert worden waren. Indem der – einer revolutionären Theorie notwendig zugrundeliegende – Zusammenhang von Lebensschicksal und Politik wieder entdeckt worden war,¹² konnte zugleich die Verkommenheit der marxistischen Theorie in ihrer reformistischen und stalinistischen Version erkannt werden. Mit der Wiederaufnahme der linksradikalen Kritik aus den zwanziger Jahren und der Rezeption des kulturkritischen Versuchs einer Rekonstruktion der Geschichte als Dialektik der Aufklärung, wie er von den Theoretikern der 'Frankfurter Schule' unternommen worden war, wurde versucht, dieser Einsicht Rechnung zu tragen.¹³ Die Schriften Otto Rühles gehörten in jener Phase mit zu den ersten, die im Zusammenhang der Kritik

-
- 6 So seine unter einem Pseudonym veröffentlichten Artikel wie auch die für *Die Aktion* geschriebenen Beiträge. H. Jacoby bereitet gegenwärtig die Herausgabe von Rühle-Schriften aus dem Nachlaß vor.
- 7 An Arbeiten, die sich direkt auf Rühle bezogen, lagen uns vor: Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung* . . . , Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit* . . . , und Henry Jacoby [Pseudonym für S. Frank] *Utopie als Gegenbild*, in: Otto Rühle, *Baupläne für eine neue Gesellschaft*, hrsg. von Henry Jacoby, Reinbek b. Hamburg 1971.
- 8 Vom "Zentralrat der Westberliner Kinderläden" wurden mehrere Schriften Rühles neu aufgelegt, so unter anderem *Die Sozialisierung der Frau*, Berlin o. J., und *Liebe, Ehe, Familie*, Berlin o. J. In Frankfurt erschien 1969 *Zur Psychologie des proletarischen Kindes*, in Berlin als letzte Veröffentlichung 1971 *Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest*. Alle diese Schriften stammen aus den Jahren 1919 bis 1923. (Nähere Angaben siehe Verzeichnis der Schriften Rühles im Anhang dieser Arbeit.)
- 9 Milovan Djilas, *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1963.
- 10 Jacek Kuroń und Karol Modzelewski, *Offener Brief an die vereinigte 'Polnische Arbeiterpartei'*, Berlin o. J. Die Schrift erschien auch unter dem Titel *Monopolsozialismus*, Hamburg 1969.
- 11 Am schärfsten scheint uns die Kritik bei Jacek Ossowski [Pseudonym], *Rosa Luxemburg. Eine Streitschrift*, Frankfurt/M. 1971, formuliert. Obwohl sich Ossowski nahezu ausschließlich an Schriften Luxemburgs orientiert, ist die Analogie seiner Kritik zu der rätekommunistischer Theoretiker offensichtlich.
- 12 Auf die Qualität der Studentenbewegung oder der antiautoritären Bewegung näher einzugehen, ist hier nicht der Platz. Wir verweisen auf die u. E. beste Selbstdarstellung dieser Bewegung bei Hans-Jürgen Krahl, *Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein*, in: ders., *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt/M. 1971, S. 330-347.
- 13 Vor allem wurde dabei auf die Schriften Karl Korsch's, die des jungen Lukács und, in einem anderen Zusammenhang, auf die Wilhelm Reichs rekurriert.

am erstarrten Marxismus neu entdeckt wurden.¹⁴

Daß diese Bewegung, oder besser: das, was von ihr übriggeblieben ist, heute wieder in der stalinistischen Ideologie zu versinken scheint, spricht nicht gegen die Aktualität der Rühleschen Theorie, sondern macht umgekehrt die Fortführung seiner Kritik notwendiger denn je.¹⁵

Die Gruppen und Organisationen, denen sich Rühle zeitweilig zurechnete, erlangten zu keiner Zeit praktische Bedeutung.¹⁶ Dennoch ist seine Theorie nicht aus der Exegese seiner Schriften allein zu verstehen, kommt nicht notwendig die Darstellung der Bewegung hinzu, als deren Sprecher oder Opponent er sich verstand. Durch den Lebenslauf Rühles, besonders durch sein Ausscheiden aus der aktiven Politik im Jahre 1925, ist damit für die Arbeit eine Zäsur gesetzt.

Der erste Teil der Arbeit, der sich mit dem praktischen Revolutionär Rühle beschäftigt, wird stark biographische Züge tragen. Dies auch deshalb, weil das Fehlen einer solchen Biographie, die die Entwicklung Rühles aus dem Zusammenhang einer radikalen revolutionären Bewegung zu interpretieren versucht, die Darstellung seiner Theoriebildung unverständlich machen würde. Auf die Schwierigkeiten, die sich aus dem nur spärlich vorhandenen biographischen Material ergeben, ist schon hingewiesen worden. Eine lückenhafte Darstellung einiger Stationen der Rühleschen Entwicklung wird leider nicht zu umgehen sein.

Der zweite Teil der Arbeit wird sich dann auf diejenigen Schriften konzentrieren, die nach dem Ausscheiden Rühles aus der praktischen Politik entstanden sind. Da in jene Zeit, die die Zeit der theoretischen Aufarbeitung der eigenen politischen Vergangenheit ist,¹⁷ vom Umfang her der größte Teil seiner Schriften fällt, ergibt sich ein Ungleichgewicht zwischen einem mehr biographisch ausgerichteten Teil und einem anderen, der sich auf die Darstellung und Kritik der politischen Theorie Rühles konzentriert. Die mehr individualpsychologisch orientierten Schriften werden, soweit sie nicht zum Verständnis der politischen Theorie unumgänglich sind, nicht berücksichtigt werden, wie auch die notwendige Vertiefung einiger wichtiger Problemstellungen einer Beschränkung unterliegt.¹⁸

Wenn nicht schon aus der Begründung der Aktualität der Theorie Rühles ersichtlich, so muß abschließend die Position des Verfassers kurz skizziert werden. Sein Standpunkt ist nicht der wertfreier Kontemplation, sondern der aktiver Engagiertheit. Nicht der historischen Bedeutung Rühles gilt sein Hauptinteresse, sondern der Frage nach einem möglichen Beitrag der Rühleschen Theorie zu einer neuen revolutionären Bewegung. Als theoretisch-methodische Grundlage dient ihm die Theorie von

14 Bereits 1965 wurden in München die beiden Rühle-Schriften *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution* und *Das Kapital. Kurzausgabe* von einer rätesozialistischen Gruppe herausgegeben, deren Mitglieder zum großen Teil kurze Zeit später die Diskussionen im damals einflußreichen Berliner SDS bestimmten. Angaben darüber bei Albrecht Goeschel, *Richtlinien und Anschläge. Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft*, München 1968.

15 Die Begründung Gottfried Mergners, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 206, weshalb die Theorie Rühles in der Weimarer Zeit keine große Beachtung gefunden habe, läßt sich bezüglich der antiautoritären Bewegung in der BRD wiederholen: "Es lag weniger an seinen politischen Fähigkeiten, als an seiner 'utopischen' Rätetheorie, daß die revolutionäre Bewegung seiner Zeit nicht allzu viel mit ihm anfangen konnte."

16 Eine Einschätzung der linkskommunistischen Gruppen in der Weimarer Republik und ihrer politischen Bedeutung findet sich bei: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923*, Meisenheim 1969; Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918 - 1933)*, in: *Die soziale Revolution ist keine Parteisache*, Berlin, Jg. 1 (1971), H. 2, S. 60-82. Die oben wiedergegebene Einschätzung stammt von Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung . . .*, S. 78.

17 Otto Rühle gehört zu den wenigen Linksradiكالen der Weimarer Zeit, denen es gelungen ist, "die eigenen Erfahrungen wenigstens zu theoretisieren"; Günther Hillmann (Hrsg.), *Die Rätebewegung*, Bd. 1, Reinbek b. Hamburg 1971, Nachwort S. 240.

18 So kann auch die Rezeption der Akkumulationstheorie von Karl Marx durch Otto Rühle, die im Zusammenhang der 'Todeskrisendiskussion' der linken Kommunisten Bedeutung erlangte, nicht ausreichend dargestellt werden. Erreichte die Diskussion um die Frage des notwendigen Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems ihren theoretischen Höhepunkt erst nach der 1929 erfolgten Veröffentlichung der Schrift von Henryk Grossmann, *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, so ist die in dieser Schrift vertretene Theorie in der Begründung der Aktualität der Revolution durch die linken Kommunisten schon vorweggenommen.

Karl Marx, die ihm als der bislang immer noch adäquateste Versuch gilt, menschliche Praxis in ihrem historischen Kontext und als auf Veränderung ausgerichtete zu begreifen. Die Arbeit versteht sich somit – so unzureichend sie auch sein mag – als Beitrag zur politischen Neuorientierung der sozialistischen Bewegung.

1

OTTO RÜHLE IN DER DEUTSCHEN VORKRIEGS-SOZIALDEMOKRATIE

Über Rühles Tätigkeit in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg gibt es nur sehr wenige Angaben.¹⁹ Sein Eintritt in die SPD datiert vermutlich um 1895.²⁰ Gleichzeitig beginnt er, nachdem er eine Lehrerausbildung absolviert hat und als Privatlehrer tätig gewesen ist, mit der Abfassung sozialpädagogischer Schriften, in denen er die veralteten Unterrichtsmethoden des deutschen Schulsystems kritisiert und eine neue Konzeption der schulischen Ausbildung entwickelt.²¹ Im Jahre 1896 beginnt er eine Vortragsreihe für junge Arbeiter und wird als Redakteur beim sozialdemokratischen Parteiblatt in Chemnitz angestellt. Die SPD setzt ihn als Agitator für den erzgebirgischen Bereich ein.²² Nachdem er wegen seiner politischen Tätigkeit für die SPD als Lehrer entlassen wird,²³ betraut ihn die Partei mit der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Zuvor schon ist er als Redakteur einer in Hamburg erscheinenden sozialdemokratischen Zeitschrift berufen worden. Seine Verantwortlichkeit im Rahmen der Bildungsarbeit erstreckt sich über ganz Norddeutschland.²⁴

1907 beauftragt der Parteivorstand der SPD Rühle mit der Tätigkeit eines Wanderlehrers, in deren Rahmen er bis zu 36 Orte pro Jahr zu bereisen hat.²⁵ In dem Bericht, den der Zentral-Bildungsausschuß der Partei auf dem Parteitag 1909 in Leipzig gibt, heißt es: "Die Genossen Duncker und Rühle, die sich dem Bildungsausschuß zu ständiger Mitarbeit verpflichtet haben, konnten nicht nur dauernd beschäftigt werden, sondern die Nachfrage nach ihren Kursen war weit größer, als die Möglichkeit, alle Wünsche zu befriedigen . . .".²⁶

Rühle war bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit tätig. Die Themen seiner Kurse reichten von Fragen der Nationalökonomie bis zu Problemen der Erziehung.²⁷ Seine didaktischen und theoretischen Fähigkeiten ließen ihn, zusammen mit Hermann Duncker und

-
- 19 Frits Kool, *Die Linke . . .*, der als Kenner des Rätekommunismus gilt, schreibt dazu auf S. 306: "Übrigens ist es, als hätte sich über große Strecken seines Lebenslaufs eine Verschwörung des Stillschweigens gelegt." Vgl. auch *a. a. O.*, S. 622, Anm. 9.
- 20 Dieses Datum gibt Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214 an. Andere Autoren, so Hermann Weber (Hrsg.), *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/M. u. Wien 1969, S. 340, datieren Rühles Eintritt in die SPD in das Jahr 1900. Den weiteren Angaben Mergners zufolge erscheint uns der von ihm angegebene Zeitpunkt wahrscheinlicher.
- 21 In den 1903 in Berlin im sozialdemokratischen Vorwärts-Verlag erschienenen Broschüren *Die Volksschule, wie sie ist* und *Die Volksschule, wie sie sein sollte* sind Kritik und Neukonzeption zusammenfassend dargestellt. Die beiden Schriften dienten der SPD als schulprogrammatische Richtlinien.
- 22 Alle biographischen Angaben nach Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214.
- 23 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 340.
- 24 Einen Überblick über Funktion und Durchführung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit in jener Zeit geben Hildegard Feidel-Mertz, *Zur Ideologie der Arbeiterbildung*, Frankfurt/M. 1964, vor allem S. 47-98, und Arthur Meier, *Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger (1918 - 1923)*, Phil. Diss., Humboldt-Universität Berlin 1964, bes. S. 31-50. (Diese Dissertation erschien in der BRD unter dem Titel *Proletarische Erwachsenenbildung*, Hamburg 1971.)
- 25 Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214.
- 26 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Leipzig vom 12. - 18. 9. 1909*, Berlin 1909, S. 50 f.
- 27 Eine Zusammenstellung des Themenangebotes der Kurse im Zeitraum 1907/08-1913/14 findet sich bei Arthur Meier, *Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung . . .*, S. 44 f.

Julian Borchardt, zu einem der bekanntesten Wanderlehrer der SPD werden.²⁸ Hervorgehoben wird in Berichten vor allem seine Fähigkeit, die Darstellung politischer und ideologischer Komplexe mit Einblicken in die marxistische Kritik der politischen Ökonomie zu verbinden.²⁹ Unter seinen zahlreichen Zuhörern befanden sich auch solche, die sich später einen Namen in der Arbeiterbewegung machen sollten.^{30 31}

Ein undatiertes, acht Seiten langes Papier, das mit dem Titel "Leitsätze für den Kursus des Genossen Otto Rühle über: Grundbegriffe der Wirtschaftslehre" überschrieben ist, vermittelt einen Einblick in den Stand der Marxismus-Rezeption Rühles in jener Zeit.³² Nach einer kurzen Rekapitulation des Inhalts des vorherrschenden Kurses stellt Rühle in gedrängter Form das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise dar, wobei er sich völlig an den ersten Band des Marxschen "Kapital" hält. Sicher kann – auch aufgrund der lexikalischen Darstellung – dieses Schulungspapier in keinster Weise eine ausreichende Zusammenfassung des Marxschen Systems der 'Kritik der politischen Ökonomie' darstellen. Doch läßt sich in ihm in Ansätzen die spätere theoretische Differenz zur Marxismus-Interpretation der Zweiten Internationale erkennen: Der Begriff der Ökonomie, wie ihn Rühle gebraucht, unterscheidet sich grundlegend von dem von den Revisionisten gebrauchten.³³ Ist jener um die Dimension der Gesellschaft verkürzt und auf wirtschaftstheoretische Kategorien reduziert, so beinhaltet der von Rühle benutzte den ganzen Bereich der menschlichen Tätigkeiten: Er ist eine soziale Kategorie.³⁴

1911 wird Rühle Landtagsabgeordneter der SPD im sächsischen Landtag.³⁵ Im 8. Wahlkreis Pirna-Sebnitz erhält er 1912 ein Mandat als Reichstagsabgeordneter.³⁶

Aufgrund seiner schulprogrammatischen Schriften kann Rühle zum Kreis der linksradikalen Intellektuellen in der SPD gerechnet werden,³⁷ wenngleich keine Hinweise über Kontakte zu linksoppositionellen Gruppierungen in der Partei vorliegen.³⁸ Die Frage, ob aus dieser Charakterisierung eine Kontinuität der Entwicklung linksoppositioneller Positionen in der SPD zu rätekommunistischen

28 Babette Gross, *Willi Münzenberg. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1967, S. 33, schreibt, daß Rühle und Duncker zwei der aktivsten Wanderlehrer der SPD gewesen seien.

29 Diese Charakterisierung findet sich im *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 14. - 20. 9. 1913*, Berlin 1913, S. 39.

30 So z. B. Willi Münzenberg. In seinem Buch *Die dritte Front. Autobiographische Erinnerungen*, Berlin 1931, schreibt er auf S. 55: "Den Winter [1909/10, F.H.] benutzte ich zur regen Mitarbeit in der Gewerkschaft und Partei, hörte Vorträge und Kurse von Otto Rühle und Hermann Duncker . . ."

31 Wie sehr Rühle in der frühen DDR-Geschichtsschreibung unterschlagen wird, dokumentiert Dieter Fricke, *Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890 - 1914*, Leipzig 1962, der in dem Abschnitt über die Wanderkurse (S. 187-193) Rühle gar nicht erwähnt.

32 Die *Leitsätze* stammen vermutlich aus dem Jahr 1909. Im Jahr zuvor hält Rühle einen Kurs über Wirtschaftsgeschichte (nach Arthur Meier, *Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung . . .*, S. 44), auf den sich der erste Teil des Papiers rekapitulierend bezieht. Gottfried Mergner (*Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 216) gibt ein weiteres, mir jedoch nicht vorliegendes Manuskript an: *Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens*, Dortmund o. J., das dem vorhergehenden Kurs als Grundlage gedient haben könnte.

33 Die u. E. beste Charakterisierung des Ökonomiebegriffes des Revisionismus findet sich bei Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der zweiten Internationale*, Frankfurt/M. 1971. Dort heißt es auf S. 28: "In dem Sinne von anderen 'Momenten' getrennt und selbst zu einem isolierten Faktor geworden, wird die sogenannte ökonomische Sphäre – die für Marx gleichzeitig Produktion von Dingen und Produktion von Ideen (Objektivierung), Produktion und intersubjektiver Verkehr, materielle Produktion und Produktion von gesellschaftlichen Verhältnissen . . . ist – jeglichen wirksamen historisch-sozialen Gehalts entleert und statt dessen als eine dem intersubjektiven Verkehr vorausgehende Sphäre dargestellt."

34 Ohne menschliche und gesellschaftliche Vermittlung ist der Begriff der Arbeit, der im Marxschen Werk zentrale Kategorie ist, nicht verständlich: "In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen"; Karl Marx, *Lohnarbeit und Kapital*, in: *MEW*, Bd. 6, S. 407.

35 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 48.

36 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 340.

37 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 47 f.

Konzeptionen der Weimarer Zeit ableitbar ist, wie dies von einigen Interpreten behauptet wird,³⁹ kann hier nicht weiter erörtert werden. Im Kapitel, in dem die Entwicklung der rätekommunistischen Vorstellungen dargestellt wird, werden wir versuchen, implizit zu dieser Frage Stellung zu beziehen.⁴⁰

II

DIE OPPOSITION GEGEN DEN KRIEG

Mit dem Verhalten der SPD bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde jener Tatbestand offenbar, der schon Jahre zuvor Gegenstand parteiinterner Kritik gewesen war.⁴¹ Der Reformismus, der sich ideologisch durchgesetzt hatte,⁴² wengleich die radikale Phrase in den Verlautbarungen der Partei noch zu finden war, hatte sich einen mächtigen bürokratischen Apparat geschaffen.⁴³ Die Entscheidung der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion für die Burgfriedenspolitik und damit für den Krieg konnte nur für denjenigen unverständlich und überraschend sein, dem diese Entwicklung der Sozialdemokratie entgangen war. Während die illegitimen Erben der sozialdemokratischen Tradition, die ideologisch an der deutschen Marx-Orthodoxie geschulten Bolschewiki⁴⁴ samt ihren späteren deutschen Bundesgenossen in der KPD, bezüglich der Haltung der SPD nur vom Verrat der Führung

- 38 Gemeint sind damit z. B. die unter dem Namen "Die Jungen" in Opposition zur Parteispitze stehenden Gruppierungen. Vgl. Hans Müller, *Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie*, Neuausgabe Heidelberg/Frankfurt/Hannover/Berlin 1969. Auch liegen uns keine Informationen über Rühles Beteiligung an der 'Massenstreikdebatte' vor.
- 39 Diese Kontinuität wird behauptet von Hans Manfred Bock, *Die Literaten- und Studentenrevolte in der SPD*, in: *Das Argument*, Jg. 13 (1971), H. 63, S. 41; ebenfalls von Arthur Staffelberg, *Revolutionäre und reformistische Politik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Heidelberg/Frankfurt/Hannover/Berlin 1969. Der holländische Rätekommunist Cajo Brendel dagegen behauptet in einer Kritik an der von Gottfried Mergner edierten Ausgabe *Gruppe Internationale Kommunisten Hollands*, Reinbek b. Hamburg 1971: "Das, was später unter dem Namen Rätekommunismus auftrat, verdankt erst viel späteren Ereignissen und viel späteren Klassenkämpferscheinungen sein Entstehen"; Cajo Brendel, Buchbesprechung, in: *Die soziale Revolution ist keine Parteisache*, Berlin, Jg. 1 (1971), H. 2, S. 137. Vgl. dazu auch die in demselben Heft dieser Zeitschrift wiedergegebene Einschätzung des ebenfalls aus Holland stammenden Rätekommunisten Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung . . .*, bes. S. 61.
- 40 Indem wir in den Kapiteln III und IV die selbständige Herausbildung der Räteorganisationen in der deutschen Revolution meinen behaupten zu können, sagen wir damit nichts weiter, als daß die Wurzeln des Rätekommunismus nicht in vergangenen Debatten der Sozialdemokratie, sondern in der realen Klassenkampf Bewegung der Arbeiter in der Anfangsphase der Weimarer Republik zu suchen sind. Als weitere Faktoren bei der Entwicklung rätekommunistischer Vorstellungen müssen die Entwicklung der russischen Revolution und die Niederlage der revolutionären Bewegung in Deutschland gesehen werden.
- 41 Gemeint sind die Kritik der "Jungen" an der bürokratischen Erstarrung der Partei und die während der 'Massenstreikdebatte' von Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek formulierten Angriffe gegen die Aufgabe revolutionärer Prinzipien zugunsten der Konzeption einer letztlich staatstragenden parlamentarischen Volkspartei. Vgl. dazu Hans Müller, *Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie . . .*, und als kurzgefaßte Darstellung der 'Massenstreikdebatte' Hans Manfred Bock (Hrsg.), *A. Pannekoek/H. Gorter: Organisation und Taktik der proletarischen Revolution*, Frankfurt/M. 1969, Einleitung S. 10-21.
- 42 Dabei ist auch hinzuweisen auf die Bedeutung des 'Politischen Testaments' von Friedrich Engels, d. h. der von ihm kurz vor seinem Tode verfaßten Einleitung zum ersten Neudruck der *Klassenkämpfe in Frankreich* von Karl Marx, *MEW*, Bd. 22, S. 509-527, für die Herausbildung des Revisionismus. Vgl. dazu die ausgezeichnete Darstellung bei Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der zweiten Internationale . . .*, Kapitel I.
- 43 Georg Füllberth, *Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914*, in: *Das Argument*, Jg. 13 (1971), H. 63, S. 21: "Der in der deutschen Partei weithin schon längst überwiegende, gerade auf lokaler und regionaler Ebene großgewordene Reformismus schuf sich eine 'Bükratie', die seinen Zwecken entsprach . . .".
- 44 Einen aktuellen Versuch zum Beleg der Analogiethese von Kautskyanismus und Bolschewismus auf theoretischem Gebiet unternimmt Hanna Kotowski, *Lenin – der Schüler Kautskys*, Diplomarbeit, FU Berlin 1971. Diese Analogie ist wichtig für das Verständnis der Auseinandersetzungen zwischen der leninistischen und der nicht-leninistischen Linken zu Beginn der zwanziger Jahre um die Organisationsfrage und die Möglichkeit des Proletariats, selbständig zu revolutionärem Bewußtsein zu gelangen.

sprechen können,⁴⁵ erklärt sie sich für linkskommunistische Theoretiker im nachhinein aus dem Wesen der Sozialdemokratie selbst.⁴⁶

Über die Fraktionssitzung der SPD vom 3. August 1914, die der Reichstagsabstimmung unmittelbar vorausging, gibt Karl Liebknecht einen ausführlichen Bericht: "Noch wenige Tage vor dem 3. 8. 1914 wiegten sich viele Genossen in dem Wahne, daß die Ablehnung der Kriegskredite für die Mehrheit der Reichstagsfraktion selbstverständlich und zweifellos sei . . . Am 3. August fand die erste und entscheidende Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, wo der sofort in alle Welt telegraphierte Bewilligungsbeschluß gefaßt wurde. Bei dieser Gelegenheit stellte sich der Zusammenbruch des sogenannten radikalen Flügels der Fraktion heraus . . . Die Mehrheit hörte nur mit Ungeduld und Unruhe die Vertreter der Minderheit an. Nur 14 Genossen . . . stimmten gegen die Kreditbewilligung . . . , 78 stimmten dafür."⁴⁷ Unter diesen 14 Abgeordneten, die mit Nein stimmten, war auch Otto Rühle.⁴⁸ In der Abstimmung im Reichstag am folgenden Tag, dem 4. August, unterwarfen sich aber alle Abgeordneten der Fraktionsdisziplin.⁴⁹

Bei der Abstimmung über die II. Kreditvorlage am 2. Dezember 1914 stimmte dann lediglich Liebknecht dagegen; bei der am 20. März 1915 stattfindenden Entscheidung über die III. Kriegskreditvorlage stimmte Rühle mit Liebknecht gegen diese, ebenso lehnten sie den gesamten Etat ab.⁵⁰ In der Abstimmung über die IV. Kreditvorlage stand Liebknecht dann wieder allein.⁵¹

In der Darstellung Liebknechts über die Entstehung der Kriegsoption⁵² entsteht der Eindruck, als habe Rühle nur aus taktischen, nicht aber aus prinzipiellen Gründen gegen die Kreditvorlage gestimmt.⁵³ Ein 1915 veröffentlichter Artikel Rühles mit der Überschrift "Klassenkampf – Massenkampf"⁵⁴ macht jedoch deutlich, daß Rühles Haltung von einer grundlegenden Kritik an der sozial-

45 Das ehemalige KPD-Mitglied Rudolf Lindau, *Revolutionäre Kämpfe 1918/1919. Aufsätze und Chronik*, Berlin (DDR) 1960, schreibt auf S. 21: ". . . die Entscheidung der Reichstagsfraktion hätte, wäre vorherige freie Erörterung in der Partei möglich gewesen, auf einem Parteitag keine Mehrheit gefunden".

46 Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung . . .*, schreibt auf S. 80, daß die Haltung der SPD nur für denjenigen überraschend sein konnte, der "den Kapitalismus und die Grenzen der etablierten Arbeiterbewegung nicht verstanden" habe. Rühle selbst äußert dazu in einer späteren Schrift: "Mit erschreckender Klarheit enthüllte sich die Tatsache, daß die Sozialdemokratie mit Sozialismus und Revolution nichts zu tun hatte. Was sie bis dahin unter Phrasen und Demagogien zu verbergen gewußt hatte, stand plötzlich in nackter Klarheit vor der Welt: Sie war nur ein dilettantischer Versuch gewesen, den Kapitalismus für die Massen zu mildern, erträglicher zu machen"; Otto Rühle, *Weltkrieg-Weltfaschismus-Weltrevolution*, in: Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 76 f.

47 Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 8, Berlin (DDR) 1966, S. 19-21.

48 A. a. O., S. 21.

49 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, Neuausgabe Frankfurt/M. 1970, S. 98. Die *Illustrierte Geschichte* erschien im "Internationalen Arbeiter-Verlag" Willi Münzenbergs, der damals für die KPD tätig war. Das Buch selbst ist ein Kollektivwerk.

50 Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 9, Berlin (DDR) 1968, S. 269.

51 "Im August 1915 – bei der 4. Kreditvorlage – blieb ich wiederum allein. Rühle hatte die Abstimmung aus äußeren Gründen versäumt und erklärte in der Presse, daß er, wenn anwesend, gegen die Kredite gestimmt haben würde"; Karl Liebknecht, *ebd.*

52 Wir beziehen uns dabei auf die beiden Artikel Liebknechts, die am ausführlichsten diesen Prozeß schildern: *Klassenkampf gegen den Krieg*, in: *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 8, S. 1-144; *Betrachtungen und Erinnerungen aus der 'großen Zeit'*, in: *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 9, S. 265-295. (Vor allem auf S. 271 wird dieser Eindruck erweckt.)

53 Rühle sendet folgende schriftliche Begründung seiner Haltung bei der Abstimmung an den Parteivorstand: "Ich erachte die zur Budgetfrage vorliegenden Parteitagbeschlüsse als in vollem Umfange zu Recht bestehend . . . und bestreite der Fraktion die Kompetenz, diese Beschlüsse zeitweilig außer Kraft zu setzen. Da die Parteitagbeschlüsse zu positiver Stellungnahme, also zur Ablehnung des Etats verpflichtet, kann ich mich zu meinem Bedauern nicht dazu verstehen, mich vor der Abstimmung aus dem Sitzungssaal zu entfernen." Zit. nach: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1, Berlin (DDR) 1958, S. 114.

54 Der Artikel erschien zuerst in *Die Jugendinternationale*, August 1915. Uns lag eine Fassung vor, die in *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 89-91 abgedruckt worden war.

demokratischen Partei bestimmt war.⁵⁵ In dieser kurzen Schrift sind Grundelemente seines Revolutionsbegriffes entwickelt, die in späteren Schriften, wenn auch erweitert und ausgeführt, immer wieder zu finden sind.

Ausgangspunkt der in dieser Schrift dargestellten Konzeption ist die Überzeugung, daß der Sozialismus nicht die Erfindung des menschlichen Kopfes ist, sondern als "wissenschaftliche Erkenntnis wie als politische Bewegung . . . aus dem Schoße des kapitalistischen Zeitalters erwachsen" wird,⁵⁶ und daß der so durch die Wirklichkeit selbst erzwungene Klassenkampf die Kriterien dafür abgeben wird, inwieweit eine Theorie oder Organisation für sich in Anspruch nehmen kann, revolutionär zu sein, indem ihre Bewährung in ihm darüber entscheiden wird: "Der Klassenkampf ist das Fundament und die Basis der sozialistischen Bewegung, ist die Seele aller Emanzipationsbestrebungen des Proletariats . . . , mit dem Klassenkampf steht und fällt der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie, steht und fällt das Endziel des Emanzipationskampfes, steht und fällt die Garantie des sozialistischen Sieges . . .".⁵⁷

Wenngleich die sozialistische Zukunft ihre Begründung in der kapitalistischen Wirklichkeit hat, so ist sie dennoch nicht das Ergebnis eines naturgesetzlich notwendigen Prozesses. Sie muß, will sie verwirklicht werden, erkämpft werden; sie ist das "Produkt revolutionärer Gewalten und Tendenzen".⁵⁸

Und so wenig, wie sich der Sozialismus naturwüchsig einstellt, so wenig kann er das Ergebnis einer im Namen der Massen handelnden Minderheit sein. Die Kampfformen; die zu seiner Durchsetzung notwendig sind, unterscheiden sich von denen der bestehenden politischen Parteien. Sie resultieren aus der spezifischen Stellung des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft: "Die Organisation der Arbeitskraft stellt die proletarische Kampfform für die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus dar. Die Durchtränkung dieser Organisation mit dem Geiste des revolutionären Klassenkampfes bedeutet die Organisierung der proletarischen Revolution, die, in Massenaktionen sich entladend und in der Form des politischen Massenstreiks den Lebensnerv des Kapitalismus treffend, den Weg ebnet für die Diktatur des Proletariats."⁵⁹

Diese Konzeption der proletarischen Revolution bedeutet das Primat des ökonomischen Kampfes; die revolutionäre Gewalt, die in ihm wirksam wird, ist eine ökonomische Potenz. Damit ist die Durchführung der sozialen Revolution als die Aufgabe des Proletariats benannt, was zugleich eine Abkehr vom jakobinischen Prinzip der politischen Revolution als der dominierenden bedingt: "Die Entfaltung und Geltendmachung seiner [des Proletariats, F. H.] Macht kann nur erfolgen, indem es die Methode eines wirtschaftlichen Kampfes überträgt auf den politischen Kampf. Klassenkampf muß Massenkampf werden, Massenaktion, Massenstreik . . . Klassenkampf – Massenstreik – proletarische Revolution, das sind die Etappen auf dem Weg zum Endziel, der Befreiung der arbeitenden Klasse. Es gibt keinen anderen Weg als diesen."⁶⁰

Wesentliche Bestimmungen der späteren politischen Theorie Rühles sind hiermit benannt. Daß der Sozialismus das Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung selbst sein muß, daß die revolutionäre Organisation des Proletariats im Betrieb ansetzen muß und daß die revolutionäre Aktion nur die Massenaktion sein kann, alle diese Positionen werden in den weiteren Schriften und auch in der sie begleitenden bzw. sie notwendig zur Voraussetzung habenden Praxis wiederaufgenommen.

55 Nach Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin (DDR) 1958, S. 267-270, bestanden zwischen Liebknecht und Rühle, wenngleich beide die einzigen prinzipiellen Gegner der Kriegspolitik im Reichstag gewesen wären, erhebliche Differenzen. Bartel bezieht sich damit auf das von Liebknecht kritisierte Verhalten Rühles in der Minderheitsfraktion (vgl. Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 9, S. 271). Ein Brief Liebknechts vom 1. 12. 1915 an Rühle zeigt ebenfalls, daß die Kontakte zwischen beiden nicht allzu intensiv gewesen sind (Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 8, S. 401).

56 *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 89.

57 *A. a. O.*, Sp. 90.

58 *A. a. O.*, Sp. 89.

59 *A. a. O.*, Sp. 91.

60 *Ebd.* Inwieweit Rühle bei dieser Bestimmung der Etappen des Klassenkampfes selbst einer dogmatisch-starren Vorstellung sozialer Prozesse verhaftet ist, sei dahingestellt. Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit objektivistischen und dogmatisierenden Ansätzen in der Rühleschen Theorie folgt im weiteren Verlauf der Arbeit.

Rühle beschränkt sich während dieser Zeit in seiner Opposition gegen den Krieg und gegen die SPD nicht nur auf die Abfassung von Artikeln.⁶¹ In der sächsischen "Freien Jugendorganisation", die zu einem Hauptträger der Kriegsoption werden sollte, ist er aktiv an leitender Stelle tätig.⁶²

III

DIE ORGANISATORISCHE HERAUSBILDUNG OPPOSITIONELLER GRUPPIERUNGEN IN DER ZEIT DES ERSTEN WELTKRIEGES

Die unnachgiebige Reaktion der Mehrheit der Reichstagsfraktion auf das Ergebnis der Abstimmung vom 20. 3. 1915⁶³ ließ Erwartungen, wie sie vielleicht bei einem Teil oppositioneller Fraktionsmitglieder bezüglich einer Änderung der gegenwärtigen Politik vorhanden waren,⁶⁴ als Illusionen offenkundig werden. Als außer Liebknecht und Rühle achtzehn weitere Abgeordnete gegen die V. Kreditvorlage stimmten und daraufhin am 24. 3. 1916 aus der Fraktion ausgeschlossen wurden, stand für Rühle die Frage der organisatorischen Trennung der Opposition von der Mehrheit auf der Tagesordnung.⁶⁵ Der Personenkreis, den er als Träger einer zukünftigen linksoppositionellen Organisation im Auge hatte, rekrutierte sich allerdings nicht aus der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" (SAG),⁶⁶ zu der sich die aus der Fraktion ausgeschlossenen achtzehn Sozialdemokraten zusammenschlossen hatten.⁶⁷

Bereits am 3. März 1915 hatten sich in der Berliner Wohnung Wilhelm Piecks zwölf Mitglieder des linken Flügels der SPD, unter ihnen Franz Mehring, Karl Liebknecht und Otto Rühle, zusammengefunden, um die Opposition gegen den Krieg zu organisieren.⁶⁸ Ein erstes Ergebnis dieses Treffens war die Herausgabe der Zeitschrift "Die Internationale", die über ganz Deutschland verbreitet werden sollte. Der Name "Internationale" wurde gleichzeitig die Bezeichnung der Gruppe, die sich um die Zeitschrift sammelte.⁶⁹

Zuvor schon, seit Dezember 1914, hatte eine Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht illegale Zirkulare verbreitet, in denen für die Schaffung einer neuen Internationale und gegen die Burgfriedenspolitik agitiert wurde.⁷⁰ Die verstärkte Agitation der Linken gegen den Krieg im Jahre 1915 machte den engeren Zusammenschluß der Opposition notwendig.⁷¹ Am 1. 1. 1916 trafen sich auf einer illegalen Reichskonferenz in Jena die radikalsten Vertreter der Kriegsoption. Auf dieser

-
- 61 Rühle veröffentlicht 1915 im *Volksfreund Pirna* einen Artikel gegen den Krieg. Angaben bei Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214.
- 62 *Ebd.* Einen Hinweis auf Rühles Tätigkeit in der sächsischen Kriegsoptionsbewegung gibt auch Willi Münzenberg, *Die dritte Front . . .*, S. 193 ff. Auf S. 200 erwähnt er Rühle zusammen mit Lenin, Trotzki, Radek, Balabanoff u. a. als ständigen Mitarbeiter der *Jugend-Internationale*, einer der radikalsten Antikriegspublikationen jener Zeit.
- 63 Am 22. 3. 1915 veröffentlichte die Reichstagsfraktion der SPD im *Vorwärts* eine Stellungnahme, in der sie den "von den Fraktionsmitgliedern Liebknecht und Rühle . . . erfolgten Disziplinbruch aufs Entschiedenste" verurteilte. Zit. nach: Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 8, S. 110.
- 64 ". . . die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle Politik, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Krieges treiben werde . . ."; Karl Liebknecht, *a. a. O.*, S. 22.
- 65 *Dokumente und Materialien . . .*, Reihe II, Bd. 1, S. 321.
- 66 *A. a. O.*, S. 323.
- 67 Die SAG hatte Liebknecht und Rühle den Eintritt in die Gruppe angeboten. Beide lehnten jedoch ab. Vgl. den Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin vom 4. 4. 1916 an den Minister des Inneren, in: *Dokumente und Materialien . . .*, Reihe II, Bd. 1, S. 336 f. Vor allem Liebknecht hat in zahlreichen Artikeln die prinzipiellen Differenzen zwischen sich und der SAG klargelegt. Vgl. Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden . . .*, Bd. 8, S. 448 ff.
- 68 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2, Berlin (DDR) 1966, S. 242.
- 69 *Spartakusbriefe*, Neuauflage Berlin (DDR) 1958, Einleitung S. XIV.
- 70 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 63.
- 71 *Spartakusbriefe . . .*, Einleitung S. XV.

Konferenz wurden die von Rosa Luxemburg entworfenen "Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"⁷² als vorläufige Plattform der oppositionellen Gruppen angenommen.⁷³ Am 27. 1. 1916 erschien die erste Ausgabe eines Informationsblattes, das mit "Spartacus" unterzeichnet war und fortan unter dem Namen "Spartakusbriefe" der gleichnamigen Gruppe erscheinen sollte.⁷⁴ Die zentrale Losung dieser Gruppe: "Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg", so radikal sie sich auch anhörte, ebenso wie ihre politische Regsamkeit können nicht über ihre relative Bedeutungslosigkeit hinwegtäuschen.⁷⁵

Paul Mattick schreibt zu dieser größtenteils auf literarische Produktion beschränkten Kriegsopposition:⁷⁶ "Die Anti-Kriegsparolen dienten, obwohl sie von Revolutionären vertreten wurden, nur der bürgerlichen Politik und endeten, wo sie begannen: im bürgerlichen Parlament. Die wirkliche Opposition gegen Krieg und Imperialismus kam in Desertationen aus Armee- und Fabriken und im langsam erwachsenden Begreifen vieler Arbeiter zum Ausdruck, daß ihr Kampf gegen Krieg und Ausbeutung den Kampf gegen die alte Arbeiterbewegung und alle ihre Konzepte mit einschließen müsse."⁷⁷

Die wirkliche Bedeutung der Spartakusgruppe lag u. E. darin, daß sich in ihren Reihen ein Bewußtsein von der historischen Möglichkeit der proletarischen Revolution artikulieren konnte, in dem wesentliche Elemente einer später ausformulierten Revolutionstheorie für entwickelte kapitalistische Länder enthalten waren.⁷⁸ Einen Beitrag dazu lieferte Rühle mit seinem am 12. 1. 1916 im "Vorwärts" veröffentlichten Artikel "Zur Parteispaltung",⁷⁹ in dem er auf die prinzipielle Unvereinbarkeit reformistischer und revolutionärer Tendenzen hinweist. Am selben Tag wurde Liebknecht, gewissermaßen als Bestätigung der in diesem Artikel vertretenen These, aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen.⁸⁰

Ausgangsthese dieses Artikels ist die Feststellung, daß seit dem 4. August 1914 faktisch zwei Parteien existierten: eine revolutionäre, die Minderheit, und eine reformistische, die Mehrheit. Da zwischen diesen beiden "Auffassungen und Lagern . . . keine Verständigung und Überbrückung mehr möglich" sei, bleibe die Spaltung als die einzige Möglichkeit, um aus der "beispiellosen Zerrüttung des ganzen Parteilebens"⁸¹ herauszukommen. Keine der beiden Fraktionen könne heute, es sei denn

72 Die *Leitsätze* erschienen als Anhang zur *Juniusbroschüre*. Rosa Luxemburg, *Politische Schriften*, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. 2, Frankfurt/M. 1966, S. 152-157.

73 *Spartakusbriefe* . . . , Einleitung S. XVI.

74 *A. a. O.*, S. XVII.

75 Vor allem die DDR-Geschichtsschreibung neigt dazu, die Bedeutung der Spartakusgruppe stark zu übertreiben: "Die Spartakusgruppe war unter den verschiedenen linken Gruppen nicht nur der große Bruder. . . . Die Spartakusgruppe unterschied sich von diesen Gruppen vor allem durch ihre stete und unmittelbare Wirkung auf die Massen"; *Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften der Parteihochschule "Karl Marx" und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED am 22. und 23. Januar 1959 in Berlin*, Berlin (DDR) 1959, S. 93 f. (Beitrag von Fritz Globig). Vgl. dagegen Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S. 20.

76 Natürlich betätigte sich der Spartakusbund auch in aktiver Propaganda und dem Aufbau oppositioneller SPD-Gruppen (Hermann Weber, *a. a. O.*, S. 20 f.). Zu einer illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend am 23./24. April 1916 in Jena entsandte er z. B. vier Delegierte, unter ihnen auch Otto Rühle; *Dokumente und Materialien* . . . , Reihe II, Bd. 1, S. 362, Anm. 1.

77 Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung* . . . , S. 80 f.

78 Vor allem die Artikel Rosa Luxemburgs leisteten dazu einen wichtigen Beitrag. Die Angriffe des Stalinismus gegen den 'Luxemburgismus' sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Rosa Luxemburg eine eigenständige Konzeption der proletarischen Revolution zu entwickeln imstande war. Vgl. dazu Paul Mattick, *Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin*, in: *Partei und Revolution*, Berlin o. J., S. 125-158, und Siegfried Bahne, *Zwischen 'Luxemburgismus' und 'Stalinismus'*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 9 (1961), S. 359 ff. (Reprint Berlin o. J.).

79 Der Artikel erschien als Beilage zum *Vorwärts*, Nr. 11 vom 12. 1. 1916. Er ist abgedruckt in *Dokumente und Materialien* . . . , Reihe II, Bd. 1, S. 301-305.

80 Rühle erklärt sich mit Liebknecht solidarisch und gilt fortan als fraktionslos. Vgl. *a. a. O.*, S. 300 und Anm. 1, *ebd.*

81 *A. a. O.*, S. 302.

bei Aufgabe der eigenen Prinzipien, die andere gewähren lassen. Da die Existenz einer einheitlichen Partei nicht das primäre Ziel sozialistischer Arbeit sei, die Partei vielmehr nur ein Mittel des Kampfes um den Sozialismus darstelle, gebe es für diejenigen, die das Ziel der sozialistischen Revolution noch nicht aufgegeben haben, nur die Möglichkeit, "sich mit dem Gedanken der Parteispaltung vertraut zu machen. Es ist ein Kampf, der große Opfer fordert. Aber schließlich ist die Partei doch nur das Werkzeug der Verwirklichung des Sozialismus, zur Erkämpfung der Demokratie. Hauptsache ist und bleibt der Sozialismus."⁸²

Die Resonanz auf die in diesem Artikel verfochtenen Thesen, die sich deutlich von der Position Rosa Luxemburgs absetzen,⁸³ war besonders in der internationalen Sozialdemokratie beträchtlich. Lenin, der einen ähnlichen Gedanken schon früher vertreten hatte,⁸⁴ betonte die Bedeutung dieses Artikels als eines richtungweisenden für den revolutionären Flügel der westeuropäischen Sozialdemokratie. In einem Brief an den französischen Sozialisten Safarow heißt es: "Indessen ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in der ganzen Welt eine Tatsache. Es gibt zwei unversöhnliche Taktiken und Arten der Politik der Arbeiterklasse in ihrer Stellung zum Krieg In Deutschland hat sogar der Abgeordnete Rühle, der engste Kampfgefährte Karl Liebknechts, offen die Unvermeidlichkeit der Spaltung der Partei anerkannt, da die gegenwärtige Mehrheit, die offiziellen 'Spitzen' der deutschen Partei, auf die Seite der Bourgeoisie getreten sind."⁸⁵ Die Position Rosa Luxemburgs, die diese in der "Juniusbroschüre"⁸⁶ vertreten hatte, erscheint ihm als Rückschritt "im Vergleich zum historischen Aufsatz von Otto Rühle . . .".⁸⁷

Aber die Mehrheit der oppositionellen deutschen Sozialdemokraten mochte sich dieser von Rühle geforderten Konsequenz nicht anschließen. Wenn es trotzdem zu einer organisatorischen Trennung der Opposition von der SPD kam, so ist das hauptsächlich auf das Verhalten der Parteimehrheit zurückzuführen. Nachdem sich im Frühjahr 1917 die beiden oppositionellen Gruppen – SAG und Spartakusgruppe – zu einer gemeinsamen Konferenz getroffen hatten, drängte die Parteimehrheit auf Ausschluß.⁸⁸ Ostern 1917 schlossen sich dann die beiden Gruppen auf einem Treffen in Gotha zur "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USPD) zusammen.⁸⁹

Diese Parteigründung war von Beginn an in den Reihen der Spartakusgruppe umstritten.⁹⁰ Der Gründungsparteitag ließ die Differenzen bereits offen zutage treten.⁹¹ Rühle war an dieser Partei-

82 A. a. O., S. 305.

83 Zur Position Rosa Luxemburgs in dieser Frage vgl. *Offene Briefe an Gesinnungsfreunde*, abgedruckt in: *Dokumente und Materialien . . .*, Reihe II, Bd. 1, S. 522 ff. Auch Leo Jogiches wendet sich in einem Brief gegen die Spaltung, weil diese "notwendig zur Abspaltung von kleinen Kränzchen der besten Genossen von der Partei führen und diese . . . zur vollständigen Ohnmacht verurteilen" würde. Zit. nach Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 20.

84 W. I. Lenin, *Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 21, Berlin (DDR) 1960, S. 89: "Spaltung der deutschen Sozialdemokratie – das scheint ein Gedanke zu sein, der viele wegen seiner 'Ungewöhnlichkeit' allzusehr erschreckt." Der Artikel entstand bereits 1914.

85 W. I. Lenin, *Über die Aufgaben der Opposition in Frankreich*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 22, S. 126.

86 Rosa Luxemburg, *Politische Schriften . . .*, Bd. 2, S. 19-159. Der vollständige Titel lautet: *Die Krise der Sozialdemokratie*.

87 W. I. Lenin, *Über die Juniusbroschüre*, in: W. I. Lenin/G. Sinowjew, *Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914 - 1916*, Hamburg 1921, Neuausgabe o. O. o. J., S. 417.

88 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 59.

89 *Ebd.*

90 Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1967, S. 197: "Als 1917 die Spartakusgruppe der USPD beitrug, entschied sie sich mit Luxemburg gegen die Gründung einer selbständigen Partei und damit gegen die bolschewistische Taktik. Die Bremer Linke trat nicht in die USPD ein."

91 Vor allem in der Frage des Grades der Demokratisierung der neuen Parteiorganisation kam es zu Auseinandersetzungen. Eine Darstellung der Diskussionen auf dem Gründungsparteitag gibt H. M. Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 59-62. Die Spartakusgruppe wollte eine mehr dezentralistische Organisation, die zentralistisch orientierte Mehrheit setzte jedoch ihre Vorstellungen durch.

gründung nicht mehr beteiligt.⁹² Über die Zeit zwischen seinem Ausscheiden aus dem Spartakusbund und dem 8. November 1918, dem Beginn der deutschen Revolution, gibt es bezüglich seiner Person nur spärliche Hinweise. Er wird noch 1916 als Landsturmmann eingezogen, als Reichstagsmitglied aber beurlaubt.⁹³ Über Kontakte zu linksradikalen Gruppen, die sich dem Zusammenschluß mit der SAG in der USPD widersetzt hatten, liegen uns nur sehr widersprüchliche Angaben vor.⁹⁴ Nach der Verhaftung Liebknechts verhält er sich im Reichstag größtenteils passiv.⁹⁵ Lediglich bei der Abstimmung über das sogenannte 'Vaterländische Hilfsdienstgesetz' am 2. 12. 1916 stimmt der fraktionslose Rühle zusammen mit der SAG mit Nein.⁹⁶ Erst mit Ausbruch der deutschen Revolution finden wir wieder Angaben über Rühles politische Aktivität.

IV

DER AUSBRUCH DER DEUTSCHEN REVOLUTION

Als die Lebensbedingungen in Deutschland für die arbeitende Bevölkerung immer schlechter wurden und trotz der Siegesversprechungen die kommende Niederlage bereits erahnt werden konnte, überflutete eine Welle wilder Streiks das Land. Diese gegen den Krieg und das bestehende System gerichteten Aktionen⁹⁷ entstanden spontan und waren von keiner festen Organisation gelenkt.⁹⁸ Im Verlauf des Jahres 1918 nahmen diese Widerstandshandlungen konkretere Formen an. Trotz des wirtschaftlichen und politischen Druckes auf die Volksmassen kam es bis zum November 1918 nicht zu wirklich umfassenden revolutionären Aktionen: "Was heutzutage die Äußerung der steigenden Erbitterung in den Volksmassen lähmt, ist sicher weniger der Mangel an Mut und Entschlossenheit als die politische Ratlosigkeit, als das Zurückschrecken vor der unbestimmten Größe der Aufgabe."⁹⁹

Nachdem die Matrosen der deutschen Flotte dann das Signal zur Revolution gegeben hatten,¹⁰⁰ überstürzten sich die Ereignisse. Andere Truppeneinheiten, vor allem aber die Arbeiter der großen Industriebetriebe, die schon zuvor ihre Opposition gegen den Krieg in Streikaktionen zum Ausdruck gebracht hatten, solidarisierten sich mit ihnen.¹⁰¹ Der Charakter der so entstandenen Bewegung war der der spontanen Revolte. Ihre Forderungen waren die nach Frieden und Abschaffung der Monarchie. Ihre Organisationsform waren die Räte: "Obwohl diese Organisationsform bis dato praktisch unbekannt war, bedeckte innerhalb von vier Tagen ein dichtes Netz von Arbeiter- und Soldatenräten das

92 Frits Kool, *Die Linke . . .*, schreibt auf S. 307, daß sich Rühle wohl zum Zeitpunkt der USPD-Gründung von der Spartakusgruppe getrennt habe.

93 Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214.

94 Nach Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 308, nennt sich Rühle ab November 1918 einen 'Linksradikalen' und tritt im IKD-Dresden auf. Vermutlich hatte er seit Mitte 1917 Kontakt zu den Bremer Linksradikalen um die "Arbeiterpolitik". Nach Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 214, beteiligte sich Rühle 1916 an der Bildung einer Sektion der IKD in Sachsen. Diese Angabe steht im Widerspruch zu den von Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 72 und Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 30 gemachten Angaben bezüglich der Bildung der "Internationalen Kommunisten Deutschlands - IKD". Nach beiden Autoren entstanden die IKD erst, nachdem sich die Bremer Linksradikalen im November 1918 in "IKD" umbenannt hatten.

95 Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie . . .*, S. 222.

96 *A. a. O.*, S. 395.

97 Da das bestehende System die elementaren Bedürfnisse nach physischer Erhaltung des Lebens nicht mehr zu befriedigen vermochte, war der Kampf um die Erfüllung dieser Bedürfnisse auch der Kampf gegen das System, mochte dies den Kämpfenden bewußt sein oder nicht. An anderer Stelle haben wir versucht, diesen Zusammenhang darzustellen. Vgl. die Einleitung zu Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung . . .*, S. 56-59.

98 *Der 9. November 1918. Materialien zur Ausgangslage der Novemberrevolution*, vorgelegt vom Arbeitskreis 'Die revolutionäre Situation von 1918/19' im Republikanischen Club Westberlin, Berlin o. J., S. 70 ff.

99 *Spartacus*, Nr. 11 vom September 1918, in: *Spartakusbriefe . . .*, S. 450 f.

100 *Der 9. November 1918 . . .*, S. 69 f.

101 Zu den Streikaktionen während des Krieges vgl. Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie . . .*, S. 322 ff. und 430 ff.

ganze Land . . . , keine Partei, keine Organisation [hatte] jemals diese Kampfform vorgeschlagen."¹⁰² Die Staatsautorität hatte faktisch zu existieren aufgehört. In einigen Industriezentren konnten die Arbeiterräte sogar die Macht übernehmen. Die soziale Revolution schien in Deutschland begonnen zu haben.

Rühle befand sich in diesen Tagen in Dresden und Berlin. Im November 1918 gehörte er zu den radikalen Wortführern, die das sächsische Königshaus absetzten.¹⁰³ Im Reichstag verlangte er nicht nur öffentlich die Absetzung des Kaisers, sondern auch dessen Bestrafung.¹⁰⁴ In der revolutionären Bewegung in Sachsen spielte er eine maßgebende Rolle.

In Dresden kam es am Abend des 8. November 1918 zu Demonstrationen, an denen sich vorwiegend Soldaten beteiligten. Noch am selben Abend bildeten sie einen Arbeiter- und Soldatenrat, der unter mehrheitssozialdemokratischem Einfluß stand. In der Nacht zum 9. November, vor allem aber am Tage darauf beteiligten sich immer stärker die Dresdener Arbeiter an den Demonstrationen. Diese – sie wurden vorwiegend von der Dresdener Gruppe der IKD, an deren Spitze Rühle stand, initiiert – artikulierten wesentlich radikalere Forderungen und gingen zum Teil in direkte Aktionen über.¹⁰⁵ Zusammen mit der USPD bildete die IKD-Gruppe einen "Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat". Auf Betreiben der Mehrheitssozialdemokratie schlossen sich die beiden existierenden Räte dann zu einem "Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat" zusammen,¹⁰⁶ der am 11. November die sächsische Monarchie für abgesetzt erklärte und die Einberufung einer Nationalversammlung forderte.¹⁰⁷ In Sachsen wurde die 'soziale Republik' ausgerufen.¹⁰⁸ Am 9. November wurde Rühle zum Vorsitzenden des Dresdener "Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates" gewählt.¹⁰⁹ Der vereinigte Arbeiter- und Soldatenrat der Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig, dem Rühle als Vertreter Dresdens angehörte, versuchte, durch das Erlassen von Verordnungen die Revolution weiterzutreiben.¹¹⁰ Diese Versuche fanden am 16. November ihr Ende, als das Gesamtministerium durch einen Erlaß die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte rigoros einschränkte.¹¹¹ Am selben Tag noch verließ Rühle mit seinen Genossen aus dem IKD den Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat, weil sich "revolutionäre Tendenzen und die gegenrevolutionären der SPD und USPD" nicht vereinigen ließen.¹¹² Über diesen Auszug, der von der Spartakusgruppe heftig kritisiert wurde und die Isolierung der Dresdener IKD von der Gesamtbewegung zur Folge hatte,¹¹³ finden wir in der "Täglichen Rundschau" vom 17. 11. 1918 folgenden Bericht: "Mit wehenden Fahnen sind in Dresden die internationalen Kommunisten unter Leitung des Phantasten Rühle aus dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat ausgetreten. In einer Proklamation betont Rühle: Die Revolution enthüllt sich täglich immer mehr als ein großangelegtes, von den bürgerlichen Regierungen gewolltes Täuschungsmanöver, zu dem Zweck, die kapitalistische Gesellschaft vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten. Hierbei leisten die beiden sozialistischen Parteien dem Kapitalismus Hilfe.

102 Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung* . . . , S. 60.

103 Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit* . . . , S. 4, weiß zu berichten, daß Rühle noch Jahre später von den Reaktionären als der Mann beschimpft wurde, "der unseren guten König abgesetzt hatte".

104 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* . . . , Bd. 3, Berlin (DDR) 1966, S. 84.

105 Ein Bericht über die Ereignisse findet sich im *Berliner Tageblatt* vom 9. 11. 1918, abgedruckt in: Buchner (Hrsg.), *Revolutionsdokumente*, Bd. 1: *Im Zeichen der Roten Fahne*, Berlin 1921, S. 120 f. Hinweise auf die Beteiligung Rühles auch bei Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit* . . . , S. 4 und 10.

106 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* . . . , Bd. 3, S. 96.

107 Bericht in der *Magdeburgischen Zeitung* vom 11. 11. 1918, abgedruckt bei Buchner, *Revolutionsdokumente* . . . , S. 163.

108 Richard Müller, *Die Novemberrevolution*, Wien 1925, S. 68 f.

109 Frits Kool, *Die Linke* . . . , S. 309.

110 Vgl. den Aufruf vom 14. 11. 1918, abgedruckt bei Richard Müller, *Die Novemberrevolution* . . . , S. 69.

111 *A. a. O.*, S. 70 f. Die Räte wurden danach zu ausführenden Organen der Verwaltung degradiert.

112 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* . . . , S. 217.

113 *Ebd.* Ebenfalls Rudolf Lindau, *Revolutionäre Kämpfe* . . . , S. 167.

Sie versuchten zusammen den Kommunismus (Bolschewismus) zu erdrosseln, weil er die einzige wirkliche Gefahr für den Kapitalismus sei. Ein Zusammenarbeiten mit den anderen Sozialisten sei unmöglich. Die Aufgabe der Kommunisten sei, die begonnene Revolution weiter fortzuführen, zu steigern und zu vollenden. Die Kommunisten haben ihre Ämter niedergelegt."¹¹⁴

Im nachhinein mag die Position der Linksradiكالen in Dresden als Resultat der falschen Einschätzung der realen Situation erscheinen. Auch Karl Liebknecht, den man zum linksradikalен Flügel der Spartakusgruppe rechnen kann,¹¹⁵ vertrat in der Frage der Aktualität der proletarischen Revolution einen anderen Standpunkt.¹¹⁶

Bevor die erste Revolutionswoche abgelaufen war, begann bereits die Gegenoffensive der Reaktion. Am 15. November meldete der "Vorwärts", daß Putschversuche der Kommunisten unmittelbar bevorstünden. Kurze Zeit später wurde Rühle in Pirna mit der Begründung verhaftet, er "wälze Putschpläne in seinem Kopf".¹¹⁷ Die Revolution in Deutschland war beendet, bevor sie richtig begonnen hatte. Die Gründe dafür sind vielfältig: Man kann sie in den von Anfang an bestehenden Differenzen zwischen den von Arbeitern und den von Soldaten majorisierten Räten suchen, die zu einer Verknöcherung des Räte-systems führten;¹¹⁸ man kann das zu starke Verhaftetsein der Arbeitermassen in den Traditionen der Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen;¹¹⁹ oder das Scheitern der Revolution darauf zurückführen, daß der Bewegung ihre Hauptziele – Frieden und Errichtung der Republik – nahezu kampflos in den Schoß fielen.¹²⁰

V

DIE GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

A. Vorgeschichte

Schon während des Krieges hatten die Bremer Linksradiكالen auf die Bildung einer eigenständigen linksradikalен Organisation gedrängt.¹²¹ Durch die Beteiligung der Spartakusgruppe an der Gründung der USPD war die damals bestehende Organisierungsmöglichkeit zunächst verlorengegangen. Die ersten Wochen nach dem 9. November stellten diese Forderung wieder auf die Tagesordnung.

Am 14. Dezember 1918 hatte der Spartakusbund in der "Roten Fahne"¹²² einen von Rosa Luxemburg verfaßten und mit "Was will der Spartakusbund?"¹²³ überschriebenen Artikel veröffentlicht, in dem eine eigenständige Organisierung angesprochen wurde.¹²⁴ Vom 15. - 17. Dezember führten die IKD in Berlin eine Reichskonferenz durch, auf der eine "Zusammenfassung aller kommunistischen Elemente . . . , mögen sie sich bisher Spartakus, Linksradiكالen oder anders genannt haben," gefordert wurde.¹²⁵ Der vom 16. - 21. Dezember in Berlin tagende Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-

114 Der Artikel ist abgedruckt bei Buchner, *Revolutionsdokumente* . . . , S. 261.

115 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S. 48. Vgl. dazu auch Liebknechts 'radikalste' Schrift, die 1921 im Aktion-Verlag F. Pfemfert's, Berlin, erschien: *Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß*, hrsg. unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert.

116 "Sie übersahen, daß die 'Revolution' bisher nicht mehr war als die Vollendung der bürgerlichen Revolution." Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden* . . . , Bd. 9, S. 602.

117 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* . . . , S. 238.

118 *A. a. O.*, S. 217.

119 So Rühle in späteren Schriften zu dieser Frage.

120 Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung* . . . , S. 61 f.

121 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S. 30.

122 Die *Rote Fahne* erschien seit November 1918 als Organ des Spartakusbundes; Hermann Weber, *a. a. O.*, S. 29.

123 Rosa Luxemburg, *Politische Schriften* . . . , Bd. 2, S. 159-170. Der Artikel erschien auch als Broschüre im Verlag des Spartakusbundes.

124 Im V. Abschnitt ist allerdings eine klare Differenz zu den von den Bremer Linksradiكالen konzipierten Vorstellungen einer Parteiorganisation erkennbar; *a. a. O.*, S. 168 ff.

125 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag* . . . , S. 30.

räte Deutschlands machte die Isolation der Radikalen deutlich und verstärkte den Ruf nach Bildung einer eigenen Partei.¹²⁶ Im Spartakusbund war Liebknecht einer der Hauptvertreter dieser Forderung.¹²⁷ Auf einer am 24. Dezember 1918 stattfindenden Konferenz der IKD wurde die Vereinigung der beiden kommunistischen Organisationen gefordert.¹²⁸ Am 23. Dezember hatte der Spartakusbund schon in einer Veröffentlichung in der "Roten Fahne" zu einer für den 30. Dezember 1918 in Berlin geplanten Reichskonferenz eingeladen, die dann auch unter Beteiligung der IKD stattfand.¹²⁹ Anwesend waren 127 Delegierte, davon 29 Vertreter der IKD.¹³⁰

B. Der Gründungsparteitag

Diese Reichskonferenz, die die Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands werden sollte, war von Beginn an durch zwei unterschiedliche Einschätzungen der Situation geprägt.¹³¹ Während die Zentrale davon ausging, daß die Kommunisten von den Massen isoliert seien und sich erst in mühsamer Arbeit das Vertrauen der Arbeiter erwerben müßten, vertraten der linksradikale Flügel des Spartakusbundes und die Delegierten der IKD den Standpunkt, daß die proletarische Revolution auf der Tagesordnung stehe und alle Anstrengungen auf ihre Weitertreibung auszurichten seien, jeder Tageskampf auf den Endkampf hin weitergetrieben werden müsse.¹³² Sie stimmten hierin mit der Einschätzung der Bolschewiki überein, die die Aktualität der proletarischen Revolution in Deutschland für gegeben erachteten.¹³³ Die unterschiedlichen Auffassungen wurden bei der Diskussion um die Nationalversammlung und über die Mitarbeit in den Gewerkschaften deutlich.

Für die Zentrale stellte Paul Levi die Position zu den Wahlen zur Nationalversammlung in einem Referat dar.¹³⁴ Als Sprecher der Opposition, die für Nichtbeteiligung argumentierte, trat hauptsächlich Otto Rühle auf. Die Begründung der Zentrale, die in der Antwort Rosa Luxemburgs auf Rühles Beitrag nochmals ausführlich wiederholt wird,¹³⁵ läßt sich folgendermaßen darstellen: Im Gegensatz zu Rußland, auf das sich die Gegner der Wahlbeteiligung beriefen,¹³⁶ seien in Deutschland die Massen noch nicht reif für das Räteystem. Gerade diese Unreife ermögliche es der Gegenrevolution, die Nationalversammlung als Bollwerk gegen die Rätebewegung aufzurichten. Sich nun aus prinzipiellen Bedenken nicht an den Wahlen beteiligen zu wollen, rühre von einem schablonenhaften Verständnis des Parlamentarismus her, das nur die Alternative "Maschinengewehre oder Parlamentarismus" kenne und durch die negativen Erfahrungen der Reichstagsopposition geprägt sei.¹³⁷ Die beste Antwort auf

- 126 Von den insgesamt 489 Delegierten dieses Kongresses rechneten sich jeweils nur 10 Delegierte zum Spartakusbund oder zu den IKD. (Angaben nach Hermann Weber, *a. a. O.*, S. 31.) Die hinter der SPD stehende Mehrheit beschloß, gemeinsam mit den Anhängern der USPD am 19. 1. 1919 die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen und die Ausübung der öffentlichen Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen. Der 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte beschloß damit seine eigene Abdankung.
- 127 Implizit läßt sich das bei Peter Lösche, *Der Bolschewismus . . .*, S. 198 f. herauslesen. Sonst bei Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 32.
- 128 *A. a. O.*, S. 33. Vgl. auch die Erklärung der IKD, *a. a. O.*, S. 171.
- 129 *A. a. O.*, S. 32.
- 130 Zusätzlich nahmen noch 16 Gastdelegierte teil, unter ihnen Karl Radek als Vertreter der Bolschewiki; *a. a. O.*, S. 34 f. und 343.
- 131 Im Spartakusbund waren unterschiedliche Einstellungen vorhanden. Arthur Rosenberg, *Die Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1961, schreibt auf S. 23 f.: "Der Spartakusbund setzte sich aus zwei ganz verschiedenen Gruppen zusammen. Auf der einen Seite stand ein kleiner Kreis von konsequenten revolutionären Marxisten. Auf der anderen Seite war eine größere Zahl von radikalen Utopisten . . .". Ebenso Peter Lösche, *Der Bolschewismus . . .*, S. 199 f.
- 132 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 114.
- 133 Peter Lösche, *Der Bolschewismus . . .*, S. 198. Diese Übereinstimmung der Bolschewiki mit den IKD war jedoch taktisch begründet (s. u.).
- 134 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 88-96.
- 135 Wir beziehen uns bei der Darstellung der Position der Zentrale auf den Beitrag Luxemburgs, *a. a. O.*, S. 99-104.
- 136 Große Teile der Linksradikalen betrachteten sich als die deutschen Sachwalter des Bolschewismus. Vgl. dazu Frank Dingel, *Die Demokratievorstellungen der 'Linkskommunisten'*, Diplomarbeit, Berlin 1971, bes. S. 34 f.
- 137 Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 102.

die gegen das Rätssystem zielende Offensive der Gegenrevolution in Form der Nationalversammlung sei "eine gewaltige Kundgebung der Wähler . . . , indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Rätssystem sind".¹³⁸ Die Nationalversammlung müsse für die revolutionäre Aktion funktionalisiert werden: "Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen. Wir wollen dieses Bollwerk von innen heraus sprengen."¹³⁹

Ebenso wie Luxemburg geht auch Rühle in seiner Gegenargumentation davon aus, daß das Zustandekommen der Nationalversammlung die "große Abwürgung der Arbeiter- und Soldatenräte" darstelle.¹⁴⁰ Die Konsequenz, die die revolutionären Gruppen aber aus dieser Feststellung ziehen müßten, sei, nun gerade mit aller Macht das Rätssystem zu fordern, diesen "geradlinigen Weg einer ganz konsequenten Politik" zu verfolgen.¹⁴¹ Die einzige Tribüne, die den revolutionären Gruppen für ihre Propaganda zur Verfügung stünde, sei die Straße. Diese sei "die großartigste Tribüne, die wir errungen haben, und die wir nie wieder aus der Hand geben, auch wenn man auf uns schießt".¹⁴² Rühles Vorschlag läuft darauf hinaus, eine Doppelherrschaft anzustreben, wie sie in Rußland nach der Februarrevolution existiert hatte. "Das Organ der Bourgeoisie mag die Nationalversammlung sein. Unser Organ sieht anders aus. Unser Organ schaffen wir uns entweder nach der Nationalversammlung, oder wenn es nicht geht, sie zu sprengen, zugleich mit der Nationalversammlung. Nun werden wir den Kampf in allen Formen aufnehmen können."¹⁴³

Dieser Beitrag wurde durch eine entsprechende Resolution ergänzt,¹⁴⁴ die mit 62 zu 23 Stimmen angenommen wurde.¹⁴⁵ Damit hatte sich die Mehrheit der Delegierten gegen die Wahlbeteiligung entschieden, sich zugleich aber auch die Zusammenarbeit mit den Revolutionären Obleuten, um deren Zustandekommen sich Liebknecht noch während der Konferenz bemüht hatte,¹⁴⁶ verbaut.¹⁴⁷

Ebenso kontrovers wie die Positionen in der Frage der Wahlbeteiligung waren die Ansichten über die mögliche Mitarbeit in den Gewerkschaften. Der Sprecher der Linksradiكالen in dieser Frage, Paul Frölich, lehnte jede Mitarbeit in den Gewerkschaften als reformistisch ab.¹⁴⁸ Fritz Heckert, der Sprecher der Zentrale, vertrat dagegen den Standpunkt, daß es darauf ankomme, die "gewerkschaftlichen Arbeiter in der politischen Bewegung zu erfassen", um dadurch die Gewerkschaften in andere Bahnen lenken zu können, obwohl nicht geleugnet werden dürfe, daß "sich in den Gewerkschaften starke konterrevolutionäre Tendenzen entwickelt" hätten.¹⁴⁹ Über einen zu dieser Frage vorliegenden Antrag¹⁵⁰ wurde nicht mehr abgestimmt. Eine zweite Abstimmungsniederlage der Zentrale wurde damit verhindert.¹⁵¹

138 *Ebd.*139 *A. a. O.*, S. 104.140 *A. a. O.*, S. 97.141 *A. a. O.*, S. 99.142 *A. a. O.*, S. 98.143 *Ebd.*144 "Die Reichskonferenz des Spartakusbundes lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit ab, verpflichtet ihre Anhänger im Reiche zur Wahlenthaltung und ruft sie auf, das Zustandekommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments mit allen Mitteln zu verhindern." Antrag Rühle (Pirna), *a. a. O.*, S. 109.145 *A. a. O.*, S. 135.146 Liebknecht gibt einen Bericht darüber, weshalb die Verhandlungen mit den Obleuten gescheitert sind. Der Antiparlamentarismus der Konferenzmehrheit wird darin als Haupthindernis einer Zusammenarbeit genannt; *a. a. O.*, S. 270-280.147 Arthur Rosenberg, *Die Geschichte der Weimarer Republik . . .*, S. 52.148 "Es ist unmöglich, die Gewerkschaften zu gewinnen dadurch, daß man hie und da einen radikalen Vorstand in einer Ortsgruppe wählt. Für uns kann es nur die Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften." Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 154 (Beitrag Paul Frölich).149 *A. a. O.*, S. 162.150 Er wurde von den Linksradiكالen eingebracht; *a. a. O.*, S. 159.151 Fritz Globig, als Delegierter der Jugend auf dem Kongreß anwesend, schreibt dazu: "Wenn wir auf dem Gründungsparteitag der KPD die Gewerkschaftsfrage durch Abstimmung hätten entscheiden lassen, dann wären wir wahrscheinlich mit noch größerer Mehrheit als in der Frage der Wahlbeteiligung überstimmt worden." *Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll . . .*, S. 96.

Daß die Partei trotz der bestehenden großen Differenzen in prinzipiellen Fragen dennoch gegründet wurde, ist sicher nicht nur auf die revolutionäre Euphorie der Stunde zurückzuführen. Der tagtägliche Kampf machte die Koordinierung der verschiedenen politischen Aktivitäten zur praktischen Notwendigkeit. "Auf dem Gründungskongreß zeigten sich die Folgen der spärlichen Verbindungen der revolutionär und oppositionell gesinnten Sozialisten während des Krieges. Der Belagerungszustand, die Illegalität oder Gefangenschaft der führenden Spartakusmitglieder hatten eine Verständigung über die bevorstehenden Aufgaben sehr erschwert oder auf zu kleine Kreise beschränkt."¹⁵² Daß zwei so kontroverse politische Positionen, wie sie sich in den Diskussionen des Gründungsparteitages dargestellt hatten, nicht langfristig in einer Organisation nebeneinander existieren konnten, war offensichtlich. Der II. Parteitag der KPD sollte aus der Unvereinbarkeit der politischen Standpunkte die organisatorischen Konsequenzen ziehen.

C. Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Solange der offene Bürgerkrieg tobte, konnten die bestehenden Differenzen hinter den Tageserfordernissen zurücktreten.¹⁵³ Auf dem II. Parteitag der KPD, der vom 20. bis 24. Oktober 1919 abgehalten wurde und als der 'Heidelberger Parteitag' in die Geschichte eingehen sollte,¹⁵⁴ konnte die Austragung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht mehr länger aufgeschoben werden. Bereits auf einer vorhergehenden illegalen Reichskonferenz im August 1919 war es zu Auseinandersetzungen über Fragen des Parlamentarismus, der Partei und der Gewerkschaften gekommen.¹⁵⁵ Die unter Führung Paul Levis stehende Zentrale der KPD legte auf dem Parteitag die unter Mitwirkung des Komintern-Vertreters Karl Radek¹⁵⁶ formulierten "Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik"¹⁵⁷ in der festen Absicht vor, die linke Opposition mit Hilfe der Abstimmung über diese "Leitsätze" aus der Partei zu drängen.¹⁵⁸ Den in diesen "Leitsätzen" vertretenen Ansichten stand eine Opposition gegenüber, die sich aus zwei verschiedenen Richtungen zusammensetzte. Die Hamburger Richtung hatte als Wortführer die beiden 'Nationalbolschewisten' Wolffheim und Laufenberg.¹⁵⁹ Die andere Richtung wurde von dem im Protokoll als Wanderredner geführten Otto Rühle und den Berlinern Karl Schröder und Friedrich Wendel repräsentiert.¹⁶⁰ Zwischen beiden Richtungen bestan-

152 Karl Retzlaw, *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/M. 1971, S. 122.

153 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* . . . , S. 443. Über die Aktivität Rühles in jener Zeit liegt uns ein Bericht der Amtshauptmannschaft Stollberg vom 14. 4. 1919 vor, in dem über den Bergarbeiterstreik im Oelsnitz-Luganer-Revier berichtet wird: "Die Aufstandsbewegung hält noch an. Der Streik wird augenscheinlich von kommunistischer Seite gefördert und geschürt Als Redner wirkten insbesondere Rühle-Dresden und Heckert-Chemnitz." Bericht an das Ministerium des Innern, Dresden, in: *Dokumente und Materialien* . . . , Reihe II, Bd. 3, S. 377.

154 Der Parteitag fand in Heidelberg, Wachenburg, Mannheim und auf dem Dillsberg statt; Hans Manfred Bock, *Syndikalismus* . . . , S. 141, Anm. 10.

155 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* . . . , S. 443. Die Konferenz fand in Frankfurt/Main statt.

156 Zur Rolle Radeks in der KPD vgl. Otto Schüddekopf, *Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 2 (1962), S. 87 ff; Warren Lerner, *Karl Radek. The Last Internationalist*, Stanford 1970.

157 *2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (20.-24. 12. 1919)*, Gießen 1970. Photomechanische Wiedergabe des von der KPD(S) herausgegebenen Bericht[s] über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o. O. o. J.

158 Hans Manfred Bock, *A. Pannekoek/H. Gorter: Organisation* . . . , Einleitung S. 27.

159 Fritz Wolffheim (1888 - 1942) und Heinrich Laufenberg (1872 - 1932) gehörten während des Ersten Weltkrieges zu den Führern der linksradikalen Opposition in Hamburg und waren Gründungsmitglieder der KPD(S). - Zum 'Nationalbolschewismus' vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus* . . . , S. 274 ff. Ob auf dem 2. Parteitag die Hamburger Kommunisten schon als 'Nationalbolschewisten' auftraten, ist umstritten. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969, Bd. 1, S. 29, spricht in diesem Zusammenhang von den "späteren Nationalbolschewisten". Karl Retzlaw, *Spartakus* . . . , S. 179 f., schreibt, daß sie schon damals als 'Nationalbolschewisten' bezeichnet wurden.

160 *2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands* . . . , S. 45. - Karl Schröder (1885 - 1950) und Friedrich Wendel (1886 - 1960) waren Mitglieder des Spartakusbundes und Gründungsmitglieder der KPD(S).

den erhebliche Differenzen, besonders hinsichtlich der von den Berlinern und Rühle vorgeschlagenen Einheitsorganisation.¹⁶¹ Die Diskussion über die "Leitsätze" wurde hauptsächlich zwischen den Hamburger Kommunisten und der Zentrale geführt und zeigte schon in einem frühen Stadium unverhüllt die Absicht der Zentrale, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei durch das Mittel des Ausschlusses beizulegen. Diese Lösung zur Behebung innerorganisatorischer Schwierigkeiten sollte für zukünftige Auseinandersetzungen beispielhaften Charakter tragen.¹⁶²

Gemeinsame Ausgangsposition beider Oppositionsgruppen gegenüber der Auffassung der Zentrale war die Einschätzung, daß die revolutionäre Situation nach wie vor gegeben sei, während jene von deren Liquidation sprach.¹⁶³ Der Beitrag Rühles¹⁶⁴ ging von der Notwendigkeit der Organisation der revolutionären Aktivitäten aus. In den "Leitsätzen" der Zentrale sah Rühle nicht nur eine Rückkehr zu vorrevolutionären Kampfformen, sondern zugleich interpretierte er sie als Versuch der Zentrale, eine Strategie zu begründen, die nicht mehr die Diktatur der Klasse, sondern die Diktatur der Partei über die Klasse wie in Rußland impliziere.¹⁶⁵ In diesem Gegensatz bestand für ihn die eigentliche Differenz auf dem Parteitag. Während die Vorstellungen der Zentrale auf eine Konsolidierung der Partei hinausliefen, sah Rühle im Aufbau von Unionen das Mittel, die notwendige Einigung des Proletariats zu erzielen. Mit ihrer Erstarkung verliere die Partei ihre Funktion und gehe mehr und mehr in die Union über.¹⁶⁶

Mit der Kritik an der Sowjet-Union und der Propagierung der 'Einheitsorganisation' war die ideologische Trennung vollzogen. Sie erhielt ihre Bestätigung durch die Abstimmung über die "Leitsätze", die die Zentrale mit 31 zu 18 Stimmen für sich entscheiden konnte.¹⁶⁷ Laufenberg erklärte daraufhin im Namen der Hamburger Organisation, daß sich die Gegner dieser "Leitsätze" nicht länger als Mitglieder dieser Partei betrachten könnten. Die Zentrale schlug vor, daß die Entscheidung über Parteiausschluß oder nicht von den Mitgliederorganisationen, denen die oppositionellen Delegierten angehörten, getroffen werden sollte.¹⁶⁸

Die faktisch, wenn auch noch nicht formal vollzogene Spaltung der KPD hinterließ zwei Gruppierungen: eine nahezu um die Hälfte ihrer Mitglieder geschwächte KPD¹⁶⁹ und eine in sich uneinige linke Opposition, die sich erst nach nahezu sechs Monaten zu einer neuen Partei zusammenfinden konnte.¹⁷⁰ Erst der III. Parteitag der KPD erklärte dann die oppositionellen Bezirke für ausgeschlossen.¹⁷¹

161 Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus . . .*, Bd. 1, S. 39.

162 Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969, S. 146.

163 Wir übernehmen die im Beitrag Rühles, der im Protokoll zusammenfassend wiedergegeben wird, verkürzt dargestellte und interpretierte Position der Zentrale. Da es sich um eine nicht wörtliche Wiedergabe handelt, ist auch die Position Rühles bezüglich ihrer Richtigkeit nur mit Vorbehalt rezipierbar. Die theoretische Begründung der Einschätzung der linken Opposition erfolgt weiter unten.

164 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands . . . , S. 37.

165 *Ebd.*

166 Die Idee der 'Einheitsorganisation' war schon 1917 in der Bremer "Arbeiterpolitik" vertreten worden. Über die Hamburger Linksradikalen fanden die Vorstellungen der amerikanischen IWW, die ebenfalls die 'Einheitsorganisation' propagierte, auch in Deutschland Verbreitung. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 84 u. 99.

167 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands . . . , S. 42.

168 *A. a. O.*, S. 43. Wolffheim erklärte, daß es nunmehr zwei Parteien geben würde, eine, "die den ganzen Norden, das Rheinland, Berlin und Teile Sachsens" umfassen würde, die oppositionellen Bezirke also, und die existierende KPD(S). Anderntags erklärte die Zentrale diejenigen Delegierten und Redner, die den *Leitsätzen* ihre Zustimmung versagt hatten, für ausgeschlossen; *a. a. O.*, S. 45.

169 Nach Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 228, verlor die KPD mehr als 50 % ihrer Mitglieder.

170 Vgl. Kapitel VII dieser Arbeit.

171 Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus . . .*, S. 39. Nicht ganz eindeutig wird in der Literatur zu diesem Ereignis Stellung genommen. Während Ossip K. Flechtheim, *Die KPD . . .*, S. 145, davon spricht, daß die oppositionellen Delegierten ihren Austritt erklärten, behaupten die Autoren der *Illustrierte[n] Geschichte der deutschen Revolution . . .*, S. 444, daß sie ausgeschlossen wurden. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß bei der Mehrheit der Opposition nicht die Absicht einer Parteineugründung zum damaligen

Der II. Parteitag bezeichnet auch den beginnenden Bruch Otto Rühles mit den in seiner eigenen Vorstellung noch vorhandenen Elementen der bolschewistischen Konzeption der proletarischen Revolution und des Sozialismus. Die Bolschewiki und die Kominternführung standen in der Frage der Parteispaltung hinter der Levi-Zentrale.¹⁷² Wenngleich die Mehrheit der ausgeschlossenen Gruppen diese Tatsache nicht wahrhaben wollte, stand dennoch die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus für die revolutionäre Bewegung in Deutschland auf der Tagesordnung.¹⁷³ Die Ereignisse in den folgenden Monaten sollten ihre Dringlichkeit unterstreichen.

VI

DER KAPP-PUTSCH – ENDE EINER BEWEGUNG

A. Rühles Stellung zum Versailler Friedensvertrag

Im Jahre 1919 war Otto Rühle in gewisser Weise noch ein Verfechter des Bolschewismus. Genauer: Er glaubte noch an die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjet-Union. In einem in der linksradikalen Zeitschrift "Die Aktion"¹⁷⁴ veröffentlichten Artikel mit dem Titel "Der USP-Frieden"¹⁷⁵ gilt ihm die russische Revolution noch als Orientierungspunkt einer Revolution im Westen. Anstatt einer von der SPD und der USPD angestrebten Ausrichtung der politischen Orientierung nach Westen fordert Rühle einen "Zusammenschluß mit Rußland, Österreich und Ungarn, dem Balkan usw., Schaffung einer Mächtekoalition der Bedarfswirtschaft, der Rätediktatur gegenüber der Mächtekoalition der Profitwirtschaft, des Staatssozialismus und der Scheindemokratie".¹⁷⁶ Die russische Revolution steht für Rühle als das "heroische Beispiel eines Versuchs zur Verwirklichung des Sozialismus",¹⁷⁷ als eine auf die Schaffung einer Bedarfswirtschaft und Räteherrschaft ausgerichtete Revolution. Die Koalition mit der Sowjet-Union ist für ihn mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages zur Existenzfrage der deutschen Revolution geworden.

Der Erste Weltkrieg ist für Rühle die Auseinandersetzung zwischen dem Entente-Kapital und dem deutschen Kapital gewesen. Diese ihrem Wesen nach imperialistische Auseinandersetzung kann, ihrer inneren Logik nach, nur durch einen Gewaltfrieden abgeschlossen werden. Indem die USPD mit der Formel, daß man zum sozialistischen Aufbau den Frieden um jeden Preis brauche, der Mehrheitssozialdemokratie einen Ausweg aus der Krise gezeigt habe, in der sich der deutsche Kapitalismus befand, wurde der Friede faktisch zum USPD-Frieden. Er bedeutet "eine Atempause der Gegenrevolution".¹⁷⁸

Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages heißt den "Weltkrieg durch die kapitalistische Klasse mit imperialistischen Mitteln zuungunsten des Proletariats verewigen helfen. Heißt das deutsche Prole-

Zeitpunkt bestand. Vgl. Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der K(ommunistischen) A(rbeiter)-P(artei) D(eutschlands)*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, hrsg. von Carl Grünberg, Leipzig, Jg. 13 (1928), Bd. 13, S. 121.

172 Karl Radek behauptet zwar, daß Levi entgegen seinem Rate zur Spaltung getrieben hätte. Betrachtet man jedoch den ganzen Artikel wie auch die folgende Auseinandersetzung zwischen der KAPD und der KI, so kann an einer prinzipiellen Zustimmung nicht mehr gezweifelt werden. Karl Radek, *Die Krise in der VKPD*, in: *Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus*, Jg. 3 (1921), H. 3, S. 71-79, bes. S. 77. Vgl. dazu auch W. I. Lenin, *Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands anlässlich der Spaltung*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 30, S. 71 f., bes. S. 71, und *Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 31, S. 1-106.

173 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 121. Die Opposition erwartete die Zustimmung des EKKI.

174 *Die Aktion* wurde von Franz Pfemfert herausgegeben und kann als die beste Dokumentation der rätekommunistischen Diskussion in Deutschland gelten. Rühle kam spätestens 1919 mit Pfemfert in Kontakt (Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 283). Pfemferts ursprünglich mit der Zeitschrift verfochtenes Konzept eines 'Kulturradikalismus', der die Verbindung zwischen der oppositionellen Intelligenz und der Arbeiterklasse herstellen sollte, wandelte sich, als er ab 1919 sein Blatt völlig in den Dienst der linksradikalen Bewegung stellte.

175 Der Artikel erschien 1920 als Sonderdruck in Großenhain. Zuerst gedruckt wurde er in *Die Aktion*, Jg. 9 (1919), Sp. 569-575. Wir zitieren nach *Die Aktion*.

176 A. a. O., Sp. 575.

177 A. a. O., Sp. 574.

178 A. a. O., Sp. 569-571.

tarat der Versklavung durch das Ententekapital ausliefern. Heißt die Revolution an die Gegenrevolution ausliefern.“¹⁷⁹ Als einzige Alternative sieht Rühle die revolutionäre Aktion der proletarischen Klasse: “Wenn die deutsche Arbeiterschaft ihre welthistorische Stunde verpaßt, wenn sie den faulen Kompromiß dem offenen Kampfe vorzieht, wenn sie mit der USP den Sieg des Ententekapitals über die deutsche Arbeiterklasse verewigen hilft, anstatt mit den Kommunisten die Macht der Kapitalisten durch die Weltrevolution zu stürzen – dann ist sie geliefert für lange Zeiten.“¹⁸⁰

Rühle setzt alle Hoffnung auf die Einsicht des Proletariats in seine “welthistorische Stunde”. Die proletarische Revolution ist für ihn nicht das Ergebnis einer blind waltenden geschichtlichen Logik, sondern kann nur durch die bewußte Aktion der Massen hervorgebracht werden.¹⁸¹ Die objektive Situation setzt nur die Bedingungen, unter denen die revolutionäre Aktion möglich ist. Das Begreifen dieser ‘revolutionären Situation’ entscheidet, oft für lange Zeiträume, über die Zukunft der revolutionären Bewegung.

B. Der Kapp-Putsch

Am 13. März 1920 vertrieb ein konterrevolutionärer Putsch unter der Leitung von Kapp und Lüttwitz, gestützt auf Freikorpsseinheiten und Teile der Reichswehr, die sozialdemokratische Regierung aus Berlin. Die Reaktionen der KPD(S) einerseits und die sich unabhängig von dieser entfaltenden Widerstandsaktionen der Arbeiter andererseits zwangen die linksradikalen Organisationen zum Überdenken ihrer eigenen Positionen.

Vor allem im Ruhrgebiet kam es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Reichswehreinheiten und einer von den Arbeitern gebildeten ‘Roten Armee’.¹⁸² Die KPD(S) hatte an diesen Kämpfen keinen großen Anteil; vielmehr lag ihre Funktion darin, sich aus ihrer organisationsbornierten Perspektive heraus¹⁸³ in abwiegelnder Weise zu betätigen.¹⁸⁴ Aus dem Kampf gegen den konterrevolutionären Putsch der Kapp und Lüttwitz wurde ein Kampf gegen die sich in spontaner Empörung über diesen Putsch militärisch organisierenden Arbeiter.¹⁸⁵ Von den bestehenden linken Organisationen stand keine voll hinter diesen bewaffneten Einheiten.¹⁸⁶ Lediglich die linksoppositionellen Mitglieder der KPD, vor allem in Berlin, versuchten die Aufstandsbewegung auszuweiten.¹⁸⁷ Aus diesen Versuchen der Beteiligung linkskommunistisch-aktivistischer KPD-Gruppen, die sich damit in einen eindeutigen Gegensatz zur Parteiführung brachten, erklärt sich die noch während der Schlußphase

179 *A. a. O.*, Sp. 572.

180 *A. a. O.*, Sp. 574.

181 Betont Rühle hier auch die subjektive Seite der revolutionären Bewegung, so darf die objektivistische Komponente der linkskommunistischen Konzeption dabei nicht unterschlagen werden. Ihren theoretischen Ausdruck fand diese vor allem in der ‘Todeskrisentheorie’, die den unvermeidbaren Zusammenbruch des Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg behauptete, da der Rückgang der Produktivität im Weltmaßstab die Erschöpfung der Absatzgebiete zeige. Die Theorie, die erst später ihren Entwicklungspunkt erreichte, gründet in Rosa Luxemburgs *Die Akkumulation des Kapitals*.

182 Die Angaben über die zahlenmäßige Stärke dieser ‘Roten Armee’ schwanken zwischen 80 000 und 120 000 Mann. Die Reichswehr hatte zu diesem Zeitpunkt höchstens 100 000 Mann unter Waffen. Angaben bei Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 289.

183 Aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche im Ruhrgebiet hatte die Berliner Zentrale, im Gegensatz zu den im Ruhrgebiet tatsächlich vorhandenen KPD-Gruppen, eine abwartende Haltung eingenommen. Auch fehlte das Vertrauen in die gemeinsam mit der USPD aufgebauten Kampf-Organisationen (KO). Dazu Hans Manfred Bock, *a. a. O.*, S. 288 f.

184 Am 21. 3. 1920 erklärte die Berliner Zentrale, daß sie sich gegenüber der sozialdemokratischen Regierung loyal verhalten würde. Diese Erklärung wurde am 26. 3. 1920 wiederholt. K. H. Tjaden, *Struktur und Funktion der ‘KPD-Opposition’ (KPO)*, Erlangen 1970, S. 8 ff.

185 Wir übernehmen die Einschätzung von Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 290, daß es sich tatsächlich um spontan entstandene Arbeiterwehren handelte.

186 Auch die Berliner Gruppe der FAUD (Freie Arbeiter-Union Deutschlands), eine syndikalistische Organisation, sprach sich gegen die militärische Aktion aus. Lediglich die KAPD, kurz vor dem Ende der Kämpfe gegründet, versicherte den bewaffneten Arbeitereinheiten ihre volle Solidarität. Hans Manfred Bock, *a. a. O.*, S. 292 f. u. 295.

187 *A. a. O.*, S. 295.

der Ruhrkämpfe erfolgte Konstituierung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD).¹⁸⁸

Die Kämpfe im Anschluß an den Kapp-Putsch haben aber im nachhinein noch eine ganz andere Bedeutung. Trotz der erstmals seit dem Beginn der Revolution in größerem Umfang erfolgten militärischen Organisierung und Bewaffnung von Teilen der Arbeiterschaft, trotz der lautstarken und optimistischen – wenn auch einflußlos gebliebenen – Verlautbarungen linksradikaler Splittergruppen können die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch als das Ende der revolutionären Phase gelten, wenn man es nicht schon mit dem Beschluß des I. Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ansetzen will. Direkt im Anschluß an die Niederwerfung der bewaffneten proletarischen Einheiten setzte in Deutschland eine Emigrationswelle ein. Es war weniger die Niederlage, die zur Emigration bewog, als der schon damals von Verdächtigungen, Denunziationen und Bonzentum geprägte Charakter der proletarischen Organisationen. Den Arbeitern, die – wie die Ruhrkämpfe belegen – noch bereit waren, für ihre Interessen auf die Barrikaden zu gehen, standen Organisationen gegenüber, die zwar vorgaben, in ihrem Namen zu sprechen, mit den wirklichen Interessen der Arbeiter aber rein gar nichts mehr zu tun hatten.¹⁸⁹

Rühle scheint zu jener Zeit schon ein Bewußtsein der Kluft zwischen den realen Bedürfnissen der Arbeiter und den Interessen 'ihrer' Organisationen entwickelt zu haben. In zwei während der Jahre 1919 und 1920 verfaßten Schriften – die eine als Beitrag zur Selbstverständnisdiskussion innerhalb der KAPD gedacht,¹⁹⁰ die andere mehr pädagogisch orientiert¹⁹¹ – versucht er, durch die Entwicklung organisatorischer Vorstellungen und der begrifflichen Bestimmung von Sozialismus die Aufhebung dieser Diskrepanz theoretisch anzugehen. In der ersten Schrift ist der zentrale Begriff der des Kollektivs – ein Begriff, der in der weiteren Entwicklung der Theorie Rühles grundlegende Bedeutung gewinnen wird, um die Auflösung des Gegensatzes von Individuum und Gesellschaft konstruktiv zu benennen. Die wesentlichen Inhalte einer 'Erziehung zum Sozialismus' – Freiheit, Selbständigkeit, Wahrheit und Solidarität¹⁹² – definieren sich für Rühle immer nur im Zusammenhang der geschichtlich produzierten Kollektivität des menschlichen Lebens.¹⁹³ Die organisatorischen Konsequenzen, die Rühle aus dem postulierten ursächlichen Zusammenhang von sozialistischer Bewegung und einer vom Kapitalismus materiell produzierten gesellschaftlichen Organisationsform zieht, bilden den Inhalt seiner Schrift "Die Revolution ist keine Parteisache". Sie ist die erste zusammenfassende Darstellung der Konzeption der Einheitsorganisation aus seiner Feder.¹⁹⁴

VII

DIE GRÜNDUNG DER KAPD UND IHRE ENTWICKLUNG BIS ZUM AUSSCHLUSS OTTO RÜHLES

A. Der Gründungsparteitag

Direkt im Anschluß an den II. Parteitag der KPD hatte die Hamburger Opposition zu einer Samm-

- 188 Am 6. April wurden die letzten Überreste der 'Roten Armee' aufgerieben. Die KAPD konstituierte sich am 4./5. April in Berlin.
- 189 Eine Darstellung der kämpferischen Bereitschaft der Arbeiter sowie der Emigrationswelle gibt Franz Jung, *Der Weg nach unten*, Neuwied 1961, S. 136 ff.
- 190 *Die Revolution ist keine Parteisache*, Berlin o. J. Dieser Artikel erschien zuerst unter der Überschrift *Eine neue kommunistische Partei?* in: *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 243 ff. Er ist wiederabgedruckt bei Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 329-337. Wir zitieren nach letztgenannter Quelle.
- 191 *Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest*, Berlin 1919. Wir zitieren nach der Neuauflage, Berlin o. J.
- 192 *A. a. O.*, S. 22.
- 193 Dieser Zusammenhang, der implizit schon in *Klassenkampf – Massenkampf* formuliert ist (vgl. Kapitel II dieser Arbeit), spielt vor allem in den späteren Schriften eine bedeutende Rolle. Auch in der gegenwärtigen Diskussion um die Bestimmung sozialistischer Strategie scheiden sich die Positionen nicht zuletzt an diesem Problem. Vgl. dazu als ein Beispiel *Heidelberger Blätter*, H. 14/16 (November 1969/April 1970): *Selbstbestimmte Belegschaftskooperation gegen kapitalistische Hierarchie und Bürokratie* (= Mitbestimmung und Selbstbestimmung, Bd. 2).
- 194 Schon vor Rühle wurde die Konzeption der Einheitsorganisation in Grundzügen entwickelt. Vgl. auch Anm. 166 dieser Arbeit.

lung gegen die Zentrale aufgerufen.¹⁹⁵ Erst Monate später erfolgte aufgrund äußerer Ereignisse¹⁹⁶ die organisatorische Konsolidierung der linken Opposition. Am 4. und 5. April 1920 tagte in Berlin eine Konferenz der ehemaligen Gesamtopposition der KPD, zu der die linkskommunistische Mehrheit der Berliner KPD-Organisation aufgerufen hatte.¹⁹⁷ Diese Konferenz beschloß die Bildung einer "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD); die Konferenz erklärte sich zum Gründungsparteitag.

Gemeinsamer Ausgangspunkt aller versammelten oppositionellen Gruppen war die Einschätzung, daß die "ökonomische und politische Situation in Deutschland überreif [sei] für den Ausbruch der proletarischen Revolution".¹⁹⁸ Die 'Todeskrisentheorie',¹⁹⁹ die dieser Einschätzung zugrunde lag, war die grundlegende theoretische Begründung der linkskommunistischen Revolutionserwartung. Wenngleich es die Theoretiker und nicht die Arbeiter waren, die sich dieser Theorie hauptsächlich zuwandten, so spielte sie gerade in denjenigen Organisationen, die sich von allem Führertum – und damit war in gewissem Sinne auch theoretisches Führertum gemeint – frei machen wollten,²⁰⁰ eine überragende Rolle.²⁰¹ Grundgedanken dieser Theorie sind, daß zum einen die Arbeiterklasse mehr aus ökonomischer Notwendigkeit zur Revolution gezwungen werden müsse und daß zum anderen ohne die Gewißheit, daß der Kapitalismus zur Krise und damit letztlich zum Zusammenbruch aufgrund immanenter Gesetzmäßigkeit verdammt sei, für das Proletariat die Notwendigkeit, die Revolution zu machen, und die Hoffnung, sie erfolgreich durchzuführen, wegfielen. Rosa Luxemburg, auf deren ökonomische Theorie die 'Todeskrisentheorie' zunächst rekurrierte,²⁰² schreibt dazu: "Nehmen wir . . . die ökonomische Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Akkumulation an, dann schwindet dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit unter den Füßen."²⁰³ Ihre Vorstellung, daß der Kapitalismus zu seinem Funktionieren nichtkapitalistischer Absatzgebiete bedürfe, um einerseits seinem Expansionsdrange und andererseits der Notwendigkeit der Profitrealisierung, die im eigenen Wirtschaftsbereich nur im begrenzten Maße möglich sei, nachkommen zu können, schien durch die Ergebnisse des Weltkrieges und die in seiner Folge auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Bestätigung gefunden zu haben. In den Augen der Linkskom-

195 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 225.

196 Als besonders herausragende Ereignisse müssen genannt werden: ein von der KPD-Zentrale herausgegebenes und später zurückgezogenes Flugblatt, das sich gegen einen Generalstreik als Antwort auf den Kapp-Putsch aussprach ('Gewehr bei Fuß!'), und die Beteiligung der KPD am 'Bielefelder Abkommen', das faktisch die Entwaffnung des Proletariats forderte.

197 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 122.

198 *Programm der KAPD*, zit. nach: Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 318.

199 Vgl. dazu auch Anm. 171 dieser Arbeit.

200 Vgl. dazu die Programme der KAPD und der "Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU)". Rühle hat gerade diesen Gesichtspunkt in seinen organisationstheoretischen Schriften stark hervorgehoben, was allerdings nicht daran hindern sollte, daß bei seinem Austritt aus der "Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation) – AAUE" im Jahre 1925 der Vorwurf des Wiedereinführenwollens von Autoritätsstrukturen gegen ihn erhoben wurde. Vgl. dazu Franz Pfemfert, *Achtung, falsche Weichenstellung*, in: *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 565-569, bes. Sp. 569.

201 Noch in der Zeit nach der Machtergreifung des Faschismus wurde von den Rätekommunisten an dieser Theorie festgehalten. Vgl. dazu Paul Mattick, *Zur Marxschen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie*, in: *Rätekorrespondenz*, September 1934, S. 17 ff.

202 Die Diskussion um die 'Todeskrise' erreichte ihren Höhepunkt erst mit dem Erscheinen von Henryk Grossmanns Buch *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Leipzig 1929. Zwischen Anton Pannekoek (*Die Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus*, in: *Rätekorrespondenz*, Juni 1934, Nr. 1, neu abgedruckt bei Gottfried Mergner, *Gruppe Internationale Kommunisten Hollands . . .*, S. 114 ff.) und Paul Mattick (*Zur Marxschen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie . . .*) kam es über dieses Buch zu einer heftigen Kontroverse über die Einschätzung des 'objektiven Faktors' in der revolutionären Theorie.

203 Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik*, Leipzig 1921, Neuausgabe Frankfurt/M. 1969, 3. Aufl., S. 37.

munisten war die letzte Phase des Kapitalismus, die seines unwiderruflichen Zusammenbruches, erreicht.²⁰⁴

Die Übereinstimmung in der Einschätzung der objektiven Situation sollte aber nahezu die einzige Gemeinsamkeit bleiben. Einer der Mitbegründer der Partei, Bernhard Reichenbach, schreibt dazu: "Der Kampf gegen die alte Partei war begleitet von einem inneren Klärungsprozeß, der vor allem gegen zwei Richtungen geführt wurde: gegen das nationalbolschewistische Programm der Hamburger Opposition . . . und gegen die Anhänger der sogenannten Einheitsorganisation und Parteiverneiner (Otto Rühle - Dresden)."²⁰⁵ Während die Hamburger Richtung bereits im August 1920 aus der neuen Partei ausgeschlossen wurde, sollte sich die Auseinandersetzung mit der Dresdener Richtung bis zum Ausschluß Rühles Ende Oktober 1920 hauptsächlich um zwei Probleme drehen:

1. um die Organisationsfrage – und damit um die Kontroverse zwischen der von Rühle vertretenen Konzeption einer Einheitsorganisation und der vom Berliner KAPD-Zentrum propagierten zentralistischeren Konzeption, die an der Beibehaltung und Dominanz der Parteiorganisation zunächst festhalten wollte, und
2. um die Frage des Beitritts der KAPD zur III. Internationale.

Dabei spielte sich die Diskussion um den ersten Komplex weniger in der KAPD selbst als in der im Februar 1920 gegründeten "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD) ab, die mit der KAPD in einem engen organisatorischen Zusammenhang stand.²⁰⁶

B. Die Revolution ist keine Parteisache!

In der 1920 veröffentlichten Schrift "Die Revolution ist keine Parteisache" werden Positionen vertreten, die ihre Analogie zu syndikalistischen Theorien nicht verleugnen können:²⁰⁷ die des Antiparlamentarismus und die des Föderalismus. Die erste Position wird im Zusammenhang der Kritik der Parteiorganisation entwickelt, schließt die Kritik der Organisationsform und auch die Kritik der sie bedingenden oder durch sie bedingten politischen Taktik mit ein. Der Föderalismus erhält seine positive Bestimmung durch den Entwurf eines neuen Menschen, der sich durch Selbständigkeit und seine Verwurzelung im gesellschaftlichen Kollektiv definiert – durch die Antizipation der neuen Welt.

Die Parteiorganisation habe, so Rühle,²⁰⁸ ihren Ursprung und auch ihre teilweise Berechtigung in den politischen und ökonomischen Bedingungen der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft gehabt. Das ihr zugrunde liegende Prinzip sei das der Delegation der Interessen einer größeren Gruppe an eine Führungsspitze, das sie strukturierende System der Zentralismus. Die Parteiorganisation als Organisation der Interessenvertretung sei untrennbar verbunden mit demjenigen gesellschaftlichen System, das nach denselben Prinzipien funktioniere: der bürgerlichen Gesellschaft, dem bürgerlichen Staat und seinem Parlament. Die Organisationsform der Partei akzeptieren, bedeute also auch die Spielregeln anerkennen, die Voraussetzung ihres Funktionierens sind; die Akzeptierung der Parteiorganisation sei mithin identisch mit dem Verzicht, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden.²⁰⁹

Nachdem die KPD für die Durchführung revolutionärer Maßnahmen offensichtlich nicht mehr in Frage komme, eben weil sie zu sehr im Dickicht der bürgerlichen Politik verfangen sei, erfordere die aktuelle revolutionäre Situation eine neue Organisation, die die Weitertreibung der Revolution leisten könne. Eine Avantgarde, in der sich die aktivsten und radikalsten Elemente der Arbeiterklas-

204 *Programm der KAPD . . .*, S. 317.

205 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 126 f.

206 Dabei grenzte sie sich jedoch scharf zur Hamburger Richtung hin ab. Vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 190 ff.

207 Und wohl auch nicht wollen. In einem Artikel mit der Überschrift *Kommunismus gegen Syndikalismus?*, erschienen in *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), H. 19/20, wird der Syndikalismus als notwendige Ergänzung zum kommunistischen Theoriebestand interpretiert. Vgl. auch *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), H. 29/30.

208 Wir referieren im folgenden Teil die wesentlichen Punkte der Schrift *Die Revolution ist keine Parteisache*.

209 "Bourgeoisie, Parlamentarismus, politische Parteien bedingen sich gegenseitig, wechselseitig. Eins gehört zum anderen. Keins ist ohne das andere denkbar." *Die Revolution ist keine Parteisache*, zit. nach Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 330.

se zusammenschließen, sei gegenwärtig noch notwendig, um im entscheidenden Augenblick das magnetische Zentrum für alle revolutionären Aktivitäten bilden zu können. Diese Avantgarde sei zwar eine politische Organisation, aber "keine Partei im überlieferten Sinne".

Rühle entwickelt diese Vorstellung einer so verstandenen politischen Organisation nicht im luftleeren Raum, nicht fernab von den praktischen organisatorischen Erfordernissen. Er hält seine Konzeption für die der KAPD. Die nächsten Monate sollten ihn darüber eines anderen belehren. Zunächst aber überwiegt bei ihm der Optimismus bezüglich der Entwicklung der neuen Organisation: "Der Name Kommunistische Arbeiter-Partei ist der letzte äußerliche – wie bald entbehrliche! – Rest einer Tradition, die leider nicht wie mit einem Schwamm weggewischt werden kann aus einer gestern noch lebendigen, heute überholten politischen Ideologie der Massen. Aber auch dieser Rest wird noch weggewischt werden Die Zeit der Parteigründungen ist vorbei, weil die Zeit der politischen Parteien überhaupt vorbei ist."²¹⁰ Da die Revolution keine Parteisache sei, stünde als wichtigste Aufgabe für alle revolutionären Gruppen an, das "Proletariat als Klasse zu erfassen und seine Aktivität für den revolutionären Kampf auszulösen. Auf breitester Basis, im weitesten Rahmen"²¹¹

Die Organisation, die Rühle vorschlägt, ist die direkt auf den Betrieben aufbauende Union, die in der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" bereits ihre erste Realisierung gefunden habe. Denn diese sei von unten nach oben aufgebaut und besitze damit eine föderalistische Struktur. Sie sei also von ihren organisatorischen Voraussetzungen her geeignet, die anstehende Aufgabe der Organisierung der proletarischen Revolution zu übernehmen: "Sie ist keine Führergründung Sie ist das revolutionäre Proletariat."²¹² Im Verlauf der revolutionären Kämpfe werde die politische mit der wirtschaftlichen Organisation verschmelzen; die Partei werde in der Union aufgehen. Danach bestehe nur noch eine Organisation: die revolutionäre Einheitsorganisation des Proletariats.

Die Konzeption der Einheitsorganisation bei Rühle hat stark antizipatorische Tendenzen. Bereits im Kampf um den Sozialismus soll an Inhalten und Formen das entwickelt werden, was konstitutives Element der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sein soll: "Aus den Zellen der kommunistischen Gruppen in den Betrieben, aus den Parzellen der kommunistischen Massen in den Wirtschaftsgebieten setzt sich – im Aufbau des Rätessystems – die neue kommunistische Bewegung zusammen Das Ziel ist, in den für die Industrie, für den gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausschlaggebenden Betrieben die Hand am Hebel zu haben. Am Hebel, der den Kapitalismus ganzer Industrien, ganzer Wirtschaftsgebiete aus den Angeln heben kann."²¹³

"Aus den Angeln heben" ist von Rühle aber immer nur als konstruktiv gewendete Negation gedacht. Diese Implikation unterscheidet den Rühleschen Revolutionsbegriff mit am deutlichsten von dem des Bolschewismus. Da die Revolution das Werk der Klasse sein muß, die Klasse aber nur durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte die Fähigkeit zur revolutionären Erneuerung vermittelt bekommt, schließen sich Revolutionskonzeptionen, in denen eine bewußte Vorhut für eine unbewußte, eventuell sogar ökonomisch rückständige Masse handelt, von vornherein aus. Der Wille zur Zerstörung der alten Strukturen muß verbunden sein mit der Fähigkeit, die neue Gesellschaft aufzubauen, ihre Produktions- und Reproduktionsprozesse gesamtgesellschaftlich zu organisieren. Nur dadurch gewinnt die organisatorische Entwicklung von unten nach oben eine Kontinuität und Folgerichtigkeit, die in der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft mündet. Die Stufen, die die revolutionäre Bewegung dabei durchschreiten muß, gehen von der Partei und Union über den Rätekongreß bis hin zur kommunistischen Rätediktatur.²¹⁴

In "Die Revolution ist keine Parteisache" sind alle wesentlichen Punkte der organisatorischen Konzeption Rühles benannt. Auch in seinen später erschienenen Schriften zur Frage der Organisierung

210 A. a. O., S. 333 f.

211 A. a. O., S. 334. "Die Revolution ist die politische und wirtschaftliche Angelegenheit der ganzen proletarischen Klasse"; *ebd.*

212 A. a. O., S. 335.

213 A. a. O., S. 336.

214 In späteren Schriften bezeichnet Rühle mit dem Begriff Diktatur die Übergangsphase, nicht aber die sozialistische Gesellschaft selbst.

der proletarischen Revolution werden, abgesehen von der spezifisch pädagogisch ausgerichteten Variante, keine prinzipiell neuen Elemente eingeführt. Die in dieser Schrift entwickelten Vorstellungen werden nur weiter ausgeführt, ergänzt und je nach der besonderen Situation spezifiziert.²¹⁵ Zusammenfassend können diese organisatorischen Prinzipien, wenngleich sie nicht immer widerspruchsfrei formuliert werden, so benannt werden:

- Organisation der Klasse und nicht Organisation einer Partei von Berufsrevolutionären,
- organisatorischer Aufbau von unten nach oben,
- relative Autonomie der Basiseinheiten,
- Rätediktatur und nicht Parteidiktatur.

Die bestimmenden Kampfmittel werden jene sein, die sich aus der Organisation der kapitalistischen Produktion und der spezifischen Stellung des Proletariats in dieser ergeben:

- der Massenstreik und die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter in eigene Regie.

Ist die Organisation der proletarischen Klasse – in dem oben benannten antizipatorischen Sinne – zum handlungsfähigen Kollektiv erreicht, so ist der Sozialismus von der bloßen Vorstellung zur konkreten historischen Möglichkeit geworden.

C. Die KAPD und die III. Internationale

Die Diskussion um den Beitritt der KAPD zur III. Internationale war die Auseinandersetzung über die russische Revolution und ihre Bedeutung für die westeuropäischen revolutionären Bewegungen. Nach dem II. Parteitag waren sich die linksoppositionellen KPD-Mitglieder gewiß, die eigentlichen Verbündeten der Bolschewiki zu sein und die Zustimmung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale (EKKI) zu haben.²¹⁶ Nach der Gründung der KAPD schien der Mehrheit ihrer Mitglieder an einer baldigen Verständigung mit der Komintern gelegen zu sein. Der Beitritt der KAPD zu III. Internationale sollte ihr sichtbares Ergebnis werden. Auf Einladung des EKKI entsandte die KAPD noch während ihres Gründungsparteitages eine Delegation nach Moskau, die klärende Gespräche führen sollte, um den Beitritt vorzubereiten. Diese Delegation wurde zwar in Moskau begeistert empfangen, waren doch die Informationen über die Ereignisse nach dem Kapp-Putsch inzwischen auch nach dort gelangt. Bei der Darstellung der Position der KAPD und ihrer Kritik an der KPD stieß sie jedoch auf eisige Ablehnung.²¹⁷

Von den KI-Vertretern wurde die Mitgliedschaft Wolffheims, Laufenbergs und Rühles in der KAPD als ein Punkt erwähnt, der die Beziehungen zwischen der KAPD und der KI belasten könnte.²¹⁸ In einem "Offenen Brief"²¹⁹ wurde implizit die Forderung erhoben, diese Genossen aus der Partei auszuschließen. Dieses Ansinnen wurde von der KAPD als Provokation und Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten empfunden.²²⁰

215 Am ausführlichsten wird die organisatorische Konzeption in *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution*, Dresden 1924, dargestellt. Nach 1924 setzt sich bei Rühle die Erkenntnis durch, daß die Organisation der proletarischen Revolution nur in Ansätzen theoretisch konzipierbar ist und daß ganz andere Fragen in den Vordergrund des revolutionstheoretischen Denkens treten müssen. Vgl. dazu Kapitel X und XI dieser Arbeit.

216 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD* . . . , S. 121. Zum Verständnis auch Frank Dingel, *Die Demokratievorstellungen* . . . , insbesondere Kapitel IV, 2 und V, 4. Ein Grund für die Annahme mag auch die zahlenmäßige Stärke der KAPD zu diesem Zeitpunkt gewesen sein. War ihr organisatorischer Apparat auch wesentlich schwächer als der der KPD, so übertraf sie diese doch an Mitgliederzahl. Bernhard Reichenbach, *a. a. O.*, S. 121-123, und Hans Manfred Bock, *Syndikalismus* . . . , S. 227 f.

217 Den Delegierten wurden bei ihrer Abreise Ermahnungen bezüglich der Haltung der Partei in der Parlamentarismus- und Gewerkschaftsfrage mitgegeben. Die KAPD wurde aufgefordert, bis zur weiteren Klärung ihres Beitritts ein provisorisches Verständigungsbüro zusammen mit der KPD einzurichten. Zum II. Weltkongreß sollte sie dann Delegierte entsenden. Einen stark biographisch gefärbten Bericht findet man bei Franz Jung, *Der Weg nach unten* . . . , S. 157 ff.

218 Frits Kool, *Die Linke* . . . , S. 600 f., Anm. 214.

219 *Offenes Schreiben des EKKI an die Mitglieder der KAPD* vom 2. 6. 1920. Es wurde von der KAPD als Sonderdruck veröffentlicht.

220 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus* . . . , S. 254-256.

Es erscheint wie eine Ironie, daß, da Unklarheit über den Verbleib der ersten Delegation herrschte,²²¹ ausgerechnet Rühle und Merges als KAPD-Vertreter zum II. Weltkongreß der KI entsandt wurden.²²² Bevor der Kongreß begann, führten die beiden Mitglieder der zweiten Delegation Gespräche mit Lenin und Radek.²²³ Als durch diese die unnachgiebige Haltung des EKKI immer offensichtlicher wurde, jedenfalls was deren Forderungen an die KAPD anging, und zudem eine schon vor dem Kongreß zu erfolgende Unterwerfung unter die erst auf diesem zu fällenden Entscheidungen gefordert wurde, reisten die beiden Delegierten noch vor Beginn des Kongresses wieder ab.²²⁴ Sinowjew hatte den KAPD-Vertretern in letzter Minute noch beschließendes Stimmrecht vorgeschlagen,²²⁵ es blieb jedoch bei der Entscheidung der Nichtteilnahme.²²⁶

Dieser Entschluß wurde vom Berliner KAPD-Zentrum heftig kritisiert.²²⁷ Nach der Veröffentlichung der "21 Bedingungen",²²⁸ die vom II. Weltkongreß beschlossen worden waren und deren Anerkennung Voraussetzung für die Aufnahme in die KI wurde, hielt eine Fraktion der KAPD, die sich um Rühle, Pfemfert und J. Broh gruppierte, jedes weitere Verhandeln, um einen Beitritt zu erreichen, für sinnlos.²²⁹ Gegenüber der Kritik der KAPD-Zentrale in Berlin verteidigte Rühle die Entscheidung der Nichtteilnahme am II. Weltkongreß in einem Artikel mit der Überschrift "Moskau und wir".²³⁰ Hatte er vor seiner Reise nach Moskau den Antibolschewismus selbst noch als konterrevolutionär verurteilt,²³¹ so entwickelte er nun nach seiner Rückkehr eine dezidierte Kritik der bolschewistischen Revolution. Hauptirrtum der Bolschewiki sei es gewesen zu glauben, ein ganzes Zeitalter überspringen zu können,²³² zu meinen, es genüge, wenn Sozialisten die Macht ergriffen, um den Sozialismus zu begründen: "Was als Produkt organischer Entwicklung langsam wachsen und reifen muß, glaubten sie konstruktiv ergänzen zu können. Revolution und Sozialismus waren ihnen in erster Linie eine politische Angelegenheit. Wie konnten so treffliche Marxisten je vergessen, daß sie in erster Linie eine ökonomische Angelegenheit sind Reifste kapitalistische Produktion,

- 221 A. a. O., S. 254. Die Verbindungen zwischen der SU und den deutschen politischen Gruppen gestalteten sich außerordentlich schwierig aufgrund der politischen Verhältnisse in Deutschland. Die KPD befand sich in der Illegalität als Folge der Aufstände nach dem Kapp-Putsch. Einen anschaulichen Bericht über die so entstandenen Schwierigkeiten gibt Franz Jung, *Der Weg nach unten . . .*, S. 143 ff., wo er die abenteuerlichen Bedingungen seiner illegalen Reise nach Moskau beschreibt. (Jung und F. Appel waren Mitglieder der ersten KAPD-Delegation.)
- 222 Nach Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 132, entsteht der Eindruck, daß der KAPD das *Offene Schreiben* bekannt gewesen sei, bevor die zweite Delegation nach Moskau reiste. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Schreibens durch die KAPD spricht aber für die Behauptung von Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 254, daß die zweite Delegation in Unkenntnis der Ergebnisse der Verhandlungen der ersten Delegation abgereist sei.
- 223 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 122 f. Nach Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 254, fanden auch Gespräche mit Sinowjew statt.
- 224 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 133.
- 225 *Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale* (Reprint), Erlangen 1971, Beitrag von Sinowjew, S. 382 f.: "Die Vertreter der KAPD . . . haben in letzter Stunde erklärt, sie wollten dem Kongreß nicht beiwohnen. Wir hatten ihnen zunächst beratende Stimme gegeben, aber in letzter Stunde beschließende Stimme vorgeschlagen."
- 226 Die Erklärung der Nichtteilnahme ist zitiert bei Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 601, Anm. 216.
- 227 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 133. Da er selbst zum Berliner Zentrum rechnet, kann seine Darstellung der Kritik als originär gelten.
- 228 Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern (1920) sind dargestellt und interpretiert bei Hermann Weber, *Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation*, Hannover 1966, S. 55 ff. Sie erschienen auch als hektographierte Neuausgabe, Marburg o. J.
- 229 Vgl. dazu auch die Artikel von James Broh, *Müssen wir hinein in die 3. Internationale?*, in: *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 81-87, und Franz Pfemfert, *Die Parteidiktatur der 3. Internationale*, Berlin 1921, und *Für die revolutionäre 3. Internationale*, in: *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 617-629.
- 230 *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 504-507.
- 231 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 122 f.
- 232 Wir referieren den Artikel Rühles.

entwickelteste Technik, geschulteste Arbeiterschaft, reichster Arbeitsertrag – um nur diese zu nennen – sind unerläßliche Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft und damit des Sozialismus überhaupt.“²³³

Rühle versucht den historischen Charakter einer Revolution von ihren objektiven Voraussetzungen und ihrem Ergebnis her zu bestimmen. Dabei unterschlägt er eine für das Verständnis revolutionärer Prozesse wesentliche Dimension: die der subjektiv revolutionären Aktivität. In gewisser Weise bleibt er damit dem Denken der „Marx-Orthodoxie“ verhaftet, das nicht in der Lage ist, den Zusammenhang von Objektivität und spontan-revolutionärer Tätigkeit der Menschen in dem Sinne zu reflektieren, daß für das revolutionäre Handeln die Möglichkeit bestehen kann, die durch die objektiven Bedingungen verursachte Bornierung zu überwinden, wenigstens für eine gewisse Phase.²³⁴ Sein Versuch der Qualifizierung der russischen Revolution im Rahmen einer Phasentheorie gerät in die Nähe eines undialektischen Objektivismus.

Den Zusammenhang zwischen der russischen und der proletarischen Revolution im Westen sieht Rühle, im Sinne von Marx,²³⁵ dadurch gegeben, daß der Kommunismus erst dann realisiert werden könne, wenn die „Weltrevolution in den kapitalistisch entwickeltesten, für den Sozialismus reifsten Ländern die Bedingungen seiner Realisierung geschaffen hat“.²³⁶ Deshalb könne die russische Revolution auch kein Modell abgeben für die proletarische Revolution im Westen, deshalb auch könne die Internationale, die versuche, „dem Proletariat der Welt die russische Methode aufzunötigen, ja aufzuzwingen“,²³⁷ keine Perspektive für die KAPD darstellen. Auch deshalb nicht, weil es für die proletarische Revolution kein allgemeingültiges Konzept, kein 'revolutionäres Normalschema' gebe: „In jedem Land nimmt die Revolution ihr eigenes Gesicht an. Schafft ihre eigenen Formen. Entwickelt ihre eigenen Gesetze.“²³⁸

Rühles Revolutions- und Geschichtsbegriff ist eng mit seiner organisatorischen Konzeption verbunden. Ist nach seiner Ansicht die proletarische Revolution nur denkbar auf der Grundlage eines allseitig produzierten gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges, so versuchten die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen den unterschiedlich entwickelten Teilen der russischen Gesellschaft politisch-organisatorisch herzustellen. Ihre organisatorische Konzeption ist folglich die der Partei, ihr strukturelles Prinzip der Zentralismus: „Revolution ist Parteisache. Staat ist Parteisache. Diktatur ist Parteisache. Sozialismus ist Parteisache. Partei ist Disziplin. Partei ist eiserne Disziplin. Partei ist Führerherrschaft. Partei ist straffster Zentralismus. Partei ist Militarismus. Partei ist straffster, eiserner, absoluter Militarismus.“²³⁹ Dieses Oben-unten-Schema der zentralistischen Organisation, das die politische Dominanz einer Minderheit über die Mehrheit notwendig hat und möglich macht, ist das Schema der bürgerlichen Gesellschaft. Die proletarische Revolution als die Revolution der ganzen Klasse baut aber auf der materiell produzierten Totalität der Gesellschaft, dem kollektiven Zusam-

233 *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 506.

234 Die selbständigen Aktionen der Arbeiter in den ersten Jahren der Revolution und auch die in dieser Zeit entwickelten theoretischen Alternativen zur Politik der Bolschewiki werden in den meisten Darstellungen der russischen Revolution unterschlagen. Vgl. dazu aber Frits Kool (Hrsg.), *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur* (= Dokumente der Weltrevolution, Bd. 2), Olten 1968, und *Räte in Rußland*, hrsg. von Group Solidarity, Berlin 1971.

235 Karl Marx, *Briefentwürfe an Vera Sassulitsch*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 384-406.

236 *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 506.

237 *A. a. O.*, Sp. 507.

238 *A. a. O.*, Sp. 506. Diese gegen die Bolschewiki gerichteten Vorwürfe Rühles fanden in der Politik der KI auch zum damaligen Zeitpunkt ihre reale Entsprechung. In der Theorie ermangelt es allerdings einer solchen. Vgl. dazu den Schlußbeitrag Lenins auf dem VIII. Parteitag der KPR(B): „Es wäre lächerlich, unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Menge genialer Entdeckungen gemacht und eine Unmenge sozialistischer Neuerungen eingeführt. . . . Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen und wichtig machen, wird die ganze Welt über uns lachen, werden wir bloße Aufschneider sein.“ W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 29, S. 178.

239 *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 507.

menhang der arbeitenden Klassen auf. Der historisch entstandene Gegensatz von Zentralismus und Autonomie findet in ihr seine synthetische Lösung.²⁴⁰

D. Rühles Ausschluß aus der KAPD

Die in "Moskau und wir" vertretenen Thesen stießen beim größten Teil der Mitglieder der KAPD auf strikte Ablehnung. Schon im September wollte die Berliner Zentrale entschiedener gegen die Rühleschen Vorstellungen, die besonders in der AAUD Anhänger hatten, vorgehen.²⁴¹ Im August 1920 hatte sich der Parteitag noch gegen den von der KI geforderten Ausschluß Rühles ausgesprochen.²⁴² In einer Sitzung des Zentralausschusses der Partei vom 30./31. Oktober wurde Rühle und mit ihm die ganze 'ostsächsische' Richtung²⁴³ wegen "parteizerrüttender Tätigkeit" aus der Partei ausgeschlossen.²⁴⁴ Bei dieser Entscheidung mag auch der bei der Berliner Zentrale noch immer vorhandene Wunsch eines Beitritts zur III. Internationale mitgespielt haben. Da sich die Kritik der KPD und der KI namentlich an Rühle festmachte,²⁴⁵ schien mit seinem Ausschluß ein Haupthindernis, das den Beitritt verhindern konnte, beiseite geräumt. Auf einem Parteitag der KAPD, der sich dem II. Weltkongreß der KI unmittelbar anschloß, erklärte sich die KAPD "nach langen, vielmaligen Auseinandersetzungen"²⁴⁶ als sympathisierende Partei.²⁴⁷ Im Herbst 1920 erhielt sie einen Sitz im EKKI. Nach dem III. Weltkongreß der KI wurde von ihr ultimativ gefordert, sich mit der VKPD²⁴⁸ zu vereinigen. Daraufhin erklärte sie ihren Austritt.²⁴⁹

Die Diskussion um den Beitritt zur KI war aber weniger entscheidend für den Ausschluß der ostsächsischen Richtung als die Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen politischen und wirtschaftlichen Kampforganisationen. Die Schröder-Gruppe²⁵⁰ vertrat die Auffassung, daß das Rätssystem und die Einheitsorganisation nur im revolutionären Kampf entstehen könnten. Ein Zusammenfassen der ökonomischen und politischen Kämpfe in einer Organisation lehnte sie ab.²⁵¹ Nachdem sich auf der 4. Reichskonferenz der AAUD die Schröder-Richtung mehrheitlich durchgesetzt hatte,²⁵² verlangte sie von der ostsächsischen Richtung Unterordnung. Nach dem Ausschluß

- 240 Die reale Subsumtion aller gesellschaftlichen Bereiche unter das Kapital erfordert auf der Seite der Organisation des konkreten Arbeitsprozesses eine erhöhte Qualifikation der Arbeit und relative Autonomie der einzelnen Produktionsaggregate. Der objektive Zusammenhang der einzelnen Produktionsbereiche findet seine subjektive Entsprechung durch den Kampf der einzelnen Bereiche gegen das allgemeine Prinzip, das sie beherrscht.
- 241 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 126.
- 242 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 256.
- 243 Da die Einheitsorganisationstendenz ihr Zentrum in Ostsachsen hatte, mit ihrem Wortführer Rühle-Dresden, wurde sie auch die 'ostsächsische Richtung' genannt.
- 244 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 256.
- 245 Vgl. dazu die Artikel in der *Roten Fahne*, Nr. 216 vom 24. 10. 1920, Nr. 242 vom 24. 11. 1920 (beide abgedruckt in: *Dokumente und Materialien . . .*, Bd. 7, S. 335 u. 354) sowie die Reaktionen auf den Beschluß in *Die Kommunistische Internationale*, Jg. 2, Nr. 14, S. 268-272 (ebenso in: *Dokumente und Materialien . . .*, Bd. 7, S. 339). Der 'Buhmann' Rühle wurde auch auf dem III. Weltkongreß der KI gegen die oppositionellen Gruppen argumentatorisch eingesetzt. Vgl. *Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)*, Reprint o. O. o. J., S. 341 u. 339, sowie die Beiträge der KPD-Delegierten auf diesem Kongreß.
- 246 Vgl. dazu den Artikel von Karl Radek, *Die Krise in der VKPD . . .*, S. 73 f.
- 247 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 133.
- 248 Nach der Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD am 4.-7. Dezember 1920 nennt sich die KPD "Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands" (VKPD).
- 249 Bernhard Reichenbach, *Zur Geschichte der KAPD . . .*, S. 139. Nach dem Austritt gründete die KAPD im April 1922 zusammen mit linksoppositionellen Parteien in Holland und Dänemark die "Kommunistische Arbeiter-Internationale" (KAI), die jedoch keine Bedeutung erlangte.
- 250 Karl Schröder war der theoretische Wortführer des Berliner KAPD-Zentrums.
- 251 Wegen seines Festhaltens an der Einheitsorganisation und der Betonung der organisatorischen Seite bezeichnet Schröder Rühle als einen "Organisationsformalisten". Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 147.
- 252 Die 4. Reichskonferenz tagte im Juni 1921 in Berlin.

Rühles aus der KAPD begann der Kampf der beiden Richtungen um die Unionen. Zuvor schon hatte sich der ostsächsische AAUD-Bezirk von der KAPD getrennt.²⁵³

VIII

DIE ALLGEMEINE ARBEITER-UNION (EINHEITSORGANISATION)

A. Die theoretische Begründung der Einheitsorganisation durch Otto Rühle

Als sich im Februar 1921 die AAUD-Ostsachsen auf den Standpunkt der Einheitsorganisation stellte, war der erste Kern einer neuen Organisation gebildet.²⁵⁴ Im Juni schied der ostsächsische Delegierte der AAUD aus dem zentralen Organisationsbüro der AAUD aus. Eine erste Informationsstelle der zukünftigen Organisation wurde in Leipzig eingerichtet.²⁵⁵ Der ostsächsischen Richtung gelang es, einen Einbruch in andere AAUD-Bezirke zu erzielen, und im Herbst 1921 konnten sich die verschiedenen Bezirke und Ortsgruppen der AAUD, die mit der Einheitsorganisationskonzeption sympathisierten und sich von ihrer alten Organisation getrennt hatten, auf einer Reichskonferenz zur "Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)" (AAUE) vereinigen.²⁵⁶ Zentrum der neuen Organisation blieb Ostsachsen, das auch ihr Ausgangspunkt gewesen war.²⁵⁷ Ihre theoretische Begründung sollte sie durch Rühles Schrift "Grundfragen der Organisation"²⁵⁸ erhalten, in der die schon in vorhergehenden Schriften enthaltenen organisatorischen Vorstellungen konkretisiert und zusammengefaßt waren.

Ausgangspunkt der Darstellung ist die Kritik an der Parteiorganisation.²⁵⁹ Hauptkritikpunkte an diesem Organisationsprinzip sind:

1. daß die Partei, da ihr Funktionieren an das Funktionieren des zentralistischen Staatsapparates gebunden sei, in einer Revolution, die keinen "Stein des Gesellschaftsgefüges auf dem anderen lassen wird", versagen müsse, weil ihre technischen Voraussetzungen versagten;²⁶⁰
2. daß durch den zentralistischen Aufbau die Eigentätigkeit der Parteimitglieder verkümmern müsse und die Interessen des Apparates und der 'Berufsführer' die Eigeninteressen der Arbeiter dominieren würden. Die Einheitlichkeit der Kämpfe, wie auch ihre Radikalität, würde dadurch verhindert.

Die Niederlage der Bewegung sei somit bereits in ihrem organisatorischen Prinzip angelegt.

Was für die Parteien gilt, gelte in viel stärkerem Maße für die Gewerkschaften. Nicht zuletzt während des Ersten Weltkrieges hätte die Gewerkschaftsführung ihre konterrevolutionäre Funktion unter Beweis gestellt.²⁶¹ Diese sei aber nicht im individuellen Verrat einzelner Führer, den "typischen Unteroffiziere[n] der Arbeiter-Armee"²⁶² begründet, sondern im Prinzip der Gewerkschaftsorganisation selbst. Entstanden aus dem berechtigten Interesse der Arbeiter, sich auf dem kapitalistischen Markt so teuer wie möglich zu verkaufen, schlug diese positive Funktion in ihr Gegenteil um, wenn die

253 In Dresden erfolgte im Dezember 1920 die Auflösung der KAPD durch die Unionisten. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 214.

254 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 126.

255 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 214.

256 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 128.

257 In Ostsachsen versuchte die AAUD zusammen mit der FAUD unter Wahrung der gegenseitigen Selbständigkeit ein "Revolutionäres Kartell Ostsachsen" zu bilden. In *Grundfragen der Organisation* gibt Rühle darüber einen Bericht.

258 Der Artikel erschien zuerst in *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), später dann als Organisationsausgabe der AAUE, Frankfurt/M. o. J. Uns lag weder die eine noch die andere Ausgabe vor. Wir zitieren nach einer hektographierten Neuausgabe (o. O. o. J.), die – unter gleichnamigem Titel erschienen – eine Auswahl nicht wieder aufgelegter Rühle-Schriften enthält, u. a. *Andere Verhältnisse und andere Menschen* und *Klassenkampf – Massenkampf*.

259 Wir verzichten auf die Darstellung derjenigen Punkte, die eine Wiederholung von früher Gesagtem bedeuten.

260 Gemeint sind damit die in Friedenszeiten funktionierenden Informations- und Leitungsapparate: Post usw.

261 Vgl. auch Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung . . .*, S. 61.

262 *Grundfragen der Organisation . . .*, S. 30.

Marktstrukturen für die kapitalistische Produktion disfunktional würden. Da die Gewerkschaften an die Existenz des kapitalistischen Marktes gebunden seien, könnten sie nicht als Kampfmittel einer Bewegung dienen, die die Zerstörung dieser Gesellschaft und ihre Ersetzung durch eine neue zum erklärten Ziel habe.²⁶³

Die Hoffnung auf Revolutionierung dieser Organisationen müsse sich folglich als Illusion erweisen: "Unmöglich ihre Umformung zu Instrumenten des Klassenkampfes . . . Reformierung oder revolutionieren von innen aus hieße: etwas erhalten und erneuern wollen, was vernichtet werden muß. . . . Der revolutionäre Arbeiter hat kein Interesse mehr an der Erhaltung dieser Bonzen-Versorgungsinstitute, dieser Schutzgarden der Kapitalsinteressen, dieser Organisationen für systematischen Arbeiterverrat. Er hat nur noch Interesse an ihrer raschen und gründlichen Beseitigung."²⁶⁴

An die Stelle dieser veralteten und schädlichen Organisationen müßten die Betriebsorganisationen treten, die selbst "unmittelbares Ergebnis der Erfahrungen und Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes" sind und den Arbeiter dort erfassen, wo "er am revolutionärsten ist: im Betrieb".²⁶⁵ Die Betriebsorganisationen sind in der Rühleschen Vorstellung Kampforgane, die ihren Zusammenhalt durch den gemeinsamen entschlossenen Kampfeswillen ihrer Mitglieder erhalten, nicht durch formale Organisationsstatuten. Das Strukturprinzip, das in ihnen Anwendung finde, sei das des Föderalismus, weil damit "dem einzelnen größtes Selbstbestimmungsrecht und weiteste Betätigungsfreiheit gewährt" sei.²⁶⁶ Nur dadurch seien sie geeignet für die Aufgabe, die ihnen beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zukomme.

Ihre antizipatorische Ausrichtung, die sie gleichzeitig Kampforgane in der alten und Aufbauorgane der neuen Gesellschaft sein läßt, findet auch in der organisatorischen Weiterführung ihren Ausdruck. Innerhalb der alten Gesellschaft konstituiert sich die Grundstruktur der zukünftigen. Ihre höchste Entwicklungsstufe ist das Rätssystem. Rühles Theorie setzt Sozialismus und Rätssystem identisch, so wie Partei und Zentralismus bei ihm als Synonyme für die bürgerliche Gesellschaft stehen. Die neue Welt ist die von unten auf, von der Ebene der Betriebe her konstruierte Gesellschaft. Die Entwicklung der Fähigkeit zu selbständigem Handeln und kreativer Tätigkeit, die Integration der Individualität in das neue Kollektiv ist ihre Voraussetzung. Weil die proletarische Organisationsform das Individuum "in das Gemeinsame, das Soziale" zurückführe,²⁶⁷ nur deshalb könne sie das Werk der gesellschaftlichen Neuordnung angehen. "So ist die BO nicht bloß Kampf-, sondern auch Aufbau-Organisation, eine Zelle, die sich mit vielen Tausenden ihresgleichen zum lebendigen Organismus verbindet. Natürlich nicht zufällig und wahllos, sondern in geordneter Gruppierung und Staffelung."²⁶⁸

Die organisatorische Form ergibt sich aus der Zielsetzung und der bewußtseinsmäßigen Konstitution der Basiseinheiten. Aus dem revolutionären Inhalt folgt die organisatorische Verknüpfung. Deshalb auch sei eine Verbindung von Partei- und Rätssystem unmöglich, wie das russische Beispiel nochmals belegt habe. Es habe praktisch gezeigt, was theoretisch längst festgestanden hat: ". . . daß eine zentralistische Partei – und wäre sie vom redlichsten Willen beseelt – niemals Räte zu schaffen imstande ist",²⁶⁹ da eben diese Partei im Falle, daß sie die Staatsmacht erobert, "mit innerer Notwendigkeit zum Bürokratismus"²⁷⁰ gelangen müsse. "Alle Herrschaft in Rußland liegt bei der Bürokratie – der Todfeindin des Rätensystems."²⁷¹ Die Überwindung der Partei sei die elementare Voraussetzung der Revolution, des Sozialismus: "Räte können nur vorbereitet werden von Organisationen, die in den Betrieben wurzeln, den Parteicharakter restlos überwunden und alle Parteiabhängigkeit restlos abgestreift haben und in ihrem Aufbau das Rätensystem (nach Möglichkeit) verkörpern."²⁷²

263 Zu den politischen Implikationen der Auflösung der Marktzusammenhänge vgl. Alfred Sohn-Rethel, *Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus* (1932), in: *Kursbuch*, Nr. 21, September 1970, S. 17-35, bes. S. 27.

264 *Grundfragen der Organisation . . .*, S. 32.

265 *A. a. O.*, S. 33.

266 *A. a. O.*, S. 24.

267 *A. a. O.*, S. 46.

268 *A. a. O.*, S. 34 f.

269 *A. a. O.*, S. 45.

270 *A. a. O.*, S. 44.

271 *A. a. O.*, S. 45.

272 *A. a. O.*, S. 47.

Die Notwendigkeit der Einheitsorganisation ergibt sich nicht nur aus ihrer Funktion als Basisorganisation der zukünftigen Gesellschaft, sondern auch aus den Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Habe die Trennung in politische und wirtschaftliche Kampforganisationen in der vorrevolutionären Epoche noch ihre Berechtigung gehabt, wie auch die je unterschiedlichen Kampfmittel durch die objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten legitimiert waren, so habe sich das in der gegenwärtigen Entwicklungsphase geändert: "In der Revolution aber haben sich die Dinge geändert. Da spitzt sich auch der kleinste Lohnkampf im Handumdrehen zu einer politischen Aktion zu . . . Und jeder politische Kampf hinwiederum setzt heute sofort mit den Mitteln ein, die bisher nur Mittel des wirtschaftlichen Kampfes waren: Streik, Generalstreik, passive Resistenz, Sabotage, Betriebsbesetzung. So wird jeder politische Kampf notwendigerweise ein wirtschaftlicher Kampf. Im Verlauf der Revolution wechseln diese Kämpfe unaufhörlich ab, bald sind sie beides – eine politisch-wirtschaftliche Einheit revolutionärer Kämpfe, ein revolutionärer Einheitskampf, der . . . die Einheitsorganisation des Proletariats erfordert."²⁷³ Alle anderen Organisationsformen, die in ihrer Existenz die Trennung von politischem und wirtschaftlichem Kampf noch zusätzlich verfestigen, stellen in Rühles Augen ein Relikt der bürgerlichen Epoche dar.

B. Die Märzaktion des deutschen Proletariats

Die Differenz zwischen der KAPD und der neuen Organisation sollte in einer anderen Auseinandersetzung noch schärfer zum Ausdruck kommen. Den Anlaß dazu gaben die bewaffneten Kämpfe zwischen Reichswehreinheiten und Teilen der Arbeiterschaft, die ihren Schwerpunkt im mitteldeutschen Gebiet hatten: die 'Märzaktion' des deutschen Proletariats im März/April 1921. Die Ereignisse sollen hier kurz skizziert werden.²⁷⁴

Anfang 1921 kam es im mitteldeutschen Industriegebiet – wie auch schon zuvor – zu Rebellionen der Arbeiter gegen die schlechten Lebensbedingungen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen nahm diese Rebellionen zum Anlaß, Truppen der Berliner Sicherheitspolizei in die Zentren der insurrektionellen Bewegung einrücken zu lassen. In Mansfeld, das die Truppen zuerst besetzt hatten, wurde in der Nacht vom 19. zum 20. März der Generalstreik beschlossen. Die Arbeiter dieser Region bewaffneten sich, so gut sie konnten; es kam zu Bombenanschlägen und Dynamitattentaten. Am 23. März erfolgten die ersten Zusammenstöße zwischen SiPo-Einheiten und bewaffneten Arbeitergruppen. Am selben Tag erklärte das Leuna-Werk, das wichtigste Industriezentrum im mitteldeutschen Bereich, sich mit den Kämpfenden solidarisch. Nachdem am 24. 3. 1921 der Reichspräsident den nichtmilitärischen Ausnahmezustand über ganz Sachsen verhängt hatte, riefen die VKPD und die KAPD in ganz Deutschland den Generalstreik aus, der jedoch nur in geringem Maße durchgeführt wurde.²⁷⁵ Die VKPD zog diesen Aufruf am 31. März wieder zurück, nachdem das Leuna-Werk unter dem Artilleriebeschuß der inzwischen eingesetzten Reichswehrtruppen am 28. März aufgegeben war. Die letzten bewaffneten Arbeitereinheiten wurden in den ersten Apriltagen von den Reichswehrtruppen aufgelöst.²⁷⁶

Für die VKPD waren die mitteldeutschen Kämpfe der erste größere Versuch gewesen, die direkte militärische Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat einzugehen. In der Partei hatten sich die

273 A. a. O., S. 35 f.

274 Wir halten uns bei der Darstellung der Märzereignisse an Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 295 ff.

275 In Berlin, im Ruhrgebiet und im norddeutschen Raum fanden Solidaritätskundgebungen statt. In Hamburg, wo die Werftarbeiter in einen Solidaritätsstreik mit den mitteldeutschen Arbeitern getreten waren, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen mit den Staatsorganen. Aufgrund der schlechten Koordination zwischen den einzelnen Aufstandsgebieten brach die Bewegung aber bald zusammen. Nach Hans Manfred Bock, *a. a. O.*, S. 299, folgten dem gemeinsamen Aufruf der VKPD und der KAPD zum Generalstreik höchstens 200 - 300 000 Arbeiter.

276 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung . . .*, Bd. 3, S. 324 f. Die beteiligten Arbeiter wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Eine große Anzahl ist auch in den Tagen unmittelbar nach Niederschlagung des Aufstandes von Reichswehreinheiten erschossen worden. Einen Bericht über die Ereignisse gibt einer der Hauptbeteiligten, Max Hölz. Seine im Zuchthaus verfaßten Erinnerungen können trotz ihrer narzißtischen Tendenzen als Dokument des linksradikalen Aktivismus jener Zeit gelten: Max Hölz, *Die letzte Schlacht verlieren sie*, o. O. o. J., Neuausgabe Berlin o. J., 2 Hefte.

'Offensivtheoretiker'²⁷⁷ gegen die Levi-Zentrale durchgesetzt. Aus Moskau war Bela Kun²⁷⁸ als EKKI-Emissär zur Unterstützung der aufständischen Bewegung in den mitteleuropäischen Raum entsandt worden.²⁷⁹ Durch den erst kürzlich erfolgten Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD war aus der bis dato bedeutungslosen Splitterpartei eine zahlenmäßig beachtliche Organisation geworden – ein Umstand, der "ein Hochgefühl potenziertes Schlagkraft" hervorgerufen hatte.²⁸⁰ Seit 1919 hatte die Partei illegale Kampforganisationen aufgebaut, deren militärische Tauglichkeit jedoch nur sehr unzureichend war.²⁸¹ Die Wandlung der politischen Linie der KPD, die sich nach dem II. Parteitag vollzogen hatte, beruhte weniger auf einer grundlegenden Umorientierung als auf dem Zusammentreffen mehrerer, der Diskussion der KPD zum Teil äußerlicher Umstände.²⁸²

Nach der Niederschlagung der mitteleuropäischen Aufstandsbewegung rückte die VKPD auch entsprechend schnell von den Positionen der Offensivtheoretiker wieder ab.²⁸³ Ganz anders ist die Haltung der KAPD zu erklären. Seit ihrer Gründung im April 1920 war ihre ganze Tätigkeit auf die Vorbereitung der nächsten Schritte der sozialen Revolution gerichtet gewesen. Bereits im März 1921 hatte sie mehrere bewaffnete Aktionen durchgeführt, die jedoch aufgrund der zahlenmäßigen Schwäche der Partei ohne Widerhall blieben.²⁸⁴ Die KAPD war, wenn auch nicht unbedingt im organisatorischen oder gar militärischen Sinne, so doch in ihrer ideologischen Ausrichtung auf die Märzaktion vorbereitet; die mitteleuropäischen Aufstände konnten ihr als Bestätigung gelten. Auch nach der Niederschlagung der Aufstände vertrat sie weiterhin die These, daß die Teilnahme der Partei berechtigt gewesen sei, weil zum ersten Male seit längerer Zeit die Arbeiter vom bloßen Reagieren, wie es bei den Ruhrkämpfen der Fall gewesen war, zum aktiven, selbständigen Vorpreschen gekommen wären.²⁸⁵

Die Kritik, die Rühle, Pfemfert und Broh an den Positionen der VKPD und der KAPD bezüglich der Märzaktion äußern, macht die unterschiedliche Einschätzung der damaligen Etappe deutlich. In der Vorbemerkung zu einer Artikelserie in der "Aktion" vom April 1921, die sich mit dem mitteleuropäischen Aufstand befaßt,²⁸⁶ schreibt Franz Pfemfert: "Es ist entsetzlich, das Einzige zerstören zu müssen, was die Hinterbliebenen der gefallenen Helden und die in den Kerkern Leidenden aufrecht erhalten könnten: die Illusion zerstören zu müssen, es sei ein historisch notwendiger, ein unausweich-

277 Die klarste Darlegung der 'Offensivtheorie' findet sich bei Paul Frölich, *Offensive*, in: *Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus*, Jg. 1921, H. 3, S. 65 ff.

278 Bela Kun hatte sich durch seine Aktivität während der ungarischen Räterepublik bereits einen Namen als Organisator des bewaffneten Aufstandes gemacht.

279 Schon auf dem II. Weltkongreß der KI sprach Sinowjew von der Möglichkeit einer revolutionären Erhebung in Deutschland. Diese Einschätzung muß auch auf dem Hintergrund der fraktionellen Auseinandersetzung innerhalb der KI gesehen werden. Sinowjew führte aus: "Die Arbeiterklasse hat schon lange genug gewartet, jetzt sind die entscheidenden Kämpfe gekommen. In Deutschland ist es möglich, daß die Arbeiterklasse schon in den nächsten Monaten vor entscheidenden Kämpfen stehen wird." *Protokoll des II. Weltkongresses . . .*, S. 386.

280 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 297.

281 Die Kritik der VKPD an der Märzaktion machte sich zunächst an der Unzulänglichkeit des militärischen Apparates fest. In der von ihr anonym herausgegebenen Schrift *Das Leunawerk*, Leipzig-Berlin 1921, heißt es auf S. 4: "Der Märzaufruf mußte auch schon deshalb zu Falle kommen, weil er militärisch auch nicht einen Augenblick lang eine einheitliche Organisation, eine einheitliche Leitung zustande zu bringen vermochte . . .".

282 Die innenpolitische Situation in der SU ist dabei ebenfalls als ein Faktor zu nennen. Der Aufstand der Kronstädter Matrosen und die 'Machnowitscha' zwangen die Bolschewiki, sich eine Bestätigung ihrer führenden Rolle in der Weltrevolution zu besorgen, um von den inneren Schwierigkeiten abzulenken und ihr Vorgehen gegen oppositionelle Gruppen zu legitimieren.

283 In späteren Darstellungen der parteikommunistischen Geschichtsschreibung wird nur noch von der 'antileninistischen Offensivtheorie' gesprochen, ohne allerdings hinreichend zu erklären, wieso die VKPD ihr 'verfallen' konnte. Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung . . .*, Bd. 3, S. 326.

284 Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 296.

285 In der von der KAPD herausgegebenen Schrift *Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD* (o. O. o. J.), in der sie ihre Haltung in der Märzaktion zu rechtfertigen versucht, heißt es auf S. 22: "Die ängstliche Scheu, jedem Entscheidungskampfe auszuweichen, ist endlich überwunden worden."

286 In Heft 15/16 der *Aktion* veröffentlichten James Broh, Franz Pfemfert und Otto Rühle Artikel zum Thema *Die Märzkatastrophe der deutschen Revolution*.

licher Kampf gewesen, den man gekämpft hat, und man sei nur der Übermacht erlegen! Es ist furchtbarer, furchtbarer als die Niederlage, den Besiegten sagen zu müssen: Ihr heldenhaften Kämpfer der Märztage 1921 habt euch für nichts anderes geschlagen als für den Wahnsinn verbrecherischer Führer.“²⁸⁷

Rühle gibt in seinem Artikel “Das Ende der mitteldeutschen Kämpfe”²⁸⁸ die Begründung für die von Pfemfert vertretene These. Danach lagen den mitteldeutschen Ereignissen zwei Faktoren zugrunde, die beide nicht durch die Erfordernisse der revolutionären Bewegung in Deutschland bestimmt waren:

1. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, in denen sich die Reichsregierung befand, ließen sich durch diese nur dann im Sinne der herrschenden Klasse lösen, wenn es ihr gelang, die einer solchen Lösung tendenziell im Wege stehende Arbeiterklasse zu paralysieren oder zumindest von dieser Lösung abzulenken. Das Mittel, um dies zu erreichen, war die Provokation. Das Ergebnis dieser Taktik der Regierung war die Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse auf lange Jahre.²⁸⁹
2. Vor allem auf die Haltung der VKPD hatte die innere Entwicklung der Sowjet-Union und der sich dort ergebenden Schwierigkeiten großen Einfluß; “Rußland brauchte die deutsche Revolution.”²⁹⁰

Die bürokratisch-zentralistische Struktur der Parteien erleichterte die Durchsetzung von Entscheidungen und Einschätzungen, die mit der realen Situation der Arbeiter nichts mehr zu tun hatten. Die Mitglieder führten aus, was ihre Führer ihnen befahlen.

Für Rühle ist die Märzaktion in erster Linie Beleg für zwei schon früher vertretene Thesen: daß sich die Revolution nicht organisieren läßt, wenn ihr “nicht der freie und bewußte Entschluß der Arbeiterschaft aus vollem Herzen und ganz starkem Willen entgegenkommt”,²⁹¹ und daß “die deutsche Revolution . . . solange verloren [ist], als sie von Parteien – und mögen sie sich noch so revolutionär gebärden – propagiert, vorbereitet und als politische Aktion durchzuführen versucht wird”.²⁹² Die Zerschlagung der zentralistischen Organisationen wird für ihn immer mehr zur unbedingten Voraussetzung der proletarischen Revolution.

Die Absage an die Organisationsform der Partei erfordert auch die Abkehr von dem dieser Organisationsform entsprechenden Revolutionsbegriff, der die militärische Aktion und die Eroberung der politischen Herrschaft zum zentralen Inhalt hat: Beide sind Produkte des bürgerlichen Denkens, das sich soziale Prozesse immer nur als Funktion einer zentralen Planungsinstanz vorzustellen vermag, nicht aber als durch die Wirklichkeit selbst hervorgebrachte Bewegung. Nach Rühle haben sich die mitteldeutschen Arbeiter, wenn sie zum offenen Kampfe gezwungen wurden, heldenhaft geschlagen. Ihre Niederlage rührte u. a. daher, daß die spezifisch militärische Form dieses Kampfes ihnen von einem Gegner aufgezwungen wurde, der in dieser Kampfform von vornherein überlegen war: von Militär und Polizei. “Es darf nicht die Taktik des Proletariats sein, sich auf den Boden bürgerlicher Kampfmethoden zu begeben, den es nie so gut und sicher beherrschen wird wie seine Gegner; . . . Deshalb muß das Proletariat den bürgerlichen Gegner auf seinen Kampfboden herüberziehen, wo ihm, dem Proletariat, eine größere Überlegenheit von vornherein gesichert ist. Dieser proletarische Kampfboden ist der Betrieb. . . . Verlassen die Arbeiter, wie dies in Mitteldeutschland zuerst geschah, die Betriebe, um auf die Straße zu eilen und dort zu kämpfen, so verlieren sie den Boden unter den Füßen, werden zu zufälligen Banden, die einen regellosen Kampf führen, und fallen dem Feuer des bürgerlichen Militarismus zum Opfer . . .”²⁹³ Die Stärke der Arbeiter liege in den Betrieben. Der Kampf, den sie auf dieser Basis führen würden, sei zunächst ein ökonomischer, der sich jedoch zum politischen zuspitze. Die militärische Auseinandersetzung auf der Straße werde dadurch nicht

287 *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 205.

288 *A. a. O.*, Sp. 215-223.

289 *A. a. O.*, Sp. 217. Die Schwierigkeiten, die Rühle anspricht, waren die durch die Londoner Konferenz bedingten Zahlungsschwierigkeiten und die oberschlesische Frage.

290 *A. a. O.*, Sp. 218 f.

291 *A. a. O.*, Sp. 222.

292 *A. a. O.*, Sp. 223.

293 *A. a. O.*, Sp. 220 f.

überflüssig, sei in ihrer Funktion aber vom Kampf um die Produktion bestimmt.²⁹⁴

Die Entgegnungen auf diese Kritik Rühles sind außergewöhnlich scharf. Ist die Gegenkritik seines 'Schülers'²⁹⁵ und 'Bandenführers' Max Hölz²⁹⁶ noch sachlich und auf die Frage revolutionärer Taktik gerichtet,²⁹⁷ so ergeht sich die Entgegnung eines anderen 'Bandenführers', Karl Plättners, in persönlichen Angriffen und Denunziationen.²⁹⁸ Die Verrohung des Stils der politischen Auseinandersetzung,²⁹⁹ wie sie auch in dieser Kontroverse zum Ausdruck kommt, veranlaßt Rühle zu schreiben: "Die Atmosphäre des politischen Kampfes zeichnete sich nie durch besondere Reinlichkeit aus. Immer gab es skrupellose Parteimenschen, die, wenn sie im Streit der Meinungen um sachliche Argumente verlegen waren, ihrem Gegner an die persönliche Ehre griffen. Immer auch galt diese Methode als ein Zeichen niederer Moral und politischer Schwäche. Heute ist das anders. Der Krieg hat Bestialität und Schiebertum als Sieger hinterlassen. Die Revolution hat allen Morast dieser verfaulenden Gesellschaft in die Höhe gewirbelt. Sittliche Verwilderung und politischer Kannibalismus feiern Triumphe. In der Partei . . . vereinigen sich heute alle Gerüche der Verwesung, alle Grimassen des Verbrechens und alle Verzweiflungen des Todeskampfes unserer versinkenden Epoche . . . In den kommunistischen Parteien, den letzten degeneriertesten Ausläufern ihrer Gattung, ist alles auf die Spitze getrieben: der Parteigeist, die politische Verblendung, die moralische Zuchtlosigkeit, das Freibeutertum, das Chaos".³⁰⁰

Die Kritik Rühles ist, wenngleich er sich selbst ausnimmt, wichtig in einer Zeit, in der die Bereitschaft zur solidarischen Auseinandersetzung immer mehr dem organisationsbornierten Cliquendenken Platz macht. Die negative Fixierung auf die Parteien, die Verbitterung Rühles, die in dieser Kritik offenkundig werden, lassen ihn selbst noch begriffslos, blind gegenüber den objektiven Bedingungen dieser Verfallserscheinungen sein, blind auch gegenüber seiner eigenen politischen Geschichte. Erst in den kommenden Jahren wird Rühle zu jener 'engagierten Distanz' fähig sein, die ihn die Verformungen des revolutionären Denkens in ihrem objektiven Zusammenhang begreifen läßt.

Die Konsequenz Rühles aus der Märzaktion ist, daß die deutsche Revolution für lange Zeit verloren sei. Die Entmutigung der Arbeiter wurde durch eine falsche Politik enorm verstärkt. Der Hoffnung J. Brohs, daß die Niederlage in der Märzaktion dem Proletariat vielleicht zu der Einsicht verhelfen könne, "daß, welches Programm auch immer eine proletarische Partei sich geben mag, nur die Forma-

- 294 "Gewiß wird es für absehbare Zeit in revolutionären Erhebungen solche Bandenkämpfe noch geben . . . , aber das Schwergewicht der Kämpfe und ihrer Entscheidungen kann und darf nicht mehr bei ihnen liegen." A. a. O., Sp. 221.
- 295 "Bis zum Kursus von Otto Rühle glaubte ich, daß eine proletarische Revolution zur Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten gemacht werden könne durch den Willen und den Mut einiger hundert opfermütiger Menschen. Erst die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus gab mir die Erkenntnis, daß eine Revolution nicht ausbricht, weil hunderte oder Millionen Proletarierherzen ihr entgegenschlagen, sondern daß die soziale Umwälzung vor allem bedingt wird durch die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise." Max Hölz, *Die letzte Schlacht* . . . , H. 1, S. 72.
- 296 Hölz hatte sich, seinen eigenen Angaben zufolge, während der Märzkämpfe einen legendären Ruf als Bandenführer erworben. Vgl. aber die sehr negative Charakterisierung durch Franz Jung, *Der Weg nach unten* . . . , S. 211.
- 297 Die Kontroverse zwischen Rühle und Hölz ging um die Frage, ob die Arbeiter der Leuna-Werke die Produktionsstätten wirklich hätten verlassen sollen, wie es geschehen war, oder nicht, wie Rühle behauptet. Zur Position von Hölz vgl. *Die letzte Schlacht* . . . , H. 2, S. 171 f.
- 298 Rühle kannte Plättner schon aus der gemeinsamen Arbeit im Dresdener Arbeiter- und Soldaten-Rat. Die von Plättner gemeinsam mit Grünthaler herausgegebene Schrift *Rühle im Dienste der Konterrevolution. Das ostächsische Sportkommunisten-Kartell oder Die revolutionäre Klassenkampf-Partei*, Mansfeld o. J., erschien im Verlag der KAPD.
- 299 Die VKPD scheute nicht davor zurück, gezielt in die Öffentlichkeit gebrachte Unterstellungen, die Rühle der Beteiligung an Unterschlagungen sowie der Mitschuld an der Verhaftung von Hölz bezichtigten, als Mittel der Auseinandersetzung zu benutzen. Vgl. dazu Franz Pfemfert, *Zum Kapitel: Hetze auf Otto Rühle*, in: *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 87-89, und *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 245 f. u. 382 f. Hölz gab im Gefängnis eine Ehrenerklärung für Rühle ab.
- 300 Unter der Überschrift *Ein mißglückter moralischer und politischer Meuchelmord* schreibt Rühle in *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), S. 244 ff. eine Entgegnung auf die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen.

tion der revolutionären Armee zum Siege führen kann, deren Fundament die Organisation der Arbeitsbetriebe selbst ist",³⁰¹ vermag er sich, auf die nächsten Jahre bezogen, nicht anzuschließen.³⁰²

Das Jahr 1921 ist für Rühle das Jahr der Wende. Von der revolutionären Zuversicht des Jahres 1918/19 ist nur noch die abstrakte Hoffnung geblieben, der die reale Voraussetzung einer radikalen Massenbewegung fehlt. Die emphatische Begeisterung weicht in diesen Jahren zusehends der kritischen Distanz, aus der die begangenen Fehler analysiert werden können und nach den Ursachen des Versagens gefragt werden kann. Was vordergründig in den nächsten Jahren als Resignation erscheinen mag, ist dennoch nicht Flucht aus der Wirklichkeit, sondern der Versuch, die Vergangenheit zu begreifen, um aus ihr Lehren zu ziehen.

Die kommenden Jahre bereiten auch Rühles Abschied von der aktiven Politik vor. Seine Tätigkeit für die AAUE beschränkt sich immer mehr auf das Abhalten von Kursen und Vorträgen. Seine theoretische Arbeit beginnt sich auf sozialpädagogische und individualpsychologische Studien zu konzentrieren.³⁰³ Im Rahmen der AAUE beteiligt er sich noch einmal an einer heftigen Kontroverse um die Frage Organisation oder Anti-Organisation, die zwischen der AAUE-Gruppe Dresden, der er angehörte, und der ehemaligen Reichsinformationsstelle der AAUE, Heidnau, ausgetragen wird.³⁰⁴ Seine letzte bedeutende Schrift im Zusammenhang mit seiner praktisch-politischen Tätigkeit ist die 1923 im Auftrag der AAUE verfaßte Broschüre "Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution",³⁰⁵ die gewissermaßen ein Resümee der theoretischen Arbeit und praktischen Erfahrung der linkskommunistischen Organisationen zum damaligen Zeitpunkt darstellt.

IX

VON DER BÜRGERLICHEN ZUR PROLETARISCHEN REVOLUTION – VERSUCH EINER ZWISCHENBILANZ

A. Die russische Revolution als bürgerliche Revolution

In der Einleitung zu dieser Schrift formuliert Rühle die ihr zugrundeliegende Absicht: den qualitativen Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution herauszuarbeiten. Hypothetisch werden zwei Prämissen vorausgestellt, die die politische Intention dieser Arbeit nochmals verdeutlichen:

1. Das Proletariat müsse lernen, "die Sache seiner Befreiung selbst in die Hand zu nehmen"; Voraussetzung hierfür sei seine "Erziehung zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit".
2. Die proletarische Revolution sei von der bürgerlichen schon deshalb völlig verschieden, weil sie "in erster Linie ein ökonomisches Phänomen" darstelle und ihren Abschluß nicht in der Errichtung eines neuen Herrschaftssystems, sondern in der "Aufrichtung des führerlosen, staatenlosen,

301 James Broh, *Ich klage an*, in: *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 226.

302 Am 20. 8. 1921 veröffentlicht Rühle einen weiteren Artikel zur Märzaktion mit dem Titel *Es ist schwer, keine Satire zu schreiben*, in: *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), H. 33/34. Der Triumph des Theoretikers, gegenüber der Geschichte recht behalten zu haben, der in diesem Artikel zum Ausdruck kommt, wiegt aber nur wenig gegenüber der Trauer um den Verlust der deutschen Revolution auf lange Zeit.

303 Durch die Bekanntschaft mit Dr. A. Gerstel, seiner späteren Frau, erhält er Zugang zum Werk Alfred Adlers, eines sozialdemokratischen Individualpsychologen.

304 Die Heidnauer Gruppe sprach sich für die Auflösung von Organisationen überhaupt aus. Den Schwerpunkt der politischen Arbeit sah sie im Aufbau von autonomen Betriebsgruppen. Mit ihrer Position verband sich ein rigider Anti-Intellektualismus, der jede Mitarbeit von Intellektuellen in den Betriebsorganisationen ausschloß. Die Gegenargumentation von Rühle ist deshalb von Interesse, weil sie den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Organisationsfeindlichkeit eindeutig widerlegt. Diese Kontroverse ist nachzulesen in *Die Aktion*, Jg. 12 (1920), Sp. 425 ff. und Jg. 13 (1923), Sp. 656 ff. Sie fand ihr Ende mit dem Ausschluß der Heidnauer Gruppe.

305 Sie erschien zum ersten Mal 1924 in Dresden. In Berlin erfolgte 1970 durch das "Institut für Praxis und Theorie des Rätekommunismus" eine Neuausgabe, die als Nachwort einen Aufsatz von Paul Mattick (*Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung . . .*) enthält. Wir zitieren nach der Neuausgabe. – Während der Zeit seiner AAUE-Zugehörigkeit verfaßte Rühle noch mehrere Arbeiten, zumeist mit pädagogischer Fragestellung, die wir aus Platzgründen hier nicht anführen können. Sie sind im Verzeichnis der Schriften Rühles im Anhang dieser Arbeit aufgeführt. Soweit sie im Text erwähnt werden, finden sich nähere Anmerkungen im betreffenden Kapitel.

herrschaftslosen Sozialismus", der dann endlich erreichten "freien Assoziation der unmittelbaren Produzenten" ³⁰⁶ fände. ³⁰⁷

Als letzte der großen bürgerlichen Revolutionen gilt ihm die russische Revolution. Diese Charakterisierung glaubt Rühle aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt erkennbaren Resultate der Revolution geben zu können – Resultate, die wiederum auf die Beschränktheit der Entwicklung der objektiven Voraussetzungen der russischen Gesellschaft verweisen. Dennoch lief diese Revolution nicht nach dem klassischen Schema bürgerlicher Revolutionen ab. Zwei gegensätzliche Tendenzen bestimmten ihre Verlaufsform. Bis zum Oktober 1917 habe die russische Revolution die typischen Kennzeichen einer bürgerlichen Revolution gezeigt: Das zaristische System, durch den russisch-japanischen und den Ersten Weltkrieg in seinen Grundfesten erschüttert, stand vor seinem Zusammenbruch. Das Bürgertum verlangte eine Verfassung, in den Industriezentren streikten die Arbeiter für den Achtstundentag und soziale Reformen. Die Abdankung des Zarismus und die Errichtung der Republik war unumgänglich geworden.

Aber in dieser Bewegung zur Überwindung des Zarismus waren von Anfang an starke proletarisch-revolutionäre Kräfte wirksam. Als das Bürgertum aufgrund seiner quantitativen wie auch qualitativen Schwäche nicht in der Lage war, die ihm durch die Ereignisse gestellte Aufgabe – nämlich die Befreiung Rußlands aus seiner imperialistischen Abhängigkeit und die Ersetzung der Feudalstrukturen durch ein an der Kapitalproduktion orientiertes Gesellschaftssystem – zu erfüllen, trat das Proletariat an seine Stelle. Es glaubte, den Sozialismus aufbauen zu können. ³⁰⁸

Der Erste Weltkrieg hatte der normalen Entwicklung einer bürgerlichen Revolution in Rußland vollends die Voraussetzungen entzogen, indem er das ausländische Kapital vertrieben und das ohnehin nur schwach entwickelte inländische zerstört hatte. Von ihren objektiven Voraussetzungen her konnte so die russische Revolution keine bürgerliche im klassischen Sinne sein, von der phaseologischen Theorie des historischen Materialismus her, auf die sich Rühle beruft, ³⁰⁹ konnte sie aber auch keine sozialistische sein. Dadurch, daß das Proletariat an die Stelle der Bourgeoisie getreten war, schien die historische Möglichkeit gegeben zu sein, eine Entwicklungsstufe, die der kapitalistischen Produktion, zu überspringen. ³¹⁰ Aus diesem Widerspruch zwischen den objektiven Bedingungen der russischen Gesellschaft und den sich aus den besonderen Umständen ergebenden Hoffnungen erklärt sich der Verlauf der russischen Revolution. Nach Rühle wird die Auflösung dieses Widerspruches immer zugunsten der objektiven Voraussetzungen ausfallen, wenngleich das proletarische Element in der bürgerlichen Revolution deren notwendiges Ergebnis verzögern – wenn auch nicht verhindern –

306 Marx benutzt diesen Ausdruck als Synonym für Sozialismus.

307 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 4.

308 "Es war ein historischer Irrtum, zu glauben, daß die russische Revolution der Anfang einer sozialen Revolution sei. Und es läuft auf einen demagogischen Betrug hinaus, in den Köpfen von Proletariern diesen Glauben zu erwecken und zu erhalten", schreibt Rühle in diesem Zusammenhang; *a. a. O.*, S. 21.

309 "Dem phaseologischen Schema der Entwicklung nach, wie es Marx formuliert und vertreten hat, hatte in Rußland auf den feudalistischen Zarismus der kapitalistische Bourgeoisstaat zu folgen, dessen Schöpfer und Repräsentant die bürgerliche Klasse ist"; *a. a. O.*, S. 17. U. E. kann aber dieses "phaseologische Schema", soweit man davon überhaupt sprechen kann (vgl. dazu Fritz Kramer, *Über den Sozialismus in China und Rußland und die Marxsche Theorie der Geschichte*, in: *Rotes Forum*, Heidelberg, Jg. 1970, H. 3, S. 5-26), nicht als ein auf die Zukunft ausgerichteter Plan vom notwendigen Aufeinanderfolgen historischer Epochen in einer Gesellschaft begriffen werden, sondern als eine Theorie, die, nach rückwärts gewandt, die historische Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft zu erklären versucht. Sie, wie Rühle es tut, in einem prophetischen Sinne anzuwenden, scheint uns verfehlt, weil deterministisch.

310 Rühle unterschlägt dabei sowohl die Hoffnung der Bolschewiki auf die Weltrevolution, die diese zu Beginn der russischen Revolution hegten, da sie in ihr die notwendige Voraussetzung für das Gelingen ihrer eigenen sahen, als auch die von Marx vertretene Ansicht, daß es für Rußland sehr wohl eine Möglichkeit gebe, sich den qualvollen Umweg über die kapitalistische Produktionsweise zu ersparen. Am Beispiel der russischen MIR erwägt Marx die Möglichkeit, daß diese nichtkapitalisierte gesellschaftliche Organisationsform im Zusammenhang einer westeuropäischen Revolution zu einem Grundelement einer sozialistischen Gesellschaft in Rußland werden könne. Vgl. dazu Karl Marx, *Brief an Vera Sassulitsch*, in: *MEW*, Bd. 35, S. 166 f. sowie die dazugehörigen Entwürfe, in: *MEW*, Bd. 19, S. 384 ff.

könne. "Wenn die Sozialisten in der russischen Regierung nach dem Siege über den Zarismus der Meinung waren, daß sich eine Phase der historischen Entwicklung überspringen und der Sozialismus konstruktiv verwirklichen lasse, so hatten sie das ABC marxistischer Erkenntnis vergessen, wonach der Sozialismus nur das Ergebnis einer organischen Entwicklung sein kann, die den bis zur äußersten Reife gediehenen Kapitalismus zur unerläßlichen Voraussetzung hat."³¹¹

Selbst in ihrer Beschränkung auf objektive Faktoren ist diese Einschätzung des Charakters der russischen Revolution noch unpräzise. Was bei der Begründung der Konzeption der Einheitsorganisation von zentraler Bedeutung ist, nämlich die Organisation des kapitalistischen Arbeitsprozesses als die Grundlage der Organisation der proletarischen Revolution, wird bei der obigen Charakterisierung unter einen globalen Begriff der 'objektiven Reife' subsumiert. Auch wenn angenommen werden kann, daß Rühle nicht prinzipiell – was auch richtiger ist – die Arbeitsorganisation zur Grundlage der Organisierung der proletarischen Revolution macht, sondern nur bei vollster Entwicklung derselben diesen Zusammenhang behauptet, objektive Reife also die Voraussetzung dieses Zusammenhanges ist, so läßt dennoch das Fehlen einer genaueren Analyse der Arbeit und der Organisation des Arbeitsprozesses, die wiederum zentral für die Bestimmung des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte wäre,³¹² die Entwicklung der revolutionären Tendenzen in der russischen 'Revolution selbst noch unbegriffen.³¹³ Das damit implizierte Geschichtsverständnis versteht Geschichte mehr als 'Naturzustand' denn als durch menschliches Handeln bedingte Entwicklung der Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Die sich an diese Passage anschließende Charakterisierung des bürgerlichen Staates und der auf ihn gründenden Organisationen bringt im Vergleich zu früher gemachten Aussagen zu diesem Komplex kaum Neues.³¹⁴ Die allgemeinen Grundelemente erhalten durch die "Stinnesierung der Politik",³¹⁵ die nach Rühle für diese letzte Phase des deutschen Kapitalismus kennzeichnend ist, ihre Konkretion. In der unverhüllten Verlagerung der politischen Entscheidungszentren in die Wirtschaftsinstanzen zeige sich eine Tendenz, die in der Errichtung eines autoritär strukturierten Staates ihr Ende finden und die parlamentarische Form der bürgerlichen Gesellschaft als für die Kapitalproduktion hinderlich erweisen und damit obsolet machen werde. Die einzige Kraft, die sich dieser Entwicklung in den Weg stellen könne, ein kampfbereites Proletariat, sei aber gegenwärtig nicht vorhanden.³¹⁶

B. Das rätekommunistische Dilemma

Aufgrund des offensichtlichen Fehlens einer realen revolutionären Bewegung verändert sich auch Rühles Einstellung zur theoretischen Arbeit im Rahmen einer proletarischen Organisation. Der Typus des 'Führers', bislang von ihm immer nur in seiner negativen Funktion als 'Berufsführer' im Zusammenhang seiner Kritik an der Parteiorganisation definiert, gewinnt als Theoretiker positive Bedeutung: ". . . wenn Intellektuelle im Interesse des Proletariats den wichtigen Prozeß der wissenschaftlichen Verarbeitung und Umschmelzung geistiger Werke besorgen, so verdienen sie dafür Dank und Anerkennung."³¹⁷ Es ist nicht das theoretische Begreifen der gesamten geschichtlichen Bewegung,³¹⁸ das

311 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 21.

312 "Die Aneignung dieser Kräfte [der Produktivkräfte, F.H.] ist selbst nichts weiter als die Entwicklung der den materiellen Produktionsinstrumenten entsprechenden individuellen Fähigkeiten. Die Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten ist schon deshalb die Entwicklung einer Totalität von Fähigkeiten in den Individuen selbst." Karl Marx, *Die deutsche Ideologie* [1. Fassung], in: Rjasanow (Hrsg.), *Marx-Engels-Archiv*, Bd. 1, S. 296.

313 So die Versuche der Arbeiter in den Industriezentren, Selbstverwaltungsorgane aufzubauen und die Produktion in eigene Regie zu übernehmen (von 1917 bis zum Ende des Kriegskommunismus). Vgl. dazu *Räte in Rußland . . .*

314 Vgl. dazu die Kapitel VII, B und VIII, A dieser Arbeit (*Die Revolution ist keine Parteisache! und Grundfragen der Organisation*).

315 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 49.

316 *A. a. O.*, S. 73 f.

317 *A. a. O.*, S. 35.

318 So bestimmt Georg Lukács die Funktion (und Möglichkeit der Revolutionierung) der Intellektuellen. Vgl. *Ge-*

Rühle als ihre Hauptaufgabe sieht, sondern 'Übersetzung' der Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft in eine Theorie, die sich der Emanzipation der arbeitenden Klassen verpflichtet fühlt.³¹⁹ Rühle rechtfertigt damit nicht nur seine eigene politische Arbeit in dieser Zeit, er redet auch einer Position das Wort, die in extremer Form für viele Intellektuelle, die sich praktisch in der Arbeiterbewegung engagiert hatten, in jenen Jahren Wirklichkeit werden sollte: der Position der resignativen Distanz, des Rückzugs in den Elfenbeinturm der kontemplativen Wissenschaft.³²⁰

Die Veränderungen in der ökonomischen und politischen Struktur des Kapitalismus erfordern auch eine Verlagerung der proletarischen Aktivität. Konnten einst die Parteien und das Parlament die Orte revolutionärer Arbeit sein, so muß sich diese heute völlig auf die Betriebe konzentrieren. Nur dort existiere das Proletariat auch als Proletariat, während es außerhalb der Produktionsstätten in individuelle Kleinbürgerexistenzen zurückgeworfen und dividiert sei. Konnte jedoch in früheren Schriften zu Recht darauf hingewiesen werden, daß dieses Zentrum der revolutionären Aktivität sich aus der Praxis des Klassenkampfes selbst herausgebildet habe,³²¹ so fehlt der hier formulierten Behauptung die reale Voraussetzung. Was als Grundlage jeder rätekommunistischen Organisation gelten muß, daß sie nämlich auf dem freiwilligen Zusammenschluß der revolutionärsten und entschlossensten Elemente der Arbeiterklasse basiert, wird zum organisatorischen Prinzip erhoben. An die Stelle des institutionellen Zwanges zentralistischer Organisationen tritt der moralische Appell. In den von Rühle zitierten organisatorischen und programmatischen Richtlinien der AAUE-Dresden³²² heißt es unter Punkt VII (Mitgliedschaft): "Jeder Genosse hat die Pflicht, den grundsätzlichen taktischen und organisatorischen Fragen der AAUE immer regstes Interesse entgegenzubringen; die Vollkommenheit im Aufbau der Organisation und unserer Macht ist dadurch bedingt."³²³

Das Dilemma der linkskommunistischen Organisationen wird an dieser Formulierung deutlich. Ihrem Selbstverständnis nach beruht ihre Existenz auf dem Vorhandensein einer revolutionären Bewegung. Revolutionäres Bewußtsein und ein auf Veränderung zielender Wille bei größeren Teilen der Arbeiterklasse sind Voraussetzung rätekommunistischer Organisation. Ist aufgrund der Veränderung der materiellen Situation der Arbeiter dieser revolutionäre Wille ersetzt durch das Interesse, einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum unter bestehenden Bedingungen zu erlangen, so verliert diese Organisation ihre Berechtigung. Ihre Selbstaflösung folgt aus der Logik ihrer eigenen Konzeption. Daß die linken Kommunisten in Deutschland diese Konsequenz erst sehr spät, und dann auch nur durch die Änderung ihres Organisationsverständnisses zu ziehen vermochten, erklärt die Diskrepanz zwischen ihrem verbalen Radikalismus und ihrer faktischen Bedeutungslosigkeit. Der Versuch, die revolutionäre Bewegung organisatorisch zu konservieren, nachdem sie real nicht mehr vorhanden war, führte nicht selten zur Verwechslung der eigenen sektenhaften Existenz mit einer nur vorgestellten radikalen Arbeiterklasse.³²⁴

schichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 57 ff., und *Zur Organisationsfrage der Intellektuellen*, in: *Kommunismus*, Jg. 1 (1920), H. 3, S. 14-18. Vgl. auch Karl Marx/Friedrich Engels, *Das kommunistische Manifest*, in: *MEW*, Bd. 4, S. 461 ff.

319 Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung . . .*, S. 100, schreibt zu der spezifischen Art, in der Rühle die Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft für das Proletariat zu 'übersetzen' versuchte: "Otto Rühle war von unserem Standpunkt aus unglücklicherweise der erste, der die populären Ideen von Marx in die neuere Sprache der bürgerlichen Soziologie und Psychologie übersetzte. In seinen Händen wurde nun die materialistische Gesellschaftsauffassung zur 'Soziologie', soweit sie von Gesellschaft handelte; soweit vom Individuum die Rede war, wurde sie nun zur 'Psychologie'." Die Übersetzung der bürgerlichen Theorie in den Marxismus verkehrt sich ins Gegenteil.

320 Vgl. dazu die Biographien bei Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus . . .*, Bd. 2, und Hans Manfred Bock, *Syndikalismus . . .*, S. 427 ff.

321 *Die Revolution ist keine Parteisache . . .*, S. 334 f.

322 Es handelt sich um eine Überarbeitung der 1921 von der AAUE beschlossenen programmatischen Richtlinien.

323 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 63.

324 Vgl. dazu auch Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung . . .*, S. 73 f.

C. Proletarische Revolution und Rätssystem

Die beiden letzten Kapitel dieser Schrift widmet Rühle dem Entwurf einer sozialistischen Gesellschaft, wobei er diese prozessual aus dem Entstehungszusammenhang der proletarischen Revolution zu entwickeln versucht. Dabei hält er sich in weiten Teilen an die Marxsche Rezeption der Pariser Kommune von 1871³²⁵ und an die Erfahrungen der russischen und deutschen Revolution hinsichtlich ihrer Versuche, räteorganisatorische Vorstellungen und Selbstorganisationsansätze im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu realisieren.³²⁶ Der Kampf um den Sozialismus unterteilt sich nach Rühles Vorstellung in drei Etappen:

1. die der Eroberung der ökonomischen Macht in den Betrieben;
2. die der Machtkonsolidierung, die Phase der Diktatur der Klasse. Erzieherische und aufklärerische Aufgaben werden in ihrem Mittelpunkt stehen;
3. die des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft.

In dieser letzten Phase, auf die wir uns bei der Darstellung beschränken werden, sind die letzten Überreste der alten Gesellschaft überwunden: "... das Schwert wird mit der Kelle vertauscht. Die Wirtschaft wird nach neuen Gesichtspunkten orientiert und organisiert. Die Gesetzgebung kleidet die ökonomischen und sozialen Notwendigkeiten in allgemein verbindliche Form. Die Ausführung und Geltendmachung der neuen Gesetze wird Sache derer, die sie schufen: Legislative und Exekutive fallen zusammen . . .".³²⁷

Diese neue Gesellschaft wird das Rätssystem, der Sozialismus sein, ihr oberstes Organ der von den Basisorganisationen her konstituierte Rätekongreß.³²⁸ Wie schon die Betriebsorganisationen eine zweifache Funktion zugeschrieben bekamen,³²⁹ so ist auch das Rätssystem ein Doppeltes, eine Einheit zweier Tendenzen: "Das Rätssystem ist zugleich ein Negatives und ein Positives. Ein Negatives, denn es zertrümmert und beseitigt die alten bürokratisch-zentralistischen Organisationsgebilde, den kapitalistischen Staat, die Profitwirtschaft, die bürgerliche Ideologie, und ein Positives, denn es schafft und formt das Gefüge der neuen Gesellschaftsordnung, die Gemeinwirtschaft, die Föderation der proletarischen Kräfte für den neuen Kulturaufbau, die sozialistische Ideologie."³³⁰ Weil die proletarische Revolution in "erster Linie eine ökonomische Angelegenheit"³³¹ sei, liege ihre Hauptaufgabe darin, die ökonomischen Bedingungen der klassenlosen Gesellschaft herzustellen.³³² Erst dann könne der politische Überbau konstruiert werden.³³³ Da die "Räteorganisationen zugleich wirtschaft-

325 Die Bedeutung der russischen Revolution liegt nach Einschätzung Rühles darin, daß sich die Arbeiter (die Bauern- und Dorfsowjets unterschlägt Rühle!) Räteorgane geschaffen hatten, die beispielhaften Charakter für die Arbeiter Westeuropas gewinnen könnten; *Von der bürgerlichen . . .*, S. 66.

326 Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, in: *MEW*, Bd. 17, S. 319 ff.

327 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 68.

328 Rühle beschreibt diesen Aufbau von unten nach oben ausführlich auf den Seiten 49-72. Er hält sich dabei sehr eng an die programmatischen Erklärungen der AAUE von 1921 bzw. 1923 (vgl. Anm. 322).

329 So in *Grundfragen der Organisation . . .*, S. 34 f.

330 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 69. Angemerkt werden muß der Gebrauch des Begriffes Ideologie für sozialistisches Bewußtsein. Unserer Kenntnis nach steht dieser Begriff wohl eher für falsches Bewußtsein. Vgl. Karl Marx, *Die deutsche Ideologie*, in: *MEW*, Bd. 3, S. 26 f.

331 *A. a. O.*, S. 70.

332 Da Rühle kein Bolschewist ist, versteht er das Herstellen der ökonomischen Bedingungen natürlich nur in dem Sinne, daß die durch den Kapitalismus schon materiell produzierten und nun in Freiheit gesetzten Elemente der neuen Gesellschaft nach den Erfordernissen kommunistischer Produktion und Verteilung organisiert werden.

333 Rühle fällt mit dieser Aussage hinter seine eigenen Vorstellungen zurück. Der Umsturz der bestehenden Gewalt ist sicher ein politischer Akt, aber beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, in dem der Sozialismus seine "organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg . . .". Karl Marx, *Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 409. Da sich mit dem Sozialismus auch die Unterteilung von Staat und Gesellschaft aufheben muß, kann ihre Rekonstruktion kaum als Aufgabe der proletarischen Revolution dargestellt werden. Der 'politische Überbau' wird zum integralen Bestandteil der sozialistischen Gesellschaftsorganisation.

liche und politische Formationen"³³⁴ sein müßten, verbiete dies eine einseitige politische (Partei) wie auch wirtschaftliche (Gewerkschaften) Ausrichtung. Alle diese 'besonderen' Organisationen müßten sich mit der "Konstituierung des Rätekongresses als erledigt aufgeben".³³⁵

Für Rühle kann diese Konzeption zum damaligen Zeitpunkt nur Orientierungspunkt sein. Die deutsche Revolution ist in seiner eigenen Einschätzung bis auf weiteres verloren. Zu sehr wurden Kampfbereitschaft und Opferwillen des Proletariats von den vorgeblich in seinem Namen sprechenden Organisationen und Berufsführern mißbraucht, zu sehr ist das deutsche Proletariat entmutigt. Und zu stark ist es noch im Denken der alten Traditionen der Sozialdemokratie verhaftet, hat noch zu wenig sein Selbstvertrauen in die eigene Kraft entwickeln können.

Aber gerade diese Niederlagen, diese Entmutigungen müssen, darauf setzt Rühle seine Hoffnung, zuletzt doch zu einer Schule der Einsicht werden. Weil die revolutionäre Bewegung aus ihren Niederlagen mehr als aus ihren Siegen lernen kann, werden aus ihnen auch die Voraussetzungen ihres Sieges geschaffen werden. Der Prozeß der Erkenntnis der gemachten Fehler, der Versäumnisse kann sich lange hinziehen, aber er muß durchlaufen werden. Dem deutschen Proletariat bleibt nur eine Möglichkeit, will es sich bei der Alternative "Sozialismus oder Barbarei"³³⁶ nicht für letztere Möglichkeit entscheiden: Es muß lernen, daß "die proletarische Revolution keine Partei- und Gewerkschaftssache ist", es muß darangehen, "die proletarische Klasse an den Stätten ihrer Fronarbeit für die Aufgabe der Revolution zu sammeln", es muß sich "endlich dazu entschließen, . . . das Werk seiner Befreiung in die Hand zu nehmen, um es mit eigenen Kräften und Mitteln, nach eigener Initiative und unter eigener Führung zu vollenden."³³⁷

Nicht die hektische Betriebsamkeit von Parteiorganisatoren und -ideologen wird diese Einsicht in erster Linie erzwingen. Die kapitalistische Wirklichkeit formt die Erkenntnis und schafft den Willen zur revolutionären Veränderung. Wie lange dieser Prozeß dauern wird, ist ungewiß. Die große Aufgabe der proletarischen Revolution wird nicht von heute auf morgen gelöst werden: "Die Weltgeschichte läßt uns Zeit, bis alle Kräfte gereift sind für die Aufgabe, die sie uns stellt."³³⁸ Die Überzeugung Rühles, daß die Wirklichkeit in die Richtung drängt, in der Geschichte als machbare zur bewußten historischen Möglichkeit wird, läßt ihn am Schluß seiner Schrift, die außer der Vorstellung, wie es sein sollte, nur den Scherbenhaufen der deutschen Revolution zu präsentieren weiß, formulieren: "Auf dieser Bahn folgt uns, Genossen! Wir haben eine Welt zu gewinnen!"³³⁹

X

DER MENSCH UND DIE REVOLUTION

A. Die Verhältnisse und die Menschen

In der "Aktion" veröffentlicht Rühle 1925 unter der Überschrift "Andere Verhältnisse und andere Menschen" einen Artikel,³⁴⁰ der die Subjekt-Objekt-Relation in der proletarischen Revolution zum Gegenstand hat. Die Position, die er hier angreift, ist die, die zuerst die Veränderung der objektiven Verhältnisse angehen zu müssen glaubt, bevor die Veränderung des Menschen erfolgen könne.

Verhältnisse, so heißt es in diesem Aufsatz, "sind Beziehungen, Verbundenheiten, Ordnungen,

334 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 71.

335 *A. a. O.*, S. 72.

336 Wir benutzen, leicht abgewandelt, die Formulierung Rosa Luxemburgs: "Sozialismus oder Untergang in die Barbarei", die Luxemburg irrtümlich Marx/Engels zuschreibt. *Programm des Spartakusbundes*, in: Hermann Weber, *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 294.

337 Otto Rühle, *Von der bürgerlichen . . .*, S. 75.

338 *Ebd.*

339 *A. a. O.*, S. 76.

340 Der Artikel erschien in *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 173 ff. Da uns diese Ausgabe nicht vorliegt, zitieren wir nach der schon oben erwähnten Auswahl von Rühle-Schriften: *Grundfragen der Organisation* (siehe Anm. 258), in der er auf den Seiten 48-54 abgedruckt ist.

nach denen sich die Verhaltensweisen der Menschen regeln".³⁴¹ Verhältnisse können nicht nur als materielle Beziehungen gedacht werden, sondern schließen immer den konkreten Menschen mit ein, sind intersubjektive Beziehungen. Produktionsbeziehungen sind gesellschaftliche Verhältnisse, Beziehungen zwischen den Menschen. Wenn sich die Verhältnisse ändern sollen, so heißt das für Rühle, daß sich die "Beziehungen von Mensch zu Mensch im Rahmen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung" ändern müssen.³⁴²

Im Kapitalismus erfahren die sozialen Verhältnisse eine Verkehrung, der auch eine Verkehrung im Bewußtsein entspricht.³⁴³ Die Ursache dieser Verkehrung aufzuzeigen, muß das Ziel revolutionärer Arbeit sein. Erst wenn die Produktionsbeziehungen als gesellschaftliche Verhältnisse im Bewußtsein reflektiert werden, kann daraus der Wille entstehen, diese zu verändern. Solches Bewußtsein, das auf Veränderung abzielt, ist parteiliches Bewußtsein. Erhält es seine Ausrichtung durch das bewußte Sein der proletarischen Klasse, so ist es Klassenbewußtsein, proletarisches Klassenbewußtsein. Und nur als entfaltetes, höchstentwickeltes Sein kann dieses revolutionäres, d. h. hier: auf radikale Umwälzung zielendes Bewußtsein vermitteln.

Erst durch das Vorhandensein von Klassenbewußtsein besteht für den einzelnen Arbeiter ein Zusammenhang zwischen seiner individuellen Existenz und der Situation der Klasse. Nur in diesem Zusammenhang kann es als revolutionäres Bewußtsein, das die Kategorie der objektiven Möglichkeit als einer durch die realen Arbeits- und Lebensbedingungen vermittelten enthält, wirksam werden. Der Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktion ist es, der dem Proletariat die Befähigung zur gesellschaftlichen Neugestaltung materiell vermittelt;³⁴⁴ die von den ausgebeuteten Klassen erfahrbare negative Seite der kapitalistischen Wirklichkeit ist es, die dem Bewußtsein seine umstürzende Ausrichtung und seinen revolutionären Impuls gibt.³⁴⁵

Allerdings zeitigt die ökonomische Krise allein noch nicht die Revolution, wenngleich auch Entstehung einer revolutionären Bewegung und die Fähigkeit des kapitalistischen Systems, die Reproduktionsbedürfnisse seiner Menschen auf einem angemessenen Niveau zu befriedigen, korrelieren. Nur wenn das massenhafte Bewußtsein der Notwendigkeit der Revolution vorhanden ist, ist diese möglich. Zur realen Veränderung ist das Bewußtsein zur Veränderung notwendig: "Erst durch das menschliche Bewußtsein erlangen die sogenannten Verhältnisse geschichtsbildende Kraft Es gibt keine Stelle außerhalb des Bewußtseins, von der die Änderung ausging oder vollzogen würde. Der Mensch vollzieht sie. Es ist der Mensch, der die Verhältnisse ändert."³⁴⁶

Gesellschaftliches Sein und Bewußtsein stehen in einem dialektischen Zusammenhang. Beide wirken aufeinander ein, bestimmen sich gegenseitig. Ist die "revolutionäre Tat nur denkbar als Resultat eines revolutionären Bewußtseins",³⁴⁷ so bedingt diese wieder eine Veränderung des Denkens: "Die Menschen machen Geschichte und werden von ihr gemacht. Das Sein bestimmt das Bewußtsein und wird von diesem bestimmt. Die Verhältnisse verändern die Menschen und werden von diesen verän-

341 A. a. O., S. 49.

342 A. a. O., S. 50.

343 Den Produzenten "erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen." Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 87.

344 Vgl. Anm. 312 dieser Arbeit.

345 "Die schlechte Seite ist es, welche die Bewegung ins Leben ruft, welche die Geschichte macht, dadurch, daß sie den Kampf zeitigt." Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: MEW, Bd. 4, S. 140. Zwei Faktoren sind für die Herausbildung von revolutionärem Klassenbewußtsein gleichermaßen konstitutiv: Die Entstehung kooperativer Arbeitszusammenhänge läßt den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit sinnlich erfahrbar werden, und aus der spezifisch kapitalistischen Form dieser Arbeitsorganisation entsteht die Auflehnung gegen das gesellschaftliche System. Klassenbewußtsein bildet sich wesentlich aus der Erfahrung des Schlechten und der Möglichkeit des Besseren. Klassen existieren in diesem Sinne immer nur 'für sich'.

346 *Grundfragen der Organisation* . . . , S. 51.

347 A. a. O., S. 52.

dert. Die Revolutionierung der Hirne führt zur revolutionären Tat, und die revolutionäre Tat hat die weitere Revolutionierung der Gehirne zur Folge."³⁴⁸ "Die Verhältnisse machen den Menschen, aber der Mensch macht die Verhältnisse. Der Mensch ist Subjekt und Objekt zugleich."³⁴⁹

Den Zusammenhang der Verhältnisse und der Menschen als einen für jede revolutionäre Bewegung zentralen in der richtigen Weise benannt zu haben, macht Rühle u. E. nicht nur zum kompetenten Vertreter der Marxschen Theorie, sondern belegt auch seine Aufrichtigkeit als Revolutionär. Indem er in einer Zeit, in der die Niederlage der revolutionären Bewegung in Deutschland offensichtlich ist, seine Hoffnungen gerade nicht in Organisationen oder eine "Naturgesetzmäßigkeit historischer Prozesse" setzt, sondern den aktiven Menschen zum Mittelpunkt des revolutionstheoretischen Denkens erklärt, ist bei ihm das "Zusammenfallen des Änders der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung . . . als revolutionäre Praxis"³⁵⁰ bestimmt. Revolutionäre Praxis und marxistische Theorie werden Ausdruck einer "sich tätig begreifenden Menschlichkeit".³⁵¹

B. Der autoritäre Mensch und die Revolution – Rühles Bruch mit der AAUE und sein Ausscheiden aus der aktiven Politik

Der in "Andere Verhältnisse und andere Menschen" entwickelte Zusammenhang erhält eine individualpsychologische Verengung in der nachfolgenden Schrift "Der autoritäre Mensch und die Revolution".³⁵² War das Jahr 1921 das Jahr der Emigration vieler ehemals aktiver Genossen gewesen, so waren die Jahre 1923 bis 1925 die Jahre der Immigration. Die linkskommunistischen Gruppen fanden immer weniger Anklang unter den Arbeitern. Ihre Tätigkeit beschränkte sich zuletzt auf ihre eigenen Organisationen.³⁵³ Während einige linkskommunistische Genossen wieder zur SPD oder KPD zurückkehrten, weil sie sich nach dem Niedergang ihrer eigenen Bewegung von dort wenigstens eine Änderung erhofften, zogen sich andere, unter ihnen auch Rühle, auf private Studientätigkeit zurück. Zuvor schon hatte sich seine Arbeit innerhalb der AAUE auf die eines Redners bei Veranstaltungen beschränkt.³⁵⁴ Mitglieder eines aus allen politischen Richtungen zusammengesetzten Freundeskreises, die er um sich versammelt hatte, bescheinigen ihm eine starke Faszination als Redner und einen großen Zuhörererkreis.³⁵⁵

Die Themen seiner Vorträge erstreckten sich von Einschätzungen der aktuellen Situation in Deutschland und Europa bis hin zu pädagogischen Fragestellungen.³⁵⁶ In zunehmenden Maße sollte der letzte Komplex zum Schwerpunkt seiner weiteren Arbeit werden. Aus Studien, die sich mit den Verhaltensweisen der Menschen auseinandersetzten, versuchte er sowohl Aufschluß über die Ursachen der erlittenen Niederlagen als auch Zuversicht für eine künftige Bewegung zu gewinnen.

In der erwähnten Schrift wird diese Verlagerung der Fragestellung im Hinblick auf die Aufgabenstellung der AAUE zum ersten Mal zusammenhängend erkennbar. Die Entwicklung des Selbstbewußtseins des Proletariats als Voraussetzung seiner revolutionären Aktion wird zur Frage des Abbaus des autoritären Prinzips im Menschen selbst. Die AAUE-Praxis müsse, so Rühle, daraufhin überprüft werden, wieweit sie in ihrer praktischen Arbeit und ihrer organisatorischen Struktur diesen notwendigen

348 A. a. O., S. 52 f.

349 A. a. O., S. 54.

350 Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, in: MEW, Bd. 3, S. 6.

351 Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, zit. nach: Hans-Jürgen Krahl, *Angaben zur Person*, in: *ad lectores 10. Georg Lukács Goethepreis 1970*, Neuwied u. Berlin 1970, S. 193.

352 Der Artikel erschien zuerst in *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 555 ff. Er wurde neu abgedruckt in: *Zur Psychologie des proletarischen Kindes . . .*, S. 138-144. Wir zitieren nach *Die Aktion*.

353 Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung . . .*, S. 73. Canne Meijer gibt den Zeitpunkt dieses Rückzugs zwischen den Jahren 1923 und 1933 an.

354 Vgl. dazu die Anzeigen in der *Aktion* aus den Jahren 1924/25, in denen Rühle neben Pfemfert, Broh u. a. zu meist als Redner für die Einheitsorganisation angekündigt wird.

355 Bericht von Ernst Pönisch (ehemals AAUE) und Fritz Parlow (ehemals KPD). Abgedruckt bei Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 206.

356 *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 555.

Abbau der autoritären Persönlichkeitsstruktur ermögliche. Gerade die gegenwärtige Phase, in der die Organisationen des Proletariats zermürbt und kampfunfähig seien, zwingt in "hohem Maße zur Nachprüfung des Erlebten, zur Ermittlung der gemachten Fehler, zur Erforschung der Ursachen des Mißerfolgs. In solchen Zeiten ist das Bedürfnis nach Neuorientierung größer als sonst Heute stehen wir an einem solchen Wendepunkt. Sozialismus oder Untergang in Barbarei – so lautet die Schicksalsfrage für das deutsche Proletariat. Der überlieferte Mensch sieht seinen Untergang Der überlieferte Mensch ist der autoritäre Mensch."³⁵⁷ Da der autoritäre Mensch, der durch die zentralistischen Organisationen immer wieder neu reproduziert wird, zur Revolution nicht fähig sei und diese nur das Werk der selbständigen und selbstbewußten Klasse sein könne, müsse seine Veränderung im Mittelpunkt aller politischen und organisatorischen Arbeit stehen. Dabei verspricht sich Rühle von der Anwendung der 'neueren Seelenkunde' eine große Hilfe, um diese Zusammenhänge von Persönlichkeitsstruktur und gesellschaftlicher Realität zu durchschauen.

Die verlorengegangene Beziehungsfähigkeit des Menschen, seine Kommunikationsunfähigkeit sind nicht nur direktes Ergebnis äußerer gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch durch die charakterliche Verkrüppelung des Individuums bedingt. Die durch die gesellschaftlichen Realitäten erzwungenen Verhaltensweisen haben ihre Entsprechung auch in der 'menschlichen Seele' gefunden. Die Herrschaftsbeziehungen der bürgerlichen Gesellschaft wurden in den Menschen selbst hineingenommen. Aus dieser Feststellung erklärt sich die Konzentrierung der Rühleschen Theorie auf den 'inneren Menschen'. "Was heute am dringendsten Not tut, ist der Abbau der Autorität im Menschen selbst, in seiner seelischen Verhaltensweise, in der allgemeinen und alltäglichen Betätigung des gesellschaftlichen Lebens. Abbau der Autorität im Organisationsapparat ist wichtig. Abbau der Autorität in Theorie und Taktik des Klassenkampfes ist wichtiger. Am wichtigsten aber ist der Abbau der Autorität in der menschlichen Seele, weil ohne ihn ein Abbau der Autorität weder in Organisation, noch in Taktik und Theorie möglich ist."³⁵⁸ Der Marxismus, der nur die 'gesellschaftswissenschaftliche Theorie' darstelle, müsse deshalb ergänzt werden durch eine andere Theorie, die nicht nur danach fragt, welche "objektiven Bestandteile und Gegebenheiten der Mensch in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für sein geschichtliches Erlebnis vorfindet",³⁵⁹ sondern auch danach, was er aus diesen Voraussetzungen macht. Die Beantwortung dieser Frage aber müsse auch die seelische Konstitution des Menschen miteinbeziehen.

Diese Konzeption bezieht in den Begriff des Klassenkampfes alle diejenigen Lebensbereiche mit ein, die taugliche Plätze für die Klassenauseinandersetzung sind. "Dies unterscheidet uns vom Bürger und Sozialdemokraten, der seine politischen und wirtschaftlichen Interessenkämpfe ausficht, im übrigen aber den Menschen sein läßt, wie er ist. Wir haben es mit dem ganzen Menschen zu tun. Wir wollen den Abbau der Autorität von innen und außen. Im ganzen Umfange der menschlichen Wesenheit. In der Totalität."³⁶⁰ Sicher werde sich der 'neue Mensch' der neuen Gesellschaft erst im Sozialismus bis zur Vollkommenheit entwickeln können. Aber heute stehe die Aufgabe an, den proletarischen Menschen zu schaffen, der zur Durchführung der Revolution in der Lage sei. "Erst der bewußte proletarische Kämpfer, der in seiner ganzen Lebenshaltung unautoritäre Mensch, wird der siegreiche Vollstrecker der sozialen Revolution sein."³⁶¹ Um ihn zu schaffen, wird die Beschäftigung mit den "grundstürzenden Resultaten der modernen Psychologie"³⁶² unumgänglich sein. Die anti- oder unautoritäre Erziehung wird sich ihrer als theoretische Voraussetzung bedienen müssen. Und ihr fällt die Hauptlast bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu.³⁶³

Die Kritik an dieser Konzeption wird in der "Aktion" publiziert und vornehmlich von Oskar Kanehl, Franz Pfemfert und James Broh formuliert.³⁶⁴ Alle drei stellen die von Rühle der Psychologie zugesprochene Funktion bei der Herausbildung von Klassenbewußtsein in Frage. Das Mittel der Erziehung könne nicht eine psychologisch fundierte Pädagogik darstellen, sondern die Realität des

357 A. a. O., Sp. 556.

358 A. a. O., Sp. 557.

359 Ebd.

360 A. a. O., Sp. 558.

361 A. a. O., Sp. 559.

362 A. a. O., Sp. 558.

363 Ebd.

364 In *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 559 ff. erscheinen: Oskar Kanehl, *Zur Diskussion über Rühles autoritären Menschen und die Revolution*; James Broh, *Erwiderung auf Rühles Aufsatz*; Franz Pfemfert, *Achtung, falsche Weichenstellung*.

Klassenkampfes selbst. Besonders die Arbeitsstätte als der stärkste Ausdruck "des bürgerlichen Autoritätsprinzips [ist] . . . der natürlichste Herd des Klassenhasses, des sich entwickelnden proletarischen Selbstbewußtseins, des antiautoritären Klassenkampfwillens. Nur der Betrieb kann die Geburtsstätte des antiautoritären Menschen sein."³⁶⁵

Damit ist nicht einem industrieproletarisch verengten Klassenbegriff das Wort geredet,³⁶⁶ der Klassenbewußtsein nur im Zusammenhang eines – verkürzt rezipierten – Verelendungsbegriffes zu definieren versteht. Der Begriff des so verstandenen antiautoritären Verhaltens kann nur dann ein revolutionärer sein, wenn er neben der Negation des alten Prinzips auch die positiven Möglichkeiten einer neuen Gesellschaft beinhaltet, die kollektive Einheit der revolutionären Aktion den entfremdeten Bedingungen des proletarischen Lebensschicksals entgegensetzen kann. Nicht der antiautoritäre Mensch als solcher solle erzogen, sondern der gemeinsame Wille zur revolutionären Tat müsse im Proletariat geweckt werden. Da dieser sich aus der Opposition zu den bestehenden autoritären Strukturen konstituiert, könne revolutionäres Bewußtsein ohnehin nur antiautoritäres Bewußtsein sein. Rühles Begriff des antiautoritären Menschen dagegen habe seinen Ursprung in der Verwechslung von Selbstbewußtsein, das das Proletariat erlangen müsse, und einem "Vollwertigkeitsgefühl der Persönlichkeit".³⁶⁷ Diese Umwertung des Begriffs erkläre die Verwendung psychologischer Kategorien durch Rühle. Dies bedeute aber "ein Hinausschieben der Revolution in weite Ferne . . .".³⁶⁸

Besonders die Kritik F. Pfemferts, dessen Freundschaft mit Rühle einer eher feindseligen Beziehung gewichen war,³⁶⁹ macht die unterschiedlichen Ausgangspunkte deutlich. Während Rühle vom desolaten Zustand der revolutionären Bewegung, der Entmutigung der proletarischen Klasse ausgeht, die eine Neuorientierung notwendig mache, ist der Standpunkt seiner Kritiker der, daß die AAUE und mit ihr die revolutionäre Bewegung nicht an einem vorläufigen Endpunkt angelangt seien, sondern erst am Anfang ihrer schweren Aufgabe stünden. Deshalb müsse die AAUE alle Kräfte auf die wichtigste Aufgabe konzentrieren, von der die Beschäftigung mit der Psychologie nur ablenken würde: die Durchführung und Organisierung des Klassenkampfes.³⁷⁰ Der Hauptkritikpunkt Pfemferts aber ist, daß durch die Konzeption Rühles etwas zu reproduzieren versucht werde, was die AAUE bisher mit Erfolg abgebaut habe: das Führerprinzip. "Die antiautoritäre AAUE hat sich von den Führern befreit. Otto Rühle hat an dieser Befreiung mitgewirkt. Jetzt will er den erledigten Führer durch den 'seelenkundigen' Charaktererzieher ersetzen. Jetzt naht er mit der Autorität einer bürgerlichen Wissenschaft . . . Das revolutionäre Proletariat braucht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe weder den Seelenerzieher, noch den 'Führer'."³⁷¹ Zwischen bürgerlicher Wissenschaft und revolutionärer Theorie könne es keine Gemeinsamkeiten geben.³⁷²

Rühles Antwort auf diese zum Teil sehr polemisch gehaltenen Angriffe erscheint wiederum in der "Aktion".³⁷³ Der Hauptvorwurf, den er gegen seine Kritiker erhebt, ist, daß sie von einer Sache re-

365 A. a. O., Sp. 560.

366 Zwar neigten gerade die linken Kommunisten zu einer Überschätzung der 'historischen Mission' des Proletariats und damit auch zu einer Art 'Proletkult'. Die industrieproletarische Verengung des Proletariatsbegriffs findet sich aber in nahezu allen Varianten der sozialistischen Theorie.

367 *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 562.

368 *Ebd.*

369 Frits Kool, *Die Linke . . .*, S. 603, Anm. 225.

370 Pfemfert kritisiert die unterschiedslose Verwendung der Begriffe unautoritär und antiautoritär bei Rühle. "Eine unautoritäre AAUE wäre eine absolut passive . . . Die AAUE . . . kann niemals un-, kann nur antiautoritär sein." *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 567.

371 A. a. O., Sp. 569.

372 A. a. O., Sp. 565.

373 *Nochmals: Der autoritäre Mensch und die Revolution. Eine Antwort*, in: *Die Aktion*, Jg. 15 (1925), Sp. 598-606. In derselben Nummer erscheinen zwei weitere Artikel, die in schärferer Weise Rühles Position verurteilen: Franz Pfemfert, *Der Fall Rühle* (a. a. O., Sp. 606-617); James Broh, *Rühles Adlerfedern* (a. a. O., Sp. 617-626).

deten, von der sie selbst keine Ahnung hätten.³⁷⁴ In ihrer Ablehnung der Psychologie verhielten sie sich wie "echte Autoritätsmenschen, nur ärgerlich darüber, daß nicht sie selbst Entdecker dieser Wissenschaft waren".³⁷⁵ Die Brauchbarkeit einer Theorie lasse sich nicht vom Standpunkt des sie begründenden Theoretikers her bestimmen. "Hegel war ein ausgesprochener Reaktionär, seine Dialektik aber eine revolutionäre Leistung. . ." ³⁷⁶ Entscheidend sei, ob die Theorie für den Klassenkampf verwendbare Waffen liefere. Und da die Ursache der deutschen Revolutionsniederlage weniger in den fehlenden objektiven Voraussetzungen zu suchen sei, als im Fehlen von Mut, Opferbereitschaft und Kampfeswillen liege, dies aber psychische Gegebenheiten seien, so sei die Methode, diese Ursachen in den Griff zu bekommen, eben die Psychologie. Da gerade die Individualpsychologie besonders ungeeignet sei, um als Mittel der Herrschaftssicherung durch die Bourgeoisie eingesetzt zu werden, so sei sie, "wie der Marxismus, im Wesenskern und in all ihren Auswirkungen eine proletarische Wissenschaft. Darum gehört sie in das geistige Arsenal der proletarischen Revolution und als Waffe, wie der Marxismus, in die Hand jedes Revolutionärs."³⁷⁷

Rühle zeigt sich vor allem durch die Art der Kritik tief getroffen.³⁷⁸ Seine polemische und verletzende Charakterisierung der Kritiker macht aber offenbar, daß der Riß zwischen ihm und dem Aktionskreis und damit auch zwischen ihm und der AAUE nicht mehr zu kitten war. Im Anschluß an diese Kontroverse tritt Rühle aus der AAUE aus und scheidet damit auch für immer aus der praktischen Politik.³⁷⁹

(Fortsetzung im nächsten Heft)

374 So erhebt Rühle gegen seine Kritiker den Vorwurf, daß sie nicht einmal zu unterscheiden in der Lage wären, daß er einen individualpsychologischen Standpunkt vertreten würde, sie jedoch einen psychoanalytischen angriffen (a. a. O., Sp. 599) bzw. sich eines psychoanalytischen Standpunktes bedienten, um die Individualpsychologie zu kritisieren. Im Zentrum der theoretischen Kritik steht die Auseinandersetzung um die 'kausal-finale Methode'.

375 Ebd.

376 Ebd.

377 A. a. O., Sp. 604.

378 "Ich habe einen durch meine politische Vergangenheit erworbenen Anspruch darauf, als Revolutionär ebenso ernst genommen zu werden, wie die Vertreter der Gegenseite. . . Ich kann, darf und muß verlangen, daß die AAU zu meiner Sache Stellung nimmt"; a. a. O., Sp. 605 f. (Rühle meint die AAUE.) Die von seinen Kritikern angewandten Methoden bezeichnet Rühle als "die Versuche autoritärer Machtmenschen, sich und der Öffentlichkeit ihre revolutionäre Unübertrefflichkeit zu beweisen, sei es selbst durch die Infamie der Entwertung der gegnerischen Motive und die Ächtung der gegnerischen Person"; a. a. O., Sp. 605. Die Formulierungen machen deutlich, daß sich Rühle bereits nicht mehr zum Aktionskreis zugehörig fühlt. Nach Pfemfert (*Der Fall Rühle*) war er bereits zu diesem Zeitpunkt aus "prinzipiellen" Gründen nicht mehr Mitglied der Organisation der AAUE; a. a. O., Sp. 606.

379 Nach Mergner scheidet Rühle 1923 aus der AAUE aus (Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 215). In *Die Aktion*, Jg. 14 (1924), Sp. 692 findet sich jedoch eine Anzeige, in der Rühle zusammen mit Pfemfert und Broh als Redner der AAUE-Dresden für eine Veranstaltung angekündigt wird. Unserer Einschätzung nach – auch wir haben keine genauen Angaben – vollzog sich Rühles Ausscheiden aus der AAUE und aus dem Aktionskreis im Anschluß an die Kontroverse über seine oben zitierte Schrift, also vermutlich im Herbst 1925.